

THEORIE UND METHODEN DER GESCHICHTSWISSENSCHAFT

Rationalitätsideal

Bohmann, Ulf u. a. (Hrsg.): Das Versprechen der Rationalität. Visionen und Revisionen der Aufklärung, 344 S., Fink, München 2012.

Das Herausgeber-Team legt einen interdisziplinären Sammelband vor, dessen Beiträge „Aufklärung“ im Lichte von „Rationalität“ behandeln. Hervorgegangen aus einer Tagung der Doktorandenschule „Laboratorium Aufklärung“ der Universität Jena, zielt der Band auf die „Einschätzung des Aufklärungsprozesses“ vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart (S. 12f.). Die historische Kontinuität des Prozesses sehen die Herausgeber in der andauernden, affirmativen oder kritischen Auseinandersetzung mit dem Ideal der Rationalität (S. 11f.).

Die Besonderheit des Bandes liegt allerdings in der klaren Abgrenzung von der aktuellen philosophischen Debatte zum Rationalitätsbegriff. Zu Gunsten eines ‚unverstellten Blickes‘ wird keine ‚fachspezifische [...] Begrenzung‘ oder wesentliche ‚Begriffsverwendung von Rationalität‘ festgelegt (S. 12f.). Was es heißt, rational zu sein, werde ausgehend vom betrachteten Einzelfall verstanden. Den gemeinsamen Ausgangspunkt nehmen die Beiträge bei einer funktionalen Begriffsbestimmung: Auch wenn unterschiedliche Interpretationen möglich sind, wirke Rationalität, so die Herausgeber-These, doch stets als Ideal, das die entsprechende Umgestaltung „alle[r] lebensweltlichen Bereiche“ fordere und deren ‚Verbesserung‘ verspreche (S. 14). Vor diesem Hintergrund thematisieren die 15 Beiträge des Bandes positive oder kritische Auffassungen davon, was sich mit welchem Effekt verändert, wenn das Rationalitätsideal verwirklicht ist. So entsteht ein historisches Panorama spezifischer Perspektiven darauf, was es für bestimmte Wissens- und Praxisbereiche bedeutet, rational zu sein. Den Topos „Rationalität“ greifen die Aufsätze unterschiedlich auf, nicht immer gelingt dabei der Bezug zur Gesamtaufgabe, einen Beitrag zur Klärung des „Aufklärungsprozesses“ und zu einem „interdisziplinären Rationalitätsdiskurs“ zu leisten (S. 13).

Gelungen ist jedoch die philosophisch-historische Auseinandersetzung zum Rationalitätsideal im Werk des Christian Thomasius (Knote). Dessen Überlegungen zur Möglichkeit rationaler

Selbstkontrolle bis zu ihrem „Scheitern“ und der theologienahen Revision (S. 36) werden überzeugend als Reflexion auf die individuelle Verwirklichbarkeit von Rationalität dargestellt. Die Vision, Glückseligkeit sei durch das „Werkzeug der Vernunft“ erreichbar (S. 44), interpretiert Knote zugleich als Frühform der Psychotherapie. Entsprechend müsse deren Geschichtsschreibung nicht erst im 19. Jahrhundert (Mesmerismus, Sigmund Freud), sondern mit Thomasius' Konzeption rationaler Selbstaufmerksamkeit beginnen (S. 44f.).

Die folgenden Beiträge im ersten Teil des Bandes widmen sich den Schwierigkeiten einer Volkserziehung zur Rationalität (Krünes) oder dem naturalistischen Geschlechterbild des Philanthropen Peter Villaume, der männliche Rationalität oder weibliche Emotionalität als starre Erziehungsziele vorgibt (Peukert). Mit der klaren Unterscheidung von romantischen, „echten Volksmärchen“ und aufklärerischen „Kunstmärchen“ (S. 99) zeigt Mariam Mtchedlidze, dass wundersame Erzählungen dem Rationalismus der Aufklärer nicht widersprechen. Weitere Themen sind die literarische Darstellung christlich-jüdischer Liebe als „Leerstelle im Toleranzdiskurs“ (S. 117) (Wojcik), das Mitteilungsproblem transzendental-philosophischer Einsichten durch die sinnliche Bedingtheit metaphorischer Rede bei Johann Gottlieb Fichte (Schmidt) und der Widerstreit von beiderseits rational begründeten Menschenrechten und dem Abbau von Freiheiten durch Regulierungszunahme im Strafrecht (Nöckel). Dem soziologischen Beitrag zu rationalen und irrationalen Aspekten der bürgerlichen Höflichkeit (Fidancheva) fehlt der historische Bezug vermutlich deshalb, weil sein Ziel der Ausblick auf eine zu entwickelnde Ethik der „interpersonalen Höflichkeit“ ist, die zur Vermeidung der „verletzenden Wirkungen höflichen Handelns“ beitragen soll (S. 114).

Der zweite Teil des Bandes behandelt vor allem gegenwärtige Positionen, die die Grenzen des Rationalitätsideals aufzeigen: Thematisch ähnlich sind die Ausführungen zu Derridas Konzept einer „kommenden Aufklärung“ ohne Logozentrismus (Schüle) und die beiden Beiträge zu Michel Foucaults Rationalitätskritik (Bohmann; Bunk), da jeweils die Alternative zur kritisierten „Absolutheit und Selbstevidenz“ (S. 292) des begrifflich-rationalen Denkens vor allem negativ bestimmt und offen bleibt. Interessant ist Sascha Wegners Vorschlag einer unbegrifflichen Aufklärung der Musik (S. 221), den er am Beispiel des Komponisten Joseph Martin Kraus (1756–1792)

entwickelt. Dieser äußert Kritik an Theorien der rationalen Systematisierbarkeit der Musik sowohl explizit in Texten, als auch auf „rein musikalischer Ebene“, indem er Wert- und Normvorstellungen der rationalen Musiktheorie in seinen Kompositionen modifiziert und ironisiert (S. 240f.). In ähnlicher Weise greift der Beitrag zur „Aphoristischen Rationalitätskritik“ die Frage nach einer unbegrifflichen Erkenntnis auf. Bei den französischen Moralisten und in frühromantischen Fragment-Sammlungen zielt die Aphoristik, wie Johannes Weiß zeigt, als „Gegenprojekt zur bisherigen Praxis philosophischen Schreibens“ (S. 195) auf den Nachweis der Unhaltbarkeit des „Versprechen[s] der Rationalität“, das Ganze der Wahrheit sei mit dem Verstand vollständig erfassbar (S. 214). Die Ergänzungsbedürftigkeit des rationalen Denkweges durch die „Offenheit der Phantasie“ (S. 215) ist ebenfalls Thema im Beitrag zum „Literarischen Mesmerismus im Gegenwartroman“ (Koehn). Der Schlussbeitrag zur Naturwissenschafts-Didaktik bei Martin Wagenschein versucht sich im weiten Bogen von Jean-Jacques Rousseau, über Herbert Spencer bis zur Gegenwart an der Frage, inwiefern naturwissenschaftliche Erkenntnis Bildungswert haben kann (Geis).

Die Stärke des Bandes liegt in der Themenvielfalt und den fundierten Detailstudien, die in der Tat einer ahistorischen und einseitigen Auffassung von Rationalität entgegenwirken. Man vermisst allerdings eine Zusammenschau der Ergebnisse, was die sehr kurze Einleitung nicht leisten kann (S. 11–19). Interessant wäre hier ein Rückblick, ob die Hintergrundtheorie einer Dialektik der Aufklärung (Max Horkheimer/Theodor W. Adorno) (S. 14f.) aufrechterhalten werden muss oder welche Perspektiven für eine nicht-totalitäre Aufklärung eine Vernetzung der Beiträge in Aussicht stellen könnte – das Potential hierfür ist zweifellos vorhanden.

Darmstadt

Philipp Richter

Archiv und Geschichte

Wimmer, Mario: Archivkörper. Eine Geschichte historischer Einbildungskraft, 335 S., Konstanz UP, Konstanz 2012.

Der Untertitel der Studie – eine Geschichte historischer Einbildungskraft – verweist auf die von Hayden White vor vierzig Jahren aufgeworfene

Frage nach der Imagination des Vergangenen; der Titel und Leitbegriff des Buches deutet aber bereits an, dass Mario Wimmer die Antwort auf diese Frage nicht in der rhetorischen Verfassung historischer Narrative sucht. Für Wimmer ist die Begegnung von Archivaren und Historikern mit den Beständen der Archive konstitutiv für die Entstehung historischen Sinns. Der „Archivkörper“ schließt die Materialität der Archive, das heißt die Bestände und die Logik ihrer Ordnung, und die historische Imagination des Vergangenen, dies wiederum meint das historische Wissen, gleichermaßen ein. Anders gesagt, historische Ideen von Archivaren und Historikern waren unmittelbar an ihre historische Erfahrung des Archivs gebunden. Um dieses Verhältnis begrifflich einzufassen, rekurriert der Autor auf den von Theodor Sickel erstmals im Jahr 1876 benutzten Begriff des „Archivkörpers“, den dieser äquivalent zum französischen *fonds*-Begriff nutzte, um eine Aktengruppe von Diplomen zu bezeichnen. Wimmer verfolgt die Emergenz und Karriere dieses Begriffes im institutionellen Kontext staatlicher Archive; sein Schwerpunkt liegt damit während und nach der „*période classique*“ (Jo Tollebeek) des Historismus.

Wimmer changiert in seiner Analyse der Archiveinrichtung zwischen spezifischer Reflexion und konkreter Beschreibung (z. B. der Anlage von Findbüchern), theoretischer Vertiefung und historischen Exkursen (z. B. Sprachstandardisierungen). Der erste Teil der Arbeit ist daher zum einen gespickt mit theoretischen Begriffen; die Autoren der referierten philosophischen Konzepte reichen von renommierten Größen der Wissenschaftstheorie und -philosophie wie Gaston Bachelard, Bruno Latour und Ludwig Fleck bis hin zu weniger bekannten Philosophen wie Eberhard Zschimmer und Max Eyth. Zum anderen geht die wissenschaftsphilosophische Fundierung des „Archivkörpers“ mit vier wichtigen institutionsgeschichtlichen Beobachtungen einher. Zunächst stellt der Verfasser die „bürokratische Rationalität“ des Archivdienstes heraus. Zweitens beobachtet er, dass Archive in den 1920er Jahren ihre Einrichtung zunehmend von Museen und Bibliotheken mit dem Hinweis auf das archivalische Prinzip der Auslese unterscheiden (im Gegensatz zum Prinzip der Sammlung in Museen und Bibliotheken). Drittens bemühten sich Archive wie etwa Heinrich Otto Meisner in der Zwischenkriegszeit um eine Klärung ihrer Begriffe, um eine gemeinsame Kommunikation über das historisch partikulare Material und die daran gebundene Archivpraxis zu ermöglichen.

Und nicht zuletzt verfolgt Wimmer, wie Ende des 19. Jahrhunderts die preußischen Archive mit der Einführung des Provenienzprinzips ihre Registratur und Bestände in eine historisch-genetische Ordnung überführten, die die Geschichte der Akte(n) des preußischen Staates abbilden sollte.

Der zweite Teil hebt sich nicht nur inhaltlich sondern auch stilistisch vom ersten deutlich ab: Ausführlich, detailliert und am Stoff orientiert, stellt Mario Wimmer die skandalösen Enthüllungen über die zahllosen Archivaliendiebstähle des Historikers Dr. Karl Hauck in der Weimarer Republik dar. Die Fallgeschichte über die Entwendung unzähliger Briefe und Handschriften aus dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv in Wien und dem Königlichen Hausarchiv in Berlin-Charlottenburg entfaltet eine soziale Gegenwelt zum Archiv und seiner besonderen administrativen Ordnung. Leitende Archivare wie Meisner waren angesichts ihrer Hoffnung auf die Ermittlung der gestohlenen Stücke und die Bestrafung des Täters unweigerlich mit dieser anderen Welt verstrickt. Zugleich kollidierten aber ihre verinnerlichten Prinzipien archivalischer Ordnung mit den Imperativen und Ordnungen der beteiligten Institutionen: Die freie Zirkulation von Schriftstücken auf dem Autographenmarkt, das strafrechtlich bedingt begrenzte Interesse des Gerichts an einer vollständigen Aufklärung aller Diebstähle sowie die nicht nachvollziehbare und ungezügelte Sammelleidenschaft des Täters und die seinerzeit verbreitete Fetischisierung von Autographen als „Reliquien“ hoben sich grell von der administrativen Gesetzmäßigkeit des Archivkörpers ab. Vor allem die Mühsal und Unmöglichkeit, die Provenienz aller gestohlenen Stücke zu ermitteln, das heißt diese zu identifizieren und einem der betreffenden Bestände zuzuordnen zu können, veranschaulicht auf sehr eindrückliche Weise, dass jenseits des Archivkörpers eine Archivalie aus Mangel an gesicherter Provenienz sich als ein beschriebenes Stück Papier erwies.

Die Beobachtungen aus dem Kriminalfall Hauck entwickelt der Autor im dritten Teil seiner Studie weiter und argumentiert, dass die nekrophile Obsession des Archivaliendiebs Hauck und die große Leidenschaft anderer Historiker, die Vergangenheit zu vergegenwärtigen, miteinander verwandt seien. Wimmer verweist hierzu ausführlich auf das Beispiel Leopold von Ranke und dessen Ausführungen über das Verhältnis von Theorie und Geschichte, das Allgemeine des Begriffs und das Besondere des Vergangenen; er führt Jules Michelets Angst vor dem Scheintod vor und argumentiert zuletzt, dass bei

aller Differenz diese Historiker eines gemeinsam hatten: ihre Passion, anhand der „Residuen lebendigen Lebens“, die sie in den Archiven fanden – oder eben unerlaubt entwendeten –, die Vergangenheit in Form von Geschichte wiederaufleben zu lassen. Mit anderen Worten, der unwiederbringliche Verlust der Vergangenheit und die Passion, diese gleichwohl zu vergegenwärtigen, erhebe das Archiv zum Unbewussten der Geschichte, das die historische Imagination immer wieder aufs Neue antreibt.

Mario Wimmer ist in seiner Studie um eine symmetrische Anthropologie der modernen Geschichtswissenschaft (Latour) bemüht. Neben den Archivaren und Historikern als Akteure bedarf es daher eines unabhängigen und gleichrangigen Agens, eben dem „Archivkörper“. Die Konzeption des „Archivkörpers“ ist aber für das in der Studie angelegte Verhältnis von Denken und Tun nicht ohne Folgen. Die Praxis erweist sich immer schon als begrifflich eingefasst. Mehr noch: In seiner Analyse greift Wimmer vorwiegend auf reflektierende Vorgänge zurück (wie Meisners Nachdenken über eine einheitliche Archivsprache), Ego-Dokumente (z. B. Meinecke) und philosophische Reflexionen, die überdies eine Einheit von Denken und Tun nahelegen; das Handeln im Archiv, das „Archiving“ (Jobs/Lüdtke), spielt eine wenn nicht abgeleitete so doch nur untergeordnete Rolle. Es stellt sich die Frage, wie weit das Konzept des „Archivkörpers“ angesichts anderer Registraturprinzipien trägt – die Bestände der bayerischen Staatsarchive etwa waren im 19. Jahrhundert durchgehend nach dem Pertinenzprinzip strukturiert, und die im Jahre 1921 initiierte Konversion der Bestände war in den 1960er und 1970er Jahren noch nicht abgeschlossen. Ferner: Welche Folgen hatte die für das wissenschaftliche Arbeiten nicht unerhebliche institutionelle Praxis für den „*effet de réel*“ (Arlette Farge) der Geschichtsforscher im Archiv und den Denkstil der ‚deutschen Archivare‘? Die Frage nach dem institutionellen Tun stellt sich umso dringender als diese die aufschlussreichen Beobachtungen Wimmers durchaus genauer konturiert hätte. So ist es überaus bezeichnend, dass das *secretum*, das für staatliche Archive im langen 19. Jahrhundert konstitutive Prinzip der Geheimniswahrung, in der Zwischenkriegszeit offenbar nicht mehr ausreichte, um Archive von anderen, den offenkundigen Institutionen des Wissens abzugrenzen. Die distinguierende Geste der Archivare (Prinzip der Auswahl) und die Forderung nach Benutzungsbeschränkungen in den 1920er Jahren, legen nahe, dass staatliche

Archiveinrichtungen sich neu aufstellen mussten: Das Verhältnis von Staat und Bürger änderte sich in der Demokratie; dies ließ die Beziehung von den Bürgern zu den Archiven des Staates nicht unberührt.

Die Studie „Archivkörper“ stellt einen theoretisch und historisch fundierten Versuch dar, das Verhältnis von Geschichte und Archiv neu auszuloten. Wimmers Analyse beleuchtet hierzu eine kritische wie auch produktive Phase in der Geschichte der Archive und ihrer Wissenschaft und holt diese in die wissenschaftstheoretische und -philosophische Debatte ein. Als innovativ erweist sich Wimmers Verfahrensweise, wenn er wie im Fall Hauck über die Grenzen von Institution und Wissenschaft hinaus die Ränder der Disziplin in seine Analyse miteinbezieht. Nicht zuletzt leistet die Studie auch einen pointierten Beitrag zur Geschichte der Archivwissenschaften und ihren Anfängen: mit dem Bemühen um begriffliche Ordnung von Archivdingen und -worten in den 1920er Jahren wurden auch die Grundsteine für eine wissenschaftliche Betrachtung der Archive und ihre Bestände gelegt. Die in der Lehre vom Archiv integrierte historische Darstellung der Archive ist folglich nicht als Blaupause ihrer Geschichte zu betrachten. Vielmehr sind die darin artikulierten Vorstellungen historisch gemacht.

Göttingen

Philipp Müller

Mit doppeltem Ziel

Dietrich, Anette/Heise, Liljana (Hrsg.): Männlichkeitskonstruktionen im Nationalsozialismus. Formen, Funktionen und Wirkungsmacht von Geschlechterkonstruktionen im Nationalsozialismus und ihre Reflexion in der pädagogischen Praxis, 290 S., Lang, Frankfurt a. M. 2013.

Der hier vorliegende Band, hervorgegangen aus einem Forschungskolloquium im Jahr 2010 in der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, verfolgt ein doppeltes Ziel: Zum einen soll über die Geschichte des Nationalsozialismus unter männlichkeitsgeschichtlicher Perspektive informiert werden, zum anderen gerät in den Blick, wie dieses Themenfeld in der pädagogischen Praxis Berücksichtigung finden kann, hier mit Schwerpunkt auf die Gedenkstättenarbeit.

Die Herausgeberinnen verorten den Band in ihrem einführenden Beitrag in einer „kritischen Männlichkeitsforschung“ und betonen deren

intersektional-interdependenten Zuschnitt. Auch beschäftigen sie sich einführend mit dem in der Männlichkeitsforschung etablierten Konzept der „Hegemonialen Männlichkeit“ und weisen – in Anlehnung an die zahlreichen Publikationen zu diesem Theorieangebot – die Chancen und Grenzen für historische Analysen aus. Bei ihrer Skizze des Forschungsfeldes der Vermittlung weisen Anette Dietrich und Liljana Heise überwiegend Defizite aus und betonen, dass bestenfalls erste und fragmentarische Befunde zur Frage vorliegen, wie die Geschlechtergeschichte des Nationalsozialismus vermittelt werden kann. Hier wäre eine noch breitere und intensivere Analyse der Frage reizvoll gewesen, mit welchen geschlechterdichotomen Annahmen die wenigen bisherigen Arbeiten zur Vermittlung von NS-Geschlechtergeschichte arbeiten, und welchen Einfluss dies auf deren Ergebnisse hat.

Das doppelte Ziel des Bandes führt zu einer Gliederung des Buches in zwei Teile: Die fachhistorischen Einzelbeiträge, insgesamt sind es zehn, zeichnen ein breites und facettenreiches Bild der Ergebnisse bisheriger Männlichkeitsforschung, nehmen etwa soldatische Männlichkeit (Frank Werner), Desserteure der Wehrmacht (Sebastian Winter), sexuelle Gewaltverhältnisse (Regina Mühlhäuser) und den Ort des Konzentrationslagers als einen besonderen Raum der Aushandlung von Männlichkeiten in den Blick (Veronika Springmann, Kim Wünschmann). Auch gerät die Quellendimension von Männlichkeitengeschichte zum Nationalsozialismus in den Blick, etwa in den Beiträgen von Corinna Tomberger zu Amateurphotographie oder von Liljana Heise zu Geschlechterdiskursen in Gerichtsakten. Hier wird *state of the art* gegenwärtiger Männlichkeitengeschichte verkündet, auch wenn einige der hier skizzierten Ergebnisse bereits an anderer Stelle zu lesen waren.

Jene vier Aufsätze, die sich mit der pädagogischen Praxis beschäftigen, nehmen die Aspekte einer geschlechterreflektierenden Erinnerungsbildung (Astrid Messerschmidt), einer geschlechterbewussten Rechtsextremismusprävention (Heike Radvan) und der Rolle von Männlichkeitskonstruktionen in der Gedenkstättenarbeit (Michael Franke, Olaf Kistenmacher, Anke Prochnau, Katinka Stehen) in den Blick, resümierend konkretisiert Matthias Heyl schließlich das Problemfeld am Beispiel der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück. Den Beiträgen gelingt es dafür zu sensibilisieren, dass die pädagogische Praxis ein Ort von *doing gender* ist, an dem mit bestimmten Grundannahmen von männlich/weiblich gearbeitet wird: Jungen

und Mädchen, Männer und Frauen werden eben auch in Gedenkstätten zu solchen gemacht, ihre Bildungsangebote tragen im Rahmen unserer dichotom-asymmetrischen Geschlechterordnung zu einer Vereindeutigung von Geschlecht bei. Noch deutlicher hätte in den Einzelbeiträgen jedoch auf zukünftige Forschungsfelder verwiesen werden können, etwa auf Möglichkeiten eines befriedigenden geschlechterreflektierenden und zugleich empirischen Zugriffs auf das Forschungsfeld Vermittlung.

Insgesamt bleibt ein zwiegespaltener Eindruck zurück, denn eigentlich liegen hier zwei Bücher vor: ein recht ordentlicher fachwissenschaftlicher Sammelband zu Männlichkeiten im Nationalsozialismus, und – zumindest quantitativ – ein Appendix zu Fragestellungen der Vermittlung. Wünschenswert wäre, wenn im Band beide Analysedimensionen von Männlichkeiten verzahnt gedacht würden. So wird im vorliegenden Werk nicht deutlich, warum zunächst viel Wissen über Männer und Männlichkeiten verkündet wird und in welchem Verhältnis dieses konkrete Wissen zur pädagogischen Vermittlungsarbeit stehen soll. Da der Band aus einer Tagung hervorgegangen ist, ist doch anzunehmen, dass sich die Autorinnen und Autoren dort genau über diesen Konnex ausgetauscht haben, oder haben die Vermittler nur passiv den Fachhistorikern zugehört und *vice versa*?

Berlin

Martin Lücke

Import mitteleuropäischer Sportkultur

Peiffer, Lorenz/Zimmermann, Moshe (Hrsg.): Sport als Element des Kulturtransfers. Jüdische Sportler zwischen NS-Deutschland und Palästina, 249 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Globalisierung ist ein Trendthema der Geschichtswissenschaft. Dazu gehört vor allem der kulturhistorische Blick auf transnationale Entwicklungen, sodass es nicht verwundert, dass das Gesellschaftsphänomen Sport in diesem Kontext als lohnender Aspekt untersucht wird. Gemeinsames Sporttreiben kann Gemeinschaften stärken, die ihre Werte gemeinsam leben. Dies trifft umso mehr für die Makkabi-Sportbewegung zu, die sich zunehmend der Idee des Zionismus verpflichtet sah.

Als Spezialisten für die Geschichte des jüdischen Sports haben sich Lorenz Peiffer und Moshe Zimmermann mit einigen ihrer Eleven dem

„Sport als Element des Kulturtransfers. Jüdische Sportler zwischen NS-Deutschland und Palästina“ gewidmet. Dabei konnten sie auf eine große Quellenbasis – vor allem Zeitungsausschnitte, aber auch weit verstreutes Archivmaterial aus Deutschland und Israel – zurückgreifen, die in den vergangenen Jahren im Rahmen des Projektes „Geschichte des jüdischen Sports in der Zeit des Nationalsozialismus“ entstanden ist.

In der Einleitung formulieren die Herausgeber ihre grundlegende These, die besagt, dass die aus Deutschland beziehungsweise Mitteleuropa stammende Einwanderungswelle der 1930er Jahre, die 5. Alija, „die entscheidende Rolle“ für „die Entwicklung des Sports und der Leibesübungen in Erez Israel, dann im Staat Israel“ (S. 10) spielte. Damit wird bereits deutlich, der Inhalt des Buches geht über seinen Untertitel hinaus. Es geht nämlich nicht nur um Sportler, sondern auch um Trainer und Funktionäre, die ihre Ideologie vom staatstragenden „Muskeljudentum“ in das Palästina der britischen Mandatszeit importierten.

Die sieben Aufsätze werden durch den Abdruck einiger Quellen ergänzt, was für die weitere Forschung ein Gewinn ist, zumal diese einleitend auch noch kommentiert werden. Die meisten dieser Quellen entstammen deutschen Zeitungen, aber es finden sich auch zwei Auszüge aus Tagebüchern (aus dem Nachlass von Felix Pinczower und von Avraham Shapira) sowie drei übersetzte Artikel aus hebräischen Zeitungen („Davar“ und „HaAretz“).

Ofer Ashkenazi („Die Einsamkeit des Langstreckenläufers: Deutsch-jüdische Athleten und die Entstehung einer zionistischen (trans)nationalen Kultur“) und Moshe Zimmermann („Zwischen Diaspora und Erez Israel – Fußball als Element des Kulturtransfers“) legen in dem Sammelband bereits veröffentlichte Artikel in Übersetzung beziehungsweise in leichter Überarbeitung vor. Ashkenazi zeigt deutlich den Einfluss deutscher Leibeserzieher und der Mitglieder des österreichischen Traditionsclubs „Hakoah Wien“ auf die sportpolitische Diskussion im britischen Mandatsgebiet Palästina, wobei die von ihm angeführten Protagonisten – Kurt Marx, Arthur Biram sowie Imanuel (Ernst?) Simon – alle bereits vor der 5. Alija nach Erez Israel kamen. Kennzeichnend für den Einfluss der Einwanderer war ihre Kritik am Profisport beziehungsweise an der parteipolitischen Instrumentalisierung des Sports im Jischuw. Gemeinsam mit Eyal Gertmann vertieft Ashkenazi in einem weiteren Beitrag („Arthur Biram und

die Einführung des Turnunterrichts in Erez Israel“) seine Ausführungen zur Bedeutung der aus Deutschland stammenden Verbindung zwischen nationaler und körperlicher Erziehung im Schulwesen. Komplementiert werden die dort skizzierten Entwicklungen durch die beiden abschließenden Beiträge des Autorenduos Lorenz Peiffer und Nadine Werner („Die Veränderung des Turnunterrichts an den jüdischen Schulen im nationalsozialistischen Deutschland“ und „Schulsport in Palästina von 1933 bis 1938 – im Spiegel von Berichten in deutsch-jüdischen Zeitungen“).

„Die Beteiligung jüdischer Sportler aus Deutschland an der II. Makkabiah 1935 in Tel Aviv“ und deren Auswirkung auf die weitere Emigration aus Deutschland untersucht Henry Wahlig. Bedauerlicherweise fällt seine Bearbeitung der spannenden Frage, wie das NS-Regime zur deutschen Teilnahme an der zweiten Makkabiah stand, aufgrund der schwachen Quellenlage ebenso knapp aus wie die Erörterungen zur Bedeutung dieses Sportfestes für die zionistische Bewegung in Deutschland. Nichtsdestotrotz dürften kaum Zweifel an Wahligs Interpretation bestehen, dass die Nationalsozialisten im Zuge der allgemeinen Befürwortung jüdischer Auswanderung auch die Reise der deutschen Makkabim zur Makkabiah unterstützten. Dieselbe Einstellung der Nationalsozialisten weisen Eyal Gertmann und Lorenz Peiffer in ihrem Beitrag zu den „Sportlichen Begegnungen zwischen jüdischen Mannschaften aus Nazideutschland und Erez Israel im Jahre 1937“ aus. Während die Reise von „Bar Kochba-Hakoah Berlin“ als spielstärkster deutscher Verein nach Palästina als Vorbereitung auf eine etwaige Alija plausibel erscheint, kann der Besuch von „Makkabi-Abshalom Petach Tikva“ wenige Wochen später als politische Werbetournee für die zionistische Idee verstanden werden. Gleichzeitig können die Autoren in diesem Kontext den Transfer des Handballspiels von Deutschland in den Jischuw nachzeichnen.

Der Sammelband zeigt eindrucksvoll den Import der mitteleuropäischen Sportkultur mit ihrem der bürgerlichen Turnbewegung entstammenden Ansatz nach Palästina. Um die Eingangsthese über die entscheidende Rolle der 5. Alija zu untermauern, bedarf es allerdings einer weiteren Kontextualisierung. Die bereits bestehenden Sportstrukturen und sportpolitischen Auffassungen müssten hier vertieft dargestellt werden. Ferner könnte auch eine Überprüfung der Protagonisten in den israelischen Sportverbänden nach der Staatsgründung erfolgen, so wie es Zimmermann in seinem Beitrag anhand der

Fußballtrainer Egon Pollack, Lajos Hess, Gyula Mandi und vor allem Emanuel Schaffer bereits dargelegt hat. Dazu bieten Personen wie der Sekretär des „Hapoel“-Sportverbandes Martin Drucker aus Pommern, der aus Wien stammende Funktionär der Makkabi-Weltunion Eytan Otto Liff (Lifczis) oder der gebürtige Ludwigsburger Aharon Doron (alias Erwin Weilheimer) als Vorsitzender des israelischen Leichtathletikverbandes sicherlich genügend Stoff für weitere lesenswerte Studien.

Bonn

Robin Streppelhoff

Linguistik des Nationalsozialismus

Schlosser, Horst Dieter: Sprache unterm Hakenkreuz. Eine andere Geschichte des Nationalsozialismus, 432 S., Böhlau, Köln u. a. 2013.

Seit den 1990er Jahren interessiert sich die Geschichtswissenschaft zunehmend für die aus heutiger Sicht so bizarr wie widerwärtig anmutende Gedankenwelt des Nationalsozialismus. Die zeitgenössische Attraktivität und Dynamik des ‚Dritten Reiches‘ erscheint inzwischen weder aus der persönlichen Überzeugungskraft seines ‚Führers‘ noch aus den polykratischen Rivalitäten zwischen seinen Institutionen plausibel ableitbar. Aus dieser Einsicht, und angestoßen durch Detlev Peukerts kritische Neubewertung der zeitgenössischen Humanwissenschaften sowie Ulrich Herberts Biographie des SS-Intellektuellen Werner Best, hat sich eine eigene ideengeschichtliche Forschungsrichtung entwickelt. Deren Befunde und Interpretationen haben zum Verständnis des ‚Dritten Reiches‘ wesentlich beigetragen, können jedoch für sich genommen nicht klären, inwieweit und auf welche Weise Brücken zwischen den Ideen der nationalsozialistischen Eliten und den Einstellungen breiterer Bevölkerungsschichten geschlagen wurden. Um hier weiterzukommen, bieten sich neben kulturhistorischen Studien Analysen der Sprache im nationalsozialistischen Deutschland an. Bereits Victor Klemperer wies darauf hin, dass selbst Deutsche, die dem ‚Dritten Reich‘ mit geringer Sympathie gegenüberstanden, offenkundig dessen Wortprägungen und Sprechweisen übernahmen. Noch nach Ende des Zweiten Weltkriegs musste er feststellen, dass die „Lingua Tertii Imperii“ (1947) seine Mitmenschen tiefgreifender geprägt hatte, als ihnen selbst bewusst war.

Vor diesem Hintergrund durfte man als einschlägig interessierter Historiker/in ohne linguistische Kompetenz von dem Buch des emeritierten Germanisten Horst Dieter Schlosser wertvolle Einsichten erwarten. Leider muss das Ergebnis als enttäuschend bezeichnet werden. Der Autor beansprucht, ohne dies näher zu entwickeln, die Kontexte des Sprachgebrauchs stärker zu berücksichtigen als die Analysen der Nachkriegsjahre oder lexikalische Forschungen (S. 11f., S. 399f.). Eine solche Kontextualisierung erscheint an sich wünschenswert, doch wird sie hier so weit getrieben, dass das Buch zu einer Gesamtdarstellung des ‚Dritten Reiches‘ gerät, in dem vom Terror der Anfangsjahre über das Euthanasieprogramm bis zur ‚Endkampf‘-Propaganda alle wesentlichen Etappen Berücksichtigung finden. Schlosser macht dabei keine wesentlichen Fehler, doch bieten seine konventionell gestrickten Kapitel nichts, was nicht anderswo mit mehr Übersicht, analytischer Kompetenz und Sinn für historiographische Differenzen dargestellt wäre. So überfordert Schlosser als Historiker zu sein scheint, so unterprofiliert bleibt er als Sprachwissenschaftler. Nirgendwo wird deutlich, warum sein Buch, wie der Untertitel verspricht, eine „andere Geschichte des Nationalsozialismus“ sein soll. Das Fehlen konzeptioneller Überlegungen zu einer historisch kontextualisierenden sprachwissenschaftlichen Analyse macht sich im gesamten Buch bemerkbar. Vielversprechende Bemerkungen zur Sprache finden sich verstreut über die einzelnen Kapitel und werden, bevor sie in interessante Befunde oder Überlegungen münden können, jeweils wieder abgebrochen. So hätte man gerne ausführlicher erläutert bekommen, mit welchen Mitteln „rücksichtslos“ und „fanatisch“ (S. 35, S. 150) zu positiven Eigenschaften umdefiniert wurden oder inwiefern die Propaganda weniger mündlich als „schrifttextlich“ (S. 45) geprägt gewesen sein soll. Auch wie sich das „Neben- und Gegeneinander von Modernität und Antimodernismus“ (S. 65) sprachpolitisch auswirkte, die kriegsbedingte Mobilität zur weiteren Durchsetzung des Hochdeutschen gegenüber regionalen Dialekten führte (S. 76) und die Deportation jüdischer Deutscher durch Passivkonstruktionen verschleiert wurde (S. 78), wird eher angedeutet als analysiert. Letztlich schließt Schlossers Resümee doch wieder stark an Klemperer an, wiewohl er stärker als dieser längerfristige Kontinuitäten gegenüber der Zäsur von 1933 betont. Über die Sprache des Nationalsozialismus informiert man sich anspruchsvoller im „LTI“-Buch des jüdischen Romanisten und

konziser zum Beispiel bei Waltraud Sennebogen „Die Gleichschaltung der Wörter. Sprache im Nationalsozialismus“, erschienen in dem Sammelband von Dietmar Süß und Winfried Süß „Das ‚Dritte Reich‘. Eine Einführung“ (2008).

Das Problem des Buches hat grundsätzlich mit der Herangehensweise seines Autors zu tun, der oftmals zu eindeutigen, oft moralischen und bisweilen unterkomplexen Urteilen neigt. So attestiert er der NS-Ideologie eine „menschenverachtende Tendenz“ (S. 35), weist auf „grammatisch und/oder inhaltlich unsinnige Formulierungen“ (S. 42) in Hitlers Rhetorik hin, beschreibt, wie der „Brei in sich widersprüchlicher Argumente gegen Juden [...] immer zäher“ (S. 246) wurde und behauptet, dass sprachliche Bürokratismen Menschen „zu fremdbestimmten Objekten“ (S. 391) degradiert hätten. Mit dem Mut zur Verallgemeinerung stellt er fest: „Der deutsche Durchschnittsbürger liebte Ordnung und Sauberkeit“ (S. 71). Während man über die letztere Bewertung noch diskutieren kann, ist die Behauptung, dass in Deutschland „bis ins 20. Jahrhundert [...] demokratische Traditionen und Gelegenheiten fehlten“ (S. 205), schlicht falsch. Schlossers Herangehensweise ist Ausdruck einer kritischen Distanzierung vom unmoralischen und irrationalen Nationalsozialismus, wie sie sich in den 1960er und 1970er Jahren, als er selbst wissenschaftlich sozialisiert wurde, zunehmend durchsetzte. Damals war diese Distanzierung sinnvoll und wichtig, weil die gedankliche und sprachliche Welt des ‚Dritten Reiches‘ noch viel präsenter als heute und trotz einzelner Versuche kaum aufgearbeitet war. Doch hat sie sich längst intellektuell erschöpft und ist sogar zu einer bequemen Attitüde geworden. Die Geschichtswissenschaft muss, zusammen mit anderen historisch interessierten Disziplinen, weiter zu klären versuchen, warum der Nationalsozialismus jemals attraktiv erscheinen und eine derartige Dynamik entfalten konnte. Simple moralische und intellektuelle Abgrenzung kann dazu nichts beitragen, so sehr sie auch heute noch der eigenen Selbstvergewisserung dienen mag.

Amsterdam

Moritz Föllmer

Abseits des Mainstreams

Ray, Sarah Jaquette: The Ecological Other. Environmental Exclusion in American Culture, 224 S., Arizona UP, Tucson, AZ 2013.

In seinen bekannten „Keywords“ hat Raymond Williams bereits 1976 festgestellt, dass es sich bei ‚nature‘ um einen in hohem Maße mit menschlicher Geschichte angereicherten und den womöglich komplexesten Begriff der englischen Sprache handelt. Seit Williams hat sich eine Vielzahl weiterer Autor/innen aus verschiedenen disziplinären Perspektiven kritisch mit dem Naturbegriff auseinandergesetzt. Als weitgehender Konsens kristallisierte sich dabei heraus, es handle sich bei ‚Natur‘ um wesentlich mehr als eine unschuldige Materialität. Denn der Naturbegriff – ob er nun auf die vermeintliche (Körper-) Natur des Menschen oder auf Natur als Umwelt abzielt – funktioniert immer auch als In- und Exklusionsinstanz und als wirkmächtiger Normalisierungsdiskurs. Vor diesem Hintergrund hat sich mittlerweile eine ganze Reihe von Arbeiten etwa von Jake Kosek, Noël Sturgeon oder David Mazel auch den ideologischen Verstrickungen der um 1900 im Entstehen begriffenen amerikanischen Umweltbewegung gewidmet, deren Ursprünge nicht zuletzt in die Blütezeit von Eugenik, Rassentheorie und Sozialdarwinismus fallen.

Das hier rezensierte Buch von Sarah Jaquette Ray knüpft an diese kritischen Arbeiten zum *environmental movement* an. „The Ecological Other“ beschäftigt sich mit jenen Gruppen, die in den Natur- und Umwelt(schutz)diskursen des Mainstream der amerikanischen Umweltbewegung als das defizitäre Andere eines idealen ökologischen Subjekts figurieren: „Unlike ecological subjects, whose aim it is to save the world from ecological crisis, ecological others are often those from whose poor decisions and reckless activities the world ostensibly needs to be saved“ (S. 5). Im Zentrum dieser Doppelkonstruktion des ökologischen Subjekts und des ökologisch Anderen steht bei Ray der Körper als „metonym for contemporary environmental values such as ecological health, planetary unity, and connection with nature“ (S. 6). Rays Buch basiert auf ihrer 2009 unter dem Titel „The Ecological Other. Indians, Immigrants and Invalids in U.S. Environmental Thought and Literature“ eingereichten Dissertation. In gewisser Hinsicht verweist der ursprüngliche Titel in noch prägnanterer Weise auf den thematischen Rahmen und die Argumentationslinie der Arbeit, als dessen aktuelle Version. Die Autorin diskutiert ihre Thesen nämlich anhand dreier Hauptkapitel, die sich jeweils mit behinderten, indigenen und migrantischen Körpern als Konstruktionen von *ecological otherness* auseinandersetzen. Auf die *disability studies* bezugnehmend entfaltet Ray eines der

Kernargumente ihrer Arbeit, indem sie die unhinterfragte Dominanz eines ‚natürlichen‘, vollkommenen und leistungsstarken Körpers in der Geschichte und Gegenwart des *environmental movement* kritisiert, dessen implizite Negativfolie der behinderte Körper als „quintessential symbol of humanity's alienation from nature“ (ebd.) darstellt. Diesen Gegensatz versteht die Verfasserin als konstitutiv für die Umweltbewegung als solche: Von Theodore Roosevelts maskulinistischer Heroisierung des ‚strenuous life‘ in Abgrenzung zu einer vermeintlich degenerativen Männlichkeit bis hin zum heutigen, durch körperliche Performanz und Leistungsfähigkeit definierten outdoor- und Abenteuerkult – die ‚natürliche‘ Allianz unversehrter Körperlichkeit und unberührter Wildnis erscheint hier ebenso als ideologische Konstante, wie die abwesende Präsenz des behinderten Körpers. Rays Fokus auf *dis/ability* ist zu begrüßen, denn während das *environmental movement* in den letzten Jahren vermehrt mit Blick auf Kategorien wie *race*, *gender* und *class* untersucht wurde, bildete ersterer Aspekt bisher eine echte Leerstelle. Somit stellt Rays Arbeit auch ein notwendiges Korrektiv für die bisherige Forschung zum *environmental movement* dar, weil dort der unversehrte Körper – im Gegensatz etwa zur mittlerweile öfter thematisierten *whiteness* normativer ‚Naturkörper‘ – bisher als unmarkierte und unsichtbare Norm weitestgehend erhalten geblieben ist. Ray fordert aber nicht nur die Berücksichtigung von *dis/ability*, sondern versteht diese Kategorie im Sinne der Intersektionalitätsforschung als in komplexer Weise mit anderen Differenz- und Ungleichheitskategorien verwoben. So zeigt sie beispielsweise, wie sich der ungebremste Rassismus der Umweltschutz-Ikone Edward Abbey mit seiner Ablehnung behinderter Körperlichkeiten verbindet: Für Abbey ist es der ‚reine‘, weiße, aufrecht durch die Wildnis schreitende Männerkörper, dem sich die unverdorbene Natur als Quelle spiritueller und körperlicher Kraft öffnet, während sie sowohl den ‚schmutzigen‘ migrantischen ebenso wie den oftmals von modernen Technologien abhängigen behinderten Körpern verschlossen bleibt oder – wie Ray anhand ihrer Analyse der Konflikte um das Organ Pipe Cactus National Monument in Süd-Arizona zeigt – gar durch deren Präsenz und Praktiken ‚verunreinigt‘ wird.

Eine zentrale Rolle bei der Konstruktion von *ecological otherness* kommt nach Ray einem Diskurs zu, den sie mit dem Begriff „environmentalist disgust“ (S. 2) zu erfassen versucht. Der Rezensent hätte sich an dieser Stelle gewünscht, dass

die Autorin diesen Begriff eingangs etwas genauer beleuchtet. Die deutsche Übersetzung von *disgust* als ‚Ekel‘, ‚Abscheu‘ oder ‚Empörung‘ ist hilfreich, unterstreicht sie doch das Ineinandergreifen ästhetisch-körperlicher, politischer und moralischer Dimensionen der Ausgrenzung von *ecological otherness*. Die Forschung zur Bedeutung des Ekels geht unter anderem auf Michail Bachtins Ausführungen zum ‚grotesken Körper‘ zurück. Ekel und Abscheu, so argumentieren Peter Stallybrass und Allon White kritisch an Bachtin anknüpfend in „The Politics and Poetics of Transgression“, sind dabei als Ausdruck bürgerlicher Vorstellungen von Moral, Ordnung und Individualität zu verstehen, die aber zugleich von einem diese unterlaufenden Begehren heimgesucht werden. Wie das bürgerliche Subjekt bei Stallybrass und White formiert sich auch Rays ökologisches Subjekt in Abgrenzung zu den als abstoßend, unvollkommen oder unnatürlich markierten devianten Körperlichkeiten und Körperpraktiken verschiedener *ecological others*. Hier lässt sich eine Brücke schlagen zu jenen Machtstrategien und -mechanismen, die Foucault mit seinen Begriffen der Biomacht und Biopolitik analysiert hat. So wurden Naturräume vor dem Hintergrund der um 1900 virulenten Furcht vor ‚rassisch‘-nationaler Degeneration und Effeminierung bereits von Roosevelt und Zeitgenossen als Teil einer regenerativen Geographie verstanden, in der die Formung produktiver, leistungsstarker Körper eng an die Regulierung der Population eines organisch verstandenen nationalen *body politic* gekoppelt war. Der Ausschluss des behinderten Körpers gehört damit gewissermaßen zu den Entstehungsbedingungen der frühen amerikanischen Umweltbewegung während der *progressive era*.

Insgesamt hat Ray ein sehr gelungenes Buch vorgelegt, das die Forschung zur amerikanischen Umweltbewegung um wichtige Aspekte bereichert. Rays Arbeit adressiert die anhaltende, oft kritisierte (und, so könnte man anfügen, im Foucault'schen Sinne ‚strategische‘) Blindheit des modernen *environmental movement* in Bezug auf Fragen von Macht und sozialer Ungleichheit, die heute verstärkt unter dem Stichwort *environmental justice* diskutiert werden. Rays abschließende Forderung nach einem „inclusive environmentalism“ (S. 179) ist, wenn auch prinzipiell überzeugend, leider etwas kurz geraten und hätte sicherlich noch weiter unterfüttert werden können. Dies kann den Wert ihrer Arbeit aber nur unwesentlich schmälern.

Köln

Dominik Ohrem

EPOCHENÜBERGREIFENDE STUDIEN

Eine neue Währung

Frevert, Ute: Vertrauensfragen. Eine Obsession der Moderne, 259 S., Beck, München 2013.

Ute Frevert zeigt in ihrem Buch auf, inwiefern „Vertrauen zu einem Leitmotiv sozialen Handelns“ (S. 24) in den modernen Gesellschaften wurde. Der im Untertitel genannte Begriff der „Obsession“ ist allerdings unglücklich gewählt, da er eine Argumentation suggeriert, die diese interessante Studie dann gar nicht verfolgt. Vertrauen wird in Freverts Studie hinsichtlich der verschiedenen Bedeutungen, die dieser Begriff im persönlichen Nahbereich, in der Wirtschaft und im Staat haben kann, untersucht. Dabei wird den wichtigen Aspekten, die Vertrauen bereits in der Frühen Neuzeit eigen waren und auch in der zeitgenössischen Literatur und Philosophie reflektiert wurden, nicht nachgegangen. Abgesehen von einigen kursorischen Verweisen auf John Locke und verschiedenen stichprobenartigen Bezügen auf das 18. Jahrhundert (das Zedler-Lexikon wird mehrmals bemüht), liegt das Interesse im 19. und 20. Jahrhundert. Die grundsätzliche Annahme, dass „Vertrauen [...] zu jenen Begriffen, deren Gebrauch und Beliebtheit sich im 19. und 20. Jahrhundert sukzessive gesteigert haben“ (S. 212) gehöre, ist sicherlich zutreffend. Das sollte aber nicht dazu führen, die Bedeutung von Vertrauen, vor allem im Bereich der politischen Theoriebildung der Frühen Neuzeit, zu unterschätzen oder gar zu negieren.

Das Panorama, das hier ausgebreitet wird, erlaubt die Karriere dieses Begriffs nachzuvollziehen. Warum deswegen wiederholt von „V-Wort“ oder gar „V-Waffe“ gesprochen werden muss (so z. B. S. 208) ist nicht einsichtig und eher irritierend. Die Studie beginnt mit einer Diskussion über die Konjunktur und den Stellenwert von Vertrauen im persönlichen Nahbereich. Dabei wird die Liebesbeziehung zweier Menschen beziehungsweise die unmittelbare familiäre Struktur von dem Nahbereich der Freundschaft unterschieden. Letztere wird ausgeweitet auf das pädagogische Verhältnis. Eine kurze Revue der Reformschulpädagogik, der Jugendbewegung sowie der literarischen Kreisbildungen, vor allem um den charismatischen Dichter Stefan George bilden den ersten Teil der Untersuchung. Hierauf folgen je ein Kapitel zur Verwendung des Vertrauensbegriffs in der Wirtschaft und in der Politik.

Dass Vertrauen auch enttäuscht, dass es missbraucht und instrumentalisiert werden kann, ist nicht neu. Die Verfasserin zeigt allerdings anhand von verschiedenen Beispielen, Anekdoten und Stichproben auf, wie Vertrauen zunehmend einen zentralen Platz in den verschiedenen Strategien und Diskursen eingenommen hat. Dabei ist der Grad und die Schärfe der vorgetragenen Analyse durchaus unterschiedlich. Man hätte sich zuweilen eine weniger deskriptive Präsentation des Materials gewünscht.

Da, wie Frevert es eindringlich in ihrer Studie zeigt, die öffentlichen Bereiche von Wirtschaft und Politik Vertrauen instrumentalisieren, oder in ihren Worten zur „V-Waffe“ machen, wäre es doch nötig gewesen, diesen Vorgang nicht nur zu konstatieren, sondern auch zu analysieren, welche konkreten Machtverhältnisse hier tatsächlich die Konnotation dieses Begriffes bestimmen. Man kommt, das gibt Ute Frevert auch implizit zu, an Niklas Luhmanns wichtigen Studien zum Thema nicht vorbei. Sie versucht aber zu zeigen, dass sich in der Moderne Vertrauen nicht auf Vertrauen in die abstrakten Systeme und Regelwerke unserer Gesellschaft beschränken lasse. Die Währung, so die Autorin, die Vertrauen in ganz unterschiedlichen Bereichen haben könne, gelte es immer wieder neu zu evaluieren. Gerade deswegen sei Vertrauen auch keine konstante Größe, sondern flüchtig und unstet. Deswegen müsse Vertrauen auch immer wieder neu erworben werden. „Vertrauen wurde eine Währung, mit der man zahlte, die man aber auch einbehalten durfte und mit der man die Qualität von Beziehungen messen konnte“ (S. 215). Darin liegt dann auch die Erklärung warum es von Seiten der Wirtschaft, die Vertrauen als „erstklassiges strategisches Werbewort“ (S. 145) zu nutzen wisse und der Politik, für die zunehmend „Vertrauen im Zentrum des politischen Machtkampfes“ (S. 168) stehe, zu immer neuen „Vertrauens-Offensive[n]“ kommt „und der Bürger (...) sich als Wähler und Käufer eifrig umworben“ (S. 219) sehe.

Frevert verweist zumindest unausgesprochen darauf, dass ein Rückzug ins Private, den im 19. Jahrhundert so gepriesenen Bereich der Freundschafts-, Liebes- und Familienbeziehungen, als Antwort nicht ausreiche, um den Vertrauensbegriff vor interessegesteuertem Missbrauch zu schützen. Im Bereich wirtschaftlicher und politischer Beziehungen müsse es ein fruchtbares Spannungsverhältnis zwischen Misstrauen und Vertrauen geben. Das implizite Fazit dieser Studie liegt in der nur verholten gestellten Frage, inwieweit der Vertrauensbegriff tatsächlich

geeignet sei, die komplexen Strukturen der modernen Gesellschaft angemessen zu erfassen und gegebenenfalls sogar zu gestalten. Vielleicht sollte auf diese Frage mit dem Begriff der Obsession verwiesen werden?

London

Peter Schröder

Vertiefende Ergänzung zu neueren Überblickswerken

Hetting, Manfred/Müller, Michael G./Hausmann, Guido (Hrsg.): Die „Judenfrage“. Ein europäisches Phänomen?, 351 S., Metropol, Berlin 2013.

In dem Sammelband zeichnen 13 Autorinnen und Autoren die politische und gesellschaftliche Stellung der jüdischen Minderheit in Ländern Mittel- und Osteuropas sowie in Italien nach. Er geht auf ein von der Volkswagen-Stiftung gefördertes Forschungsprojekt zurück, mit dem eine wissenschaftliche Tagung verbunden war, die 2008 in Budapest abgehalten wurde. Den historischen Bezugsrahmen bildet die Phase vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zum Ersten Weltkrieg. Diese war geprägt von Kontroversen um die Integration der jüdischen Minderheit, „Judenfrage“ und Antisemitismus. Die Herausgeber verstehen unter diesen Debatten einen Indikator für nationale Selbstverständigungsprozesse im Hinblick auf Inklusion und Exklusion. Virulent wurden sie besonders in Zeiten von Krisen, Krieg und Not.

Die vergleichende Gegenüberstellung der jeweiligen nationalen Entwicklungen beginnt mit zwei Beiträgen zu Deutschland, von wo aus die Diskussionen in den übrigen Gebieten in erheblichem Maß beeinflusst wurden. Anne Purschwitz befasst sich mit dem Begriff einer „bürgerlichen Verbesserung der Juden“ und dem Aufkommen der „Judenfrage“ zwischen 1781 und 1843. Die ambivalente Haltung der deutschen Liberalen zur staatsbürgerlichen Gleichstellung der Juden schildert Andreas Reinke. Jene erwarteten dafür als Gegenleistung, dass die Juden sich vollkommen an die Mehrheitsgesellschaft assimilierten. Sie reagierten mit Unverständnis oder Ablehnung, wenn sich dies nicht erfüllte. Wie sich im Vergleich mit Westeuropa hinzufügen ließe, waren sie zudem nicht bereit, die staatsbürgerliche Stellung der Juden gegen die Vorstöße der Antisemiten energisch zu verteidigen.

Unter den drei Beiträgen zu Polen skizziert Piotr Kendziorrek die dortigen Ambivalenzen anhand einer Untersuchung von Einstellungen polnischer liberaler Intellektueller zur „Judenfrage“ im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Kai Struve verfolgt indessen die hochinteressante publizistische Debatte darüber in der Lemberger linksorientierten Zeitschrift „Przegląd Społeczny“ (Gesellschaftliche Rundschau) in den Jahren 1886/87. Hieran beteiligten sich Polen, Ukrainer und Juden; einen folgenschweren Beitrag lieferte Alfred Nossig (1864–1943), der – aus einem deutschsprachigen Lemberger Elternhaus stammend – als Jugendlicher der polnischen Assimilation das Wort redete, ehe er sich 1887 dem Zionismus zuwandte und den ersten gedanklichen „Versuch zur Lösung der jüdischen Frage (Proba rozwiązania kwestji żydowskiej)“ vorlegte. Erstaunlicherweise fehlt es bis heute an einer umfassenden Biografie dieses in mehreren Kulturen zu Hause gewesenen, vielseitig begabten Intellektuellen aus Ostgalizien. Einen weiteren Schwerpunkt setzt Struve mit den widersprüchlichen, mal pro-, mal antijüdischen Äußerungen des vom Verfasser als Sprecher der ukrainischen Bevölkerungsgruppe angesehenen Schriftstellers Ivan Franko. Grzegorz Krzywiak fasst sodann die antisemitischen Anfänge der polnischen Nationaldemokratie im russischen Teilungsgebiet Polens unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg zusammen.

Dem Problem nationaler Heterogenität in Ungarn wendet sich Ferenc Laczó mit Blick auf die Diskussion über die „Judenfrage“ in einer 1917 erschienenen Zeitschrift zu. David Rechter wiederum zeichnet in groben Zügen das Verhältnis von Staat, Gesellschaft und jüdischer Minderheit in Österreich beziehungsweise Österreich-Ungarn nach, während Klaus Hödl sich dem Phänomen der „Jüdischen Renaissance“ (S. 228) zuwendet und diskursiven wie auch kulturellen Bedingungen für eine neue Konzeption vom Ostjudenbild an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert nachgeht. Die „Judenfrage“ in der Frühphase der tschechischen Nationalbewegung analysiert Katerina Capková, die Position der tschechischen Liberalen in den 1860er-Jahren Michal Frankl. Zwei Beiträge beleuchten zudem den modernen Antisemitismus in Litauen, wobei Linas Venclauskas von publizistischen Quellen aus den Jahren 1885 bis 1918 ausgeht und Klaus Richter die wirtschaftliche Emanzipation und die „Judenfrage“ parallel betrachtet. Schließlich steuert Ulrich Wyrwa Ausführungen zum Begriff einer „Judenfrage“ im Italienischen – im Kontext der neueren Geschichte Italiens – bei.

Die einzelnen Untersuchungen fügen sich zu einem Teil-Mosaik der Entwicklungen in Europa im langen 19. Jahrhundert. Und die Übereinstimmungen frappieren. Deutlich wird insbesondere, dass mit zunehmender erfolgreicher Eingliederung von Juden in die Mehrheitsgesellschaften die Zahl derjenigen Nicht-Juden anstieg, die „den Juden“ – auf verhängnisvolle Weise – kollektiv unveränderliche kulturelle, sittliche oder gar rassistische Merkmale zuschrieb. Es bildete sich vielerorts eine anti-aufklärerische Gegenbewegung heraus, der es darum zu tun war, die staatsbürgerliche Emanzipation der Juden rückgängig zu machen.

Der Sammelband bietet insgesamt eine willkommene, vertiefende Ergänzung zu den neueren Überblickswerken, darunter dem Teilband „Länder und Regionen“ im von Wolfgang Benz herausgegebenen „Handbuch des Antisemitismus“ und dem internationalen Sammelwerk „Antisemitism in Eastern Europe: History and Present in Comparison“, das Hans-Christian Petersen und Samuel Salzborn 2010 herausgegeben haben. Die in dem Titel des vorliegenden Sammelbands enthaltene Frage erweist sich schlussendlich als eine bloß rhetorische.

Marburg

Klaus-Peter Friedrich

Gegenvisionen – Zum Abschied althergebrachter Bilder

Herzberg, Julia: Gegenarchive. Bäuerliche Autobiographik zwischen Zarenreich und Sowjetunion, 494 S., transcript, Bielefeld 2013.

In jeder Hinsicht ist dieses Buch beeindruckend. Angefangen von der Fülle neu gehobener bäuerlicher autobiographischer Materialien hin zur Anfechtung klassischer Lesarten bäuerlicher Lebensweisen bis zur tiefen Neubewertung autobiographischen Schreibens im Allgemeinen. Julia Herzbergs Dissertation über bäuerliches Schreiben zwischen 1860 und 1930 wird hoffentlich zur Standardlektüre all derjenigen werden, die sich für das interessieren, was gemeinhin Ego-Dokumente genannt wird – unabhängig davon, ob sich diese Wissenschaftler/innen für Russland oder Brasilien erwärmen.

Aber der Reihe nach: Die zentralen Kategorien, die Julia Herzbergs Buch inhaltlich bestimmen und strukturell organisieren, sind die der Anrufung, Adressierung und Archivierung.

Mit dem Verweis auf die Anrufungsszene Louis Althusser, der die Frage nach dem Subjektstatus beantwortet mit dem Hinweis, dass Subjektivität die Angelegenheit mindestens zweier ist, des Anrufers und des Angerufenen, eröffnet die Verfasserin ihre beeindruckende Analyse bäuerlichen autobiographischen Schreibens im ausgehenden Zarenreich. Statt autobiographisches Schreiben als Ausdruck von Authentizität zu verstehen, als Entäußerung eines Inneren, geht es ihr vielmehr darum zu zeigen, in welchen „Kommunikationsräumen“ (S. 14) überhaupt geschrieben wird. Julia Herzberg versteht das autobiographische Schreiben nicht als „Monologe in leeren Räumen“, sondern als Interaktionen mit anderen – eine Prämisse, die nicht nur bei einer Neubewertung von Tagebüchern als Quelle spannend ist, sondern auch für die zur Veröffentlichung gedachten Schreibprojekte des ausgehenden Zarenreiches. Methodisch platziert Julia Herzberg diejenigen quellenkritischen Fragen, die sonst allenfalls am Rande einer historischen Arbeit auftauchen ins Zentrum ihrer Überlegungen. Wer autobiographische Texte aus welchen Gründen „publiziert, verwahrt, gesammelt und überliefert“ (S. 412) hat, ist in ihrem Buch ebenso wichtig wie die Frage, wer sie wann, warum und mit welchem Inhalt geschrieben hat.

In drei großen Kapiteln erläutert die Autorin unterschiedliche Praxen bäuerlichen autobiographischen Schreibens, die sich je nach Kommunikationsraum, in dem sie stattfanden, unterschieden. Autobiographien, die zur Veröffentlichung in der lebendigen Presselandschaft des Zarenreiches vorgesehen waren, stellten oft eine Erfolgsgeschichte in den Mittelpunkt. Vom leibeigenen Bauern zum aufgeklärten, weltgewandten Städter, von der Unfreiheit zur Freiheit waren Themen, um die es in publizierten bäuerlichen Schriften oft ging und die von den Redaktionen als ‚Sprecherlaubnis‘, und damit als veröffentlichenswert, verstanden wurden. Ein anderes Muster erfolgreichen bäuerlichen autobiographischen Schreibens für eine Öffentlichkeit ist dasjenige, Widrigkeiten und Hindernisse überwunden zu haben. Am Beispiel Spiridon Drožžins arbeitet Julia Herzberg das Motiv des „trotzdem“ heraus, also trotz bäuerlicher Herkunft, trotz schwieriger Bedingungen den Aufstieg zum Bauernpoeten geschafft zu haben. Seine Geschichte hatte mit der Freiheit keinen krönenden Abschluss gefunden, weswegen Drožžin im Laufe seines Lebens auch mehrere Autobiographien schrieb und veröffentlichte. Die Bauern, die ihre Lebensgeschichten publiziert sehen wollten,

hatten sich einem bestimmten Narrativ anzubehalten, wie Julia Herzberg unter anderem an Drožžins Autobiographien zu illustrieren weiß.

Ein weiterer großer Abschnitt beschäftigt sich mit Autobiographieprojekten im ausgehenden Zarenreich. Anhand drei umfangreicher Sammlungen demonstriert Julia Herzberg, wie sehr die „Anrufungen“ die Schreibpraxis von Bauern beeinflussten. Überlegungen zum Sammeln und Archivieren, den Überlieferungswegen sind hier ebenso Gegenstand wie eine Vorstellung der Personen, die sammelten und umfangreiche Archive bäuerlicher Autobiographik anlegten. Die minutiöse Untersuchung dreier Protagonisten und ihrer Sammlungen (Vladimir Bonč-Bruevič, Nikolaj Rubakin, Aleksandr Jacimirskij) beschreibt ihren Dialog mit den Schreibern, der nicht immer frei von Friktionen war. Zum einen konkurrierten Sammler und Schreiber darum, wer die Deutungshoheit darüber besaß, wer ein Bauer sei. Zum anderen gestalteten sich die Beziehungen zwischen Sammlern und Schreibern vor allem seit etwa Mitte der 1920er Jahre zunehmend schwieriger. Der zunächst offene, zum Teil konfrontative Dialog wich vorsichtigen Andeutungen. Die Leistung dieses Kapitels besteht keineswegs allein darin, diesen bislang unbeachteten umfangreichen Schatz bäuerlicher Autobiographien überhaupt gehoben zu haben. Dieses Kapitel besticht vor allem durch seine überzeugende methodische Arbeitsweise und die bei aller Vorsicht durchaus weitreichenden Schlüsse, die Julia Herzberg präsentieren kann. Dazu gehört unter anderem die Korrektur der Vorstellung autobiographisches Schreiben sei ein vor allem sowjetisches Projekt gewesen. Vielmehr weist Julia Herzberg die Genealogien autobiographischen Schreibens auf, die nicht nur bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreichen, sondern vor allem die Schicht betrafen, von denen auch die Forschung gemeinhin ein anderes Bild zeichnet. Erstens war bäuerliches Schreiben vertrauter Bestandteil bäuerlicher Kultur (S. 66). Zweitens waren Bauern keineswegs passive Subjekte oder lediglich Untertanen. In ihren Antworten auf die Schreibaufträge verorteten sich Bauern in neue Welten, pflegten ihre Geschichte und die ihrer Familie, präsentierten sich als Akteure, gar Erfolgstypen.

Der letzte Abschnitt widmet sich dem „privaten“ Schreiben oder vielmehr dem Schreiben im Familienkreis. Ein eher strukturelles Problem mag hier sein, dass die leitenden Fragen der Anrufung und der Adressierung nicht verhandelt werden, gleichwohl sind die Überlieferungswege

und Archivierungspraktiken hier von besonderem Interesse. Die Motive des Schreibens, die Frage nach, was wird eigentlich festgehalten, stehen hier im Mittelpunkt. Die im Familienkreis entstandenen Texte haben oft eher den Charakter eines Tagebuchs oder einer Chronik. Spannend sind hier vor allem die Familientagebücher, die zum Teil vom Vater an den Sohn vererbt wurden und das Familienleben über im Schnitt drei Generationen dokumentierten. In diesem Abschnitt widmet sich Julia Herzberg auch dem Schreiben von Bäuerinnen. Statt das seltenere Schreiben von Bäuerinnen als originäres Schweigen zu interpretieren, zeigt Julia Herzberg an den Überlieferungswegen und Archivierungspraktiken, dass Schriften von Bäuerinnen größere Schwierigkeiten hatten publiziert oder archiviert zu werden als die ihrer männlicher Schreibkollegen.

Julia Herzbergs Buch räumt stereotype Vorstellungen über den dumpfen russischen Bauern beiseite. Sie kritisiert die Stalinismusforschung dafür, den Trend des autobiographischen Schreibens als sowjetisches Produkt zu lesen. Und sie demonstriert eindrücklich, wie sehr eine offene Reflexion über Quellen, etwa über Zufallsfunde im Archiv, eine Bereicherung bei der Lektüre sein kann. Lange schon nicht mehr eine innovative wissenschaftliche Studie, die zudem einen unterhaltsamen Lektüre bietet, in der Hand gehabt? Nun, es gibt Abhilfe.

Bremen

Alexandra Oberländer

20. JAHRHUNDERT

Mensch, Natur und die Moderne

Paulsen, Adam/Sandberg, Anna (Hrsg.): Natur und Moderne um 1900. Räume, Repräsentationen, Medien, 307 S., transcript, Bielefeld 2013.

Umbrüche auf den unterschiedlichsten Gebieten wie der Kunst, der Politik oder der Wissenschaft prägten die Zeit um 1900. Mit der Entstehung der modernen Naturwissenschaften, aber auch der Heimatschutz- oder der Reformbewegung stand unter anderem der Begriff „Leben(sraum)“ in all seinen Facetten zur Diskussion. Der hier zu besprechende Sammelband, hervorgegangen aus einem 2011 in Kopenhagen abgehaltenen

Forschungssymposium, möchte die besondere Bedeutung dieser Jahrhundertwende für das Verhältnis von Mensch und Natur untersuchen und damit einen Beitrag zur Diskussion über den Moderne-Begriff leisten. Die methodische Klammer bildet Christof Dippers Konzept einer „integralen Moderne“. Der Historiker setzt den Beginn dieser Epoche 1880 an und betont die Bedeutung zeitgenössischer „Selbstdeutung[en]“ (S. 19). Mithilfe dieser Vorannahme gehen die Beitragenden der „Vieldeutigkeit der unterschiedlichen Zugriffe auf die Natur um 1900“ (S. 21) in Deutschland und Skandinavien auf den Grund, wobei sie unter Natur vor allem die naturräumlichen Gegebenheiten verstehen.

Die Herausgeber, Adam Paulsen und Anna Sandberg, machen um 1900 drei unterschiedliche Zugänge zur Natur aus, denen sich auch die Beiträge zuordnen lassen: „ein[en] ästhetische[n], ein[en] moralisch-praktische[n] und ein[en] theoretische[n]“ (S. 22). In 15 Beiträgen, verteilt auf drei Sektionen, richten Literatur-, Kultur- und Geschichtswissenschaftler/innen ihren interdisziplinären Blick auf „Prozesse der Verräumlichung in der Moderne an sich, insbesondere aber [auf] verschiedene kulturelle und ästhetische Aspekte dieser natürlichen Räume und ihrer medialen Repräsentationen“ (S. 19).

Die Einführung gibt einen geschichtlichen Einblick und stellt vor allem anhand einer um 1900 stattfindenden „Neuorientierung an Natur und Natürlichkeit“ (S. 12f.) die Deutschland und Skandinavien – auch über den Kulturtransfer – verbindenden Themen vor: Industrialisierung, Lebensreformbewegungen, Tourismus, Wissenschaft und Wirtschaft, aber auch Kunst und Literatur. Die anschließenden Beiträge nehmen diese Aspekte wieder auf. Paulsen/Sandberg vertreten die These, ein Blick auf die Epochenschwelle könne helfen, die Gegenwart zu verstehen und nach Lösungen für aktuelle Umweltprobleme zu suchen. Dazu nehmen die Beiträge die damalige Wahrnehmung der Natur in den Blick. Sie untersuchen das Verhältnis der Zeitgenossen zu eben dieser Umwelt und wie sie sich den Herausforderungen der Moderne mit ihren großen Transformationsprozessen stellten.

Sektion I versammelt Beiträge zur „Kolonisierung des Raumes“. Diese beschäftigen sich mit der Vereinnahmung des natürlichen Raumes durch Alpinisten (Michael Ott), Reisende (Annegret Heitmann, Kathrin Maurer), Aktive in der Heimatschutzbewegung (Adam Paulsen) oder Gartenfreunde (Vera Alexander). Ott zeigt beispielsweise anhand von Handreichungen zum

Alpinismus und literarischen Werken, wie die Zeitgenossen alpinen Raum als „Gegenraum der Moderne“ (S. 43) konstruierten, diesen teilweise sogar sakralisierten. Gleichzeitig erschlossen sie das Hochgebirge für den (Massen)Tourismus und gestalteten dieses um. Paulsen wiederum zeichnet den Bund Heimatschutz mit seinen Schutzversuchen für die Laufenburger Stromschnellen als Vorläufer der in den 1970ern aufkommenden Neuen Sozialen Bewegungen. Dass sich folglich schon um 1900 ein modernes Umweltbewusstsein Bahn brach, kann auch Heitmann in ihrem Beitrag über den schwedischen Touristenverein zeigen.

Der zweite Abschnitt „Literarische Repräsentationen des Raumes“ stellt mit sechs Beiträgen das umfangreichste Großkapitel dar. Gedichte und Romane bilden die Quellengrundlage dieser Sektion. Sie ist damit am stärksten literaturwissenschaftlich ausgerichtet. Axel Goodby und Sven Halse vergleichen unterschiedliche Autoren; Anna Sandberg und Moritz Schramm stellen verschiedene Werke eines Autors nebeneinander; Heinrich Deterling und Karin Hoff hingegen analysieren eine Quelle ausführlich. Die Aufsätze untersuchen Begriffe wie Ökologie (Deterling, Sandberg), Leben (Halse), Natur (Hoff, Schramm) oder Heimat. Zu letzterem ist Goodby ein differenzierter Beitrag gelungen, der auch in der Geschichtswissenschaft anschlussfähig ist. Der Kulturwissenschaftler zeigt unter anderem, dass Heimat, als soziale Gemeinschaft verstanden, per se politisch ist. Dies schlägt wiederum den Bogen zu Beiträgen der vorhergehenden Sektion, wie dem über das Engagement für Naturdenkmäler.

In „Diskurse und Medien der Moderne“ fragen die Autor/innen nach dem Zusammenhang von Kunst und Natur, nach der Modernität dieser Verbindung sowie nach dem (scheinbaren) Gegensatz von Natur und Moderne. Christian Benne zeigt anhand Friedrich Nietzsches Aphorismus „Wir Künstler!“, dass dieser zwischen Kunst und Moderne keinen Gegensatz aufmacht. Im Gegenteil sieht der Philosoph Kunst als ein Mittel an, Verbindung zur Natur aufzubauen und die Trennung von Natur und Moderne aufzuheben. Um Fragen des Ästhetischen geht es auch Mirjam Gebauer. Sie stellt anhand von Ernst Haeckels biologischen Zeichnungen die Eigenständigkeit von Bildern heraus. In diesem Fall erläutern sie nicht nur einen Text, sondern machen hochkomplexes Wissen begreiflich, wo Sprache nicht mehr ausreicht. Anhand von bewegten Bildern zeigt Stephan Michael Schröder die

„Ambimodernität“ von Naturdarstellung in frühen Filmen: Mit Naturdokumentationen kritisierten damalige Kinematografen die Moderne, wobei erst diese die verwendeten Apparaturen hervorbrachte. Die thematischen Beiträge schließt Detlef Siegfried mit einer weiteren, zweifach neuen „Sicht auf die Welt“ (S. 285), der Luftfotografie. Der Blick von oben veränderte zwar die ästhetische und politische Wahrnehmung, so der Historiker. Doch auch die vermeintlich objektive Technik der Fotogrammetrie war nicht frei von Ideologie und Interessen.

Der Sammelband bietet viele spannende Einblicke in die Naturwahrnehmung um 1900 und zeigt die Aktualität dieses Themas für heutige Fragen auf. Die leicht pathetische Einführung erinnert daran, dass Naturschutz stets eine ethische Dimension besitzt, die auch heute noch anschlussfähig ist. Gelungen, weil ausgewogen, ist die Auswahl skandinavischer wie deutscher Quellen. Explizit auf den Kulturtransfer zwischen diesen beiden Regionen geht leider nur Sandberg ein; eine abschließende Zusammenführung der Ergebnisse unter dieser These hätte den Band abgerundet. Dennoch beziehen sich die Beitragsthemen gut aufeinander. „Natur und Moderne“ vereint mehrheitlich literatur- und kulturwissenschaftliche Arbeiten. Zahlreichere Beiträge aus der Geschichtswissenschaft hätten das Panorama gewinnbringend erweitern können: Sie bleiben weiterhin ein Forschungsdesiderat. Aufgrund der Interdisziplinarität entstanden verschiedenste Aufsätze, was sich auch in den unterschiedlichen Wissenschaftssprachen niederschlägt. Wenn sich (Umwelt)Historiker/innen darauf einlassen, können sie viele interessante Themenbereiche für sich entdecken.

Darmstadt

Silke Vetter-Schultheiß

Geheimgesellschaften im 20. Jahrhundert

Jacob, Frank: Die Thule-Gesellschaft und die Kokuryūkai. Geheimgesellschaften im global-historischen Vergleich, 301 S., Königshausen & Neumann, Würzburg 2013.

Frank Jacob verfolgt in seiner Dissertation über Geheimgesellschaften einen komparativen, globalhistorischen Ansatz, indem er zwei Geheimbünde einander gegenüberstellt, die in keinerlei direktem Austausch zueinander standen.

In seiner Einleitung definiert Jacob den Begriff Geheimbund (S. 6) als Vereinigung, die ihre Mitglieder, Tätigkeiten, Rituale und anderes aus nicht weiter ausgeführten Gründen geheim hält. Die in Deutschland tätige Thule-Gesellschaft und der in Japan agierende Bund der Kokuryūkai dienen ihm dabei als Vergleichsobjekte, da sich seines Erachtens beide Organisationen hinsichtlich der Entstehung, Mitgliederstruktur und Agitation ähnelten (ebd.).

Jacob geht von der These aus, dass die Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Bünden auf transnationale Phänomene zurückzuführen sind (S. 20). Sein Ziel ist es daher, die Ursachen für diese parallele Entwicklung herauszuarbeiten. Als zentralen exogenen Faktor, der die Entwicklung beider Geheimgesellschaften bestimmte, identifiziert er den Imperialismus. Der Einfluss dieses Faktors soll im Verlauf der Untersuchung geklärt werden.

Hervorzuheben ist, dass Jacob für seine Studie auf ungedruckte, bislang kaum beachtete Quellen japanischer und deutscher Archive zurückgreift (S. 23). Mit dem Vergleich der beiden Geheimbünde sowie der genaueren Untersuchung beider Gesellschaften leistet der Autor daher Grundlagenforschung und schließt auf dem Gebiet der globalhistorischen Forschung ein wichtiges Desiderat.

Der Autor stellt zuerst einige „traditionelle“ (ebd.) Geheimbünde vor, um damit zu klären, ob sich die beiden hier untersuchten Geheimbünde von diesen grundsätzlich unterscheiden. Zu den traditionellen Geheimgesellschaften, die jeweils kurz abgehandelt werden, zählen die Freimaurer, Illuminaten, die United Irishmen und die chinesischen Geheimgesellschaften. Anschließend fasst Jacob deren grundlegenden Charakteristika zusammen und kommt in seinem kurzen Resümee zu dem Schluss, dass sich die im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts entstandenen Geheimgesellschaften klar von den hier als traditionell apostrophierten Geheimbünden unterscheiden. Erstere verfolgten „rassistisch-nationalistische sowie imperialistisch-expansionistische Ziele“ (S. 63), wohingegen die „traditionellen“ Geheimbünde auf eine Verbesserung der Gesellschaft allgemein zielten.

Nach einem pointierten historischen Abriss zu Deutschland und Japan seit der Nationalstaatsgründung schließt sich der eigentliche Hauptteil der Arbeit an. Darin werden die beiden Gesellschaften anhand von sieben Parametern miteinander verglichen: Entstehung, Mitgliederstruktur, Führungspersönlichkeiten, ideologische

Vorläufer, Agitation, Einfluss und organisatorischer Einfluss. Jacob kommt in seiner stringent aufgebauten Studie zu dem Schluss, dass sich beide Geheimgesellschaften in allen sieben hier angelegten Vergleichsparametern auffallend ähnelten. Den Gründungen beider Gesellschaften lag ein „punktuell-Krisenbewusstsein“ (S. 239) zugrunde, das auf spezifisch-politische Hintergründe zurückging. Besonders im Kapitel über die „Entstehung“ der beiden Geheimbünde kann der Autor den Einflussfaktor Imperialismus, den er eingangs als zentral für die parallele Entwicklung der beiden Geheimbünde benennt (S. 245), gut herausarbeiten. Allerdings spielt der Imperialismusbegriff im abschließenden Vergleich der beiden Geheimbünde eine nur untergeordnete Rolle. Hinsichtlich der Mitgliederstruktur stellt der Autor wiederum starke Ähnlichkeiten fest, beide verstanden sich als ausgesprochen elitär und waren keine Massenbewegungen (S. 240). Beide Gesellschaften waren zudem von einer zentralen Führungspersönlichkeit dominiert: Im Falle der Thule-Gesellschaft übernahm dies Baron Rudolf von Sebottendorff, im Falle der Kokuryūkai hatte Uchida eine zentrale Position inne. Jacob konstatiert auch für die Punkte Ideologie und Agitation viele Gemeinsamkeiten. Die vielleicht deutlichste bestand jedoch in dem begrenzten Einfluss auf die Gesellschaft, den beide Organisationen besaßen. Dieser wurde bislang als viel zu groß eingeschätzt. Keine der beiden Gesellschaften konnte gezielt Einfluss auf die Politik oder zentrale Persönlichkeiten der Politik nehmen (S. 243). Jacob kommt zu dem Schluss, dass es zwischen den von ihm als „traditionell“ bezeichneten Geheimgesellschaften und den beiden Gesellschaften aus Deutschland und Japan erhebliche Unterschiede gab. Seine These von der Transnationalität des Phänomens „Geheimgesellschaften“ sieht er ebenfalls bestätigt, da die beiden hier untersuchten Gesellschaften eine Vielzahl von Parallelen aufwiesen, ohne dass ein Austausch zwischen ihnen stattgefunden hätte.

Kritisch lässt sich anmerken, dass es sich bei diesem Thema angeboten hätte, dem Geheimnisbegriff, seiner Genese, Bedeutung und dessen Funktion mehr Raum zu geben. Warum haben beide Bünde überhaupt das Geheimnis gebraucht? Warum haben sie nicht als Vereine oder Netzwerke agiert? Was bewirkt das Geheimnis innerhalb von Gruppen und welche Bedeutung kann es für die Außenwirkung einer Gruppe haben? Auf die sozial-strukturierende Funktion des Geheimnisses hat die Forschung inzwischen hinlänglich hingewiesen, beispielsweise in dem

von Aleida und Jan Assmann herausgegebenen Sammelband „Schleier und Schwelle“ von 1997. Da sich der Autor explizit mit zwei Geheimbünden beschäftigt, hätte gerade die komparative Sicht auf den Begriff des Geheimnisses einen erheblichen hermeneutischen Mehrwert versprochen.

Potsdam

Carmen Winkel

Deutsch-sowjetische Verzahnung

David-Fox, Michael/Holquist, Peter/Martin, Alexander M. (Hrsg.): *Fascination and Enmity. Russia and Germany as Entangled Histories, 1914–1945*, 320 S., Pittsburgh UP, Pittsburgh, PA 2012.

Die Katastrophen, die sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland und der Sowjetunion ereignet haben, sind in der Forschung nicht nur angesichts ihrer Monstrosität, sondern auch wegen der unüberschaubaren Literatur darüber kein wirklich eingängiges Thema. Schon die Erklärungsversuche, beide Tragödien vor dem Hintergrund totalitärer Machtausübung miteinander in Verbindung zu bringen, wiesen ungeachtet der Quellenlage bislang unterschiedliche Qualitäten auf, die den Sehepunkt des Historikers stärker als üblich in den Vordergrund zu rücken und offen zur Disposition zu stellen schienen: Mit einem Vergleich beider diktatorischer Systeme war man politisch zwar auf der sicheren Seite, doch der Erkenntniswert dieses Zugangs verflüchtigte sich nicht selten zu einem abstrakten Modell von Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Mit der unmittelbaren und kausalen Verknüpfung von Gulag und KZ hingegen begab man sich andererseits auf ideologisch vermintes Feld. Der neuere Ansatz der *histoire croisée* indes, der mittlerweile eine konzeptionelle Selbstverständlichkeit geworden ist, gibt den Historikern nun plötzlich ein kleinteiligeres Instrumentarium an die Hand, mit dem offenbar leichter als zuvor an den neuralgischen Punkten beider Geschichten angesetzt werden kann.

In acht umfangreichen Artikeln sowie im abschließenden synopsenartigen Beitrag von Dietrich Beyrau versucht sich der vorliegende Sammelband an der Sichtbarmachung dieser mit- und ineinander verflochtenen Geschichten. Es erweist sich dabei als methodischer Vorteil, gerade nicht nur die politischen Systeme in ihren spezifischen Funktionsweisen zueinander in

Beziehung zu setzen, sondern mit den beiden Weltkriegen lediglich eine zeitliche Begrenzung vorzunehmen, die dafür mehr die gegenseitigen Wahrnehmungen in ihrer längeren Entwicklung in den Blick bekommt und vor allem deren jeweilige Rückwirkungen auf beide Seiten deutlicher hervortreten lässt. Dabei kristallisieren sich mindestens zwei thematische Fluchtpunkte heraus.

Zum einen spielt die Gewalt, wie sie in den beiden Weltkriegen in ihrer rohesten Form in Erscheinung getreten war, eine herausgehobene Rolle; deren Ausbrüche zogen sich auf sehr ambivalente, doch gleichzeitig recht deutlich umrissene Kontaktzonen zwischen Deutschen und Russen beziehungsweise Sowjets zusammen. Anhand der deutschen, polnischen und russischen Berichterstattung etwa versucht Laura Engelstein die Zerstörung Kaliszs durch deutsche Truppen im August 1914 in einer dichten Beschreibung der Ereignisse wieder in Erinnerung zurückzurufen. Ihr geht es dabei weniger um eine hinreichende Herleitung dieses Gewaltexzesses, sondern vielmehr verfolgt sie die jeweiligen Erklärungsnarrative, die sich in ihrer Genese stets aufeinander beziehen und umkehren. Weniger um Schuld als um die grundlegende Frage, wie es zu barbarischen Gewalttaten überhaupt kommen konnte, ging es wiederum den Rotarmisten, die das Kriegsende 1945 auf deutschem Territorium erlebten. Deren Aufzeichnungen, die gerade über die lange in der Sowjetunion totgeschwiegene Gewalt der sowjetischen Armee gegen die deutsche Zivilbevölkerung berichten, hat Oleg Budnitskii einer genaueren Prüfung unterzogen. Hier zeigt sich, dass von den Protagonisten weniger ideologische als in erster Linie soziale Gründe angeführt werden, die das Brandchatzen, Vergewaltigen und Töten erklären helfen sollen. Wie aber der Kampf um die gerechte und gute Sache – es ging ja im Krieg gegen die Nationalsozialisten um die Wiederherstellung von Humanität! – plötzlich in tiefste Barbarei hinabsinken konnte, blieb auch für die Rotarmisten ein Paradox. Dieses Ringen um Menschlichkeit war auch kurz zuvor in Stalingrad ein zentraler Topos gewesen, hier allerdings stand er klar im Dienste der Ideologie. Die deutschen wie sowjetischen Feldpostbriefe geben Aufschluss über die unterschiedliche propagandistische Verwendung einerseits und über die darüber begründeten Motivationen der Kriegsteilnehmer andererseits. Jochen Hellbeck arbeitet dabei heraus, dass im Dritten Reich die Erfolge an der Ostfront die Heimatfront mobilisieren sollten, wohingegen in der Sowjetunion umgekehrt die Soldaten auf die

moralische Unterstützung aus dem Hinterland angewiesen waren. Gerade die gegenseitige Wahrnehmung der Feldpost beförderte schließlich die ideologisch motivierten Fremd- wie Selbstbeschreibungen, die das jeweilige Verhalten im Krieg charakterisieren sollten: Galten Pflicht und Gehorsam in der Wehrmacht als Kardinaltugenden, so propagierten die Sowjets die Freiwilligkeit und innere Überzeugung als Eigenschaften, die den Frontsoldaten ausmachten. Diese vorbildlich politisierte und scheinbar nach innen gewendete Einstellung galt den Nationalsozialisten zeitweise sogar als Modell für die ‚wehrgeistige Führung‘ der eigenen Soldaten an der Ostfront.

Der zweite Fluchtpunkt, den der Sammelband vorweist, deutet sich hierin schon an: die Bilder, die in den verschiedenen Kontaktzonen erzeugt wurden, die Instrumentalisierung von Stereotypen und deren Einspeisung in die Handlungsfelder der jeweiligen Protagonisten. Ein Beispiel ist etwa der Umgang mit den Kriegsgefangenen im Ersten Weltkrieg, wie Oksana Nagornaya ausführt. Neben den Gewaltübergriffen, die auf der Tagesordnung standen und auch von den Verwaltungsstellen ausgingen, zeigt sie, wie insbesondere in Deutschland koloniale Muster den Umgang mit den russischen Kriegsgefangenen bestimmten. Dies hatte wiederum zur Folge, dass die russische Seite die schlechte Behandlung ihrer gefangenen Soldaten zum Anlass nahm, den Mythos Deutschland als leitendes europäisches Kulturmodell zu demontieren und es schlussendlich sogar aus der Gemeinschaft der zivilisierten Völker auszuschließen. Ein weiteres Beispiel hierfür ist auch die antisowjetische Propaganda im nationalsozialistischen Deutschland. Hatten die Sowjets vor der Machtergreifung noch versucht, durch die Gründung diverser Gesellschaften und insbesondere über die Komintern Einfluss auf die deutsche Öffentlichkeit und deren Wahrnehmung der Sowjetunion zu nehmen, so schlug Goebbels Mitte der 1930er einen härteren Kurs ein, der Kommunisten und Juden nun in einen Topf warf. Gleichzeitig aber übernahm er, so Jan C. Behrends, für seinen medialen Feldzug die narrativen Strategien der bolschewistischen Propaganda, was sich in der gezielten Veröffentlichung von Augenzeugenberichten am sichtbarsten niederschlug. Die Berichte von den so genannten in die Sowjetunion entsandten deutschen Spezialisten sollten nun die kommunistische Führung in der deutschen Öffentlichkeit in dem Maße diskreditieren, wie zuvor das Ausland in den von den Sowjets geleiteten Reisen von der Überlegenheit der kommunistischen

Gesellschaft zu überzeugen versucht worden war. Gleichzeitig aber bewegte sich die deutsche Propaganda dabei auf einem äußerst schmalen Grat: Zum einen stellte ihre Kampagne, die alles unter den denunzierenden Sammelbegriff des Judäo-Bolschewismus packte, eine politisch unfähige und zivilisatorisch unterlegene Sowjetunion dar, musste aber zugleich auch darauf achten, dass das Feindbild einer bedrohlichen Macht weiterhin intakt blieb. So war es möglich, dass in Deutschland durchaus unterschiedliche, vom Ministerium offiziell sanktionierte Meinungen über die Sowjetunion kursierten, während hier das Dogma des bürgerlichen Klassenfeindes in der öffentlichen Darstellung deutlich weniger Toleranzspielräume zuließ.

Auch wenn die Qualität aller Beiträge außerordentlich ist und Michael David-Fox in seiner lesenswerten Einleitung zurecht betont, dass das Konzept der *entangled histories* im vorliegenden Band nicht so zu verstehen sei, dass es auf die Darstellung der bloßen Wechselwirkungen zwischen Deutschland Russland ankomme, sondern es vielmehr auf das Herausarbeiten der „nachhaltigen und tiefsitzenden Reaktionen auf der anderen Seite“ (S. 4) abziele, drängt sich jedoch – vielleicht auch gerade deshalb, weil der Band im Großen und Ganzen gelungen ist – die grundsätzliche Frage auf, was verflochtene Geschichten in diesem Zusammenhang genau bezeichnen und vor allem wie ihre Darstellung möglich ist. Mit dem Fokus auf die sich ändernden wechselseitigen Wahrnehmungen und deren Einwirkung auf die Performanz der Akteure greift das neue Paradigma nur allzu offensichtlich auf ältere Ansätze der Rezeptionsästhetik zurück. Die entscheidende Frage aber ist, ob die Zone, in der diese Geschichten sich vermengen und möglicherweise in einer dritten Erzählung neu erstet, tatsächlich als *eine* Geschichte geschrieben werden kann, ohne sich hinter dem notwendigen Plural, *histories*, methodisch verstecken zu müssen. Die vorliegenden Beiträge deuten nicht nur an, dass sich dieses konzeptionelle (oder sogar epistemische?) Dilemma wohl nicht zufriedenstellend lösen lassen wird, weil die Autoren notwendig zwischen deutscher und sowjetischer Geschichte hin- und herspringen. Was der Sammelband allerdings eindrücklich zeigt, ist, wie diese Kontaktzonen – Korrespondenzen, Memoiren, Lektüren, Begegnungen – durch die einzelnen Protagonisten zunächst sichtbar wurden und wie sie unterschiedlich auf die deutschen und sowjetischen Kontexte zurückwirkten. Die Mechanik der einzelnen deutsch-sowjetischen Verzahnungen, die

sich gerade in diesen unterschiedlichen Quellengattungen niederschlägt, ist in der Tat faszinierend. Aber es zeigt auch, welche Schwierigkeiten es bereitet, das Verflochtene jenseits des Austausches zu schreiben; nähme man das nämlich beim Wort, landete man wahrscheinlich eher in der Darstellung des Formalen. Ein schmaler Grat. Die Beiträge zeugen alle von ihm. Mehr kann man sich als Leser nicht wünschen.

Köln

Roland Cvetkovski

Strukturbildende Historizität

Fischer, Thomas: Die Souveränität der Schwachen. Lateinamerika und der Völkerbund 1920–1936, 459 S., Steiner, Stuttgart 2012.

Die historische Forschung über den Völkerbund erlebt seit einigen Jahren eine eigentliche Renaissance und reflektiert damit eine Neuinterpretation internationaler Politik im Zuge der modernen Globalgeschichte. Diese beschränkt sich nicht auf die Darstellung von Diplomatie und Außenpolitik, sondern thematisiert die Entstehung der internationalen Zivilgesellschaft, adressiert die *public diplomacy* und analysiert technische Kooperationen sowie internationale Expertennetzwerke. Die Vorstellung des Völkerbunds als internationale Gemeinschaft souveräner Staaten zur Sicherung des Weltfriedens hat damit einen neuen Interpretationsrahmen gefunden, denn so sehr dessen hauptsächliche Zielsetzung, die Sicherung des Weltfriedens, missglückte, so sehr ist der Völkerbund als ein Zentrum grenzübergreifender Netzwerke geeignet, ein breites Spektrum von internationalen Handlungsoptionen sichtbar zu machen. Diese reichen über die formellen, souveränen Staaten vorbehaltenen Mitgliedschaften hinaus. Wie die Mitgliedschaft der *dominions* und Indiens zeigt, konfrontierte die vielfältige Völkerbundfamilie den vormals exklusiven Klub der Großmächte nicht nur mit einer vielfältigen Staatengemeinschaft, sondern auch mit Ansprüchen von Nichtsouveränen und letztlich mit divergierenden und vielschichtigen globalen Ordnungsvorstellungen. Dieses komplexe Gefüge ist in jüngster Zeit unter anderen von Patricia Clavin, Susan Pedersen, Mark Mazower, Erez Manela, Glenda Sluga und Sandrine Kott diskutiert worden. Daneben ist eine deutliche Zunahme von Arbeiten zu verzeichnen, welche die Bedeutung des

Völkerbunds für nichteuropäische Staaten, für Japan, aber auch für Neuseeland diskutieren. Eine den gesamten Kontinent Lateinamerikas in den Blick nehmende Arbeit hat bislang gefehlt und wird nun im Beitrag von Thomas Fischer als globalgeschichtlich konzipierte *Area Study* greifbar. Beide Ansätze, sowohl jene, die mehr von der Veränderung und Verdichtung der internationalen Ordnung ausgehen, wie auch jene, welche die Verschiebung eben dieser Ordnung von der Zunahme der staatlichen Akteure ableiten, sind sich der subtilen Balance der Argumentation bewusst. In der Tat kann der Völkerbund auch unter der Voraussetzung, dass dieser ein eigendynamisches Netzwerk darstellt, nicht ohne klassische Außenpolitik gedacht werden – und gewiss ergaben sich neue Handlungsmöglichkeiten jenseits klassischer diplomatischer Interventionen.

Die nun vorliegende Arbeit von Thomas Fischer fragt nach den Souveränitätsdiskursen der lateinamerikanischen Eliten und diskutiert die Instrumentalisierung der Völkerbundmitgliedschaft bei der Ausbalancierung der inneramerikanischen, von den USA dominierten Beziehungen. Dabei werden die politischen Handlungsspielräume und die unterschiedlichen Interessen der lateinamerikanischen Staaten dargestellt, welche in der Selbst- wie in der Fremdwahrnehmung als schwache Staaten perzipiert wurden. Netzwerke, welche über staatliche Außenpolitik hinausreichen, werden dabei vornehmlich in den *epistemic communities* der Juristen verortet, während die Partizipation lateinamerikanischer Staaten im Völkerbundsekretariat als eher schwach eingeschätzt wird und die technischen Kommissionen als Handlungsspielraum nur am Rande in Erscheinung treten. Gleiches gilt für die kulturellen Beziehungen und die allerdings schwer einzuschätzenden Korrespondentennetzwerke, welche nach der Auflösung des lateinamerikanischen Büros weiter existierten. Aus der Perspektive der dezidiert als *area study* konzipierten Darstellung spielen denn auch ‚Genève internationale‘ und die etwa von Gabriela Mistral bedienten kulturellen Beziehungsnetzwerken jenseits klarer außenpolitischer Funktionszuweisungen eine untergeordnete Rolle. Fischers Einschätzung der eher marginalen Bedeutung lateinamerikanischer Staaten in der Völkerbundadministration wird durch Egon Ranshofen-Wertheimers am Ende des Zweiten Weltkriegs erschienene Verwaltungsgeschichte des Völkerbunds bestätigt. Fischers Fazit fällt dennoch ambivalent aus. Er gesteht dem Völkerbund ein bedeutendes

Potenzial bei der Austarierung des inneramerikanischen Kräftemessens zu, wobei aber die Vereinigten Staaten der entscheidende Referenzpunkt blieben. Letztendlich schufen die USA in dieser Lesart die gemeinsame Klammer der in ihren außenpolitischen Vorstellungen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten höchst unterschiedlichen Staaten, die auch nie alle gleichzeitig Mitglied des Völkerbunds waren. Die Orientierung an der US-amerikanischen Außenpolitik gab demnach auch bei der Konfliktregulierung des Völkerbunds den Takt an. Ausführlich und unter Einschluss der Waffenlieferungen aus den Mitgliedsländern des Völkerbunds werden dabei der Chaco-Krieg zwischen Bolivien und Paraguay sowie der Leticia-Konflikt zwischen Peru und Kolumbien vorgestellt. Letztendlich griffen in beiden Fällen die Schlichtungsmechanismen des Völkerbunds. Allerdings wird dies weniger als Erfolg des Völkerbunds, denn als eine Entscheidung gegen die USA als Schlichtungsmacht dargestellt. Letztlich folgt der Autor dem Narrativ des Niedergangs des Völkerbunds, der in dieser Darstellung mit dem Rückzug der lateinamerikanischen Staaten zusammenfällt.

Die dichte und detailreiche Studie, mit zeitgenössischen Porträts reich illustriert, zeichnet die spezifische Problematik der lateinamerikanischen Staaten nach, die einerseits Koalitionen benötigten, um international handlungsfähig zu sein, und andererseits mit dem panamerikanischen Konzept eine eigenständige, durch die Beziehungen zu den USA höchst spannungsvolle Form zwischenstaatlicher Organisation pflegten. Der Völkerbund erhält auf diese Weise eine Lesart, an der sich die komplexen Umdeutungen der Monroe-Doktrin und die Konjunkturen panamerikanischer Organisation ablesen lassen. Interessant ist auch die Rolle des Völkerbunds in den Grenzkriegen, wobei die Gleichzeitigkeit mit dem Manchukuo-Konflikt und die Etablierung von Routinen durch die Bestellung von Expertenkommissionen in teilweise gleicher Besetzung ein bezeichnendes Licht auf die Diskrepanz zwischen maßgeschneidertem Schiedsverfahren und globaler Routine wirft. Auch wenn der Völkerbund in dieser Arbeit eher als Projektionsfläche interamerikanischer Verwerfungen erscheint, so bestätigt die ausführliche *area study* einmal mehr die strukturbildende Historizität des Völkerbunds und dessen Eignung zur Darstellung einer von ihren lokalen Auswirkungen ausgehenden Globalgeschichte.

Basel

Madeleine Herren-Oesch

Spanischer Antiklerikalismus

Thomas, Maria: The Faith and the Fury. Popular Anticlerical Violence and Iconoclasm in Spain, 1931–1936, 269 S., Sussex Academic, Brighton 2013.

Die Eruption antiklerikaler Gewalt gehört zu den Phänomenen des Spanischen Bürgerkriegs, die in der historischen Rückschau besonders befremdlich erscheinen. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Forschung immer wieder mit der Frage befasst, wie es zu den mörderischen Ausschreitungen gegenüber der katholischen Kirche und ihrer Repräsentanten im Sommer 1936 kommen konnte, der etwa 7.000 Kirchenangehörige zum Opfer fielen. Ältere Arbeiten haben die Übergriffe oft als Zeichen einer kulturellen Rückständigkeit der spanischen Gesellschaft gedeutet. Zugleich erscheinen sie in vielen Darstellungen als spontane, irrationale und ungerichtete Entladung angestauter Emotionen.

Gegen beide Deutungen wendet sich die Studie von Maria Thomas. Sie fragt nach den Akteuren, ihren Motiven und Zielen und vergleicht anhand der Regionen Madrid und Almería städtische und ländliche Übergriffe miteinander. Im Anschluss an die jüngere Forschung, wie sie insbesondere Julio de la Cueva, José Luis Ledesma und Mary Vincent vertreten, betont die Historikerin den dynamischen Wandel des Antiklerikalismus in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts und seine Einbindung in moderne gesellschaftliche Reformprojekte. Als Quellen dienen ihr vor allem Akten des franquistischen Repressionsapparats, der nach Kriegsende eine umfassende Untersuchung der Gewalt in der republikanischen Zone durchführte. Durch eine detaillierte Analyse der Aussagen und Eingaben in den einzelnen Untersuchungsverfahren gelingt es der Verfasserin, ein facettenreiches Bild des Antiklerikalismus, seiner Bedeutungsebenen und sozialen Logik zu entwerfen.

Ein erster, einführender Teil beschreibt die Radikalisierung und Politisierung eines in den spanischen Unterschichten seit dem Mittelalter virulenten Antiklerikalismus nach 1900. Der Kampf gegen die gesellschaftliche Macht der Kirche rückte bis 1930 zunehmend in das Zentrum gesellschaftspolitischer Projekte auf der politischen Linken und bildete eine wichtige ideologische Klammer der verschiedenen Parteien und Gruppierungen. Eine umfassende Säkularisierung der Gesellschaft galt ihnen als notwendiger erster Schritt für einen politischen Neuanfang.

Die Politisierung des Antiklerikalismus stand dabei in einer engen Wechselbeziehung zur parallel verlaufenden politischen Mobilisierung des katholischen Spaniens. Kirchliche und antiklerikale Gruppen traten in eine heftige Auseinandersetzung um den öffentlichen Raum ein, die bis in den Bürgerkrieg andauerte. Die erfolglosen Bemühungen der links-republikanischen Regierungen der Zweiten Republik (1931–1936), durch Gesetze die gesellschaftliche Macht der Kirche einzudämmen, beförderte die Radikalisierung der Positionen auf beiden Seiten weiter.

Die detaillierte Untersuchung der Gewaltaktionen im Sommer 1936 bildet das Zentrum der Analyse. Aufbauend auf den Erkenntnissen der jüngeren Forschung kann Thomas zahlreiche gängige Auffassungen über die antiklerikalen Exzesse korrigieren. So kamen die Gewalttäter nicht nur aus dem Lager der Anarchisten, wie oft behauptet wurde. Vielmehr beteiligten sich auch viele Sozialisten, Republikaner und parteipolitisch Ungebundene an den Kirchenplünderungen und Mordaktionen. Die Studie macht zudem deutlich, dass die Gewalt keineswegs willkürlich und spontan von aufgebrachtten Volksmengen ausgeübt wurde. Es waren vielmehr kleine organisierte Kommandos, die in den ersten Kriegswochen die eigentlichen Machtzentren auf lokaler Ebene bildeten, die Verhaftungen und Liquidierungen planmäßig organisierten und durchführten. In einem zentralen Kapitel demonstriert die Autorin zudem, dass die Ausübung von Gewalt gegen die Kirche und ihre Repräsentanten nicht nur ideologisch motiviert war, sondern auch sozialen Logiken folgte. Durch die Beteiligung an antiklerikalen Ausschreitungen gab sich der Einzelne als Unterstützer der republikanischen Ordnung zu erkennen und konnte sozialen und politischen Einfluss in der neuen Kriegsgesellschaft gewinnen.

Schließlich verdeutlicht die Studie die Verwurzelung des Antiklerikalismus in einer politischen Kultur, die sowohl durch strikte Geschlechternormen als auch durch katholische Traditionen geprägt war. Die antiklerikalen Übergriffe waren zunächst wesentlich, wenn auch nicht ausschließlich, eine Gewalt von Männern gegenüber Männern. Es war nicht zuletzt ihre Abweichung von dominanten Bildern von Männlichkeit, die Priester und Mönche zu Zielscheiben von Angriffen machten. Zugleich weist die theatralische und ritualisierte Form antiklerikaler Ausschreitungen auf die fortbestehende Wirkmacht katholischer Rituale auch auf Seiten der Kirchengegner hin.

Insgesamt hat Thomas eine vorzügliche Studie zum spanischen Antiklerikalismus der 1930er

Jahre vorgelegt. Zwar finden sich ihre grundlegenden Argumente bereits in der jüngeren Forschung formuliert, doch gelingt es ihr, in einer sorgfältigen Analyse die Vielschichtigkeit und soziale Dynamik antiklerikaler Gewalt anschaulich herauszuarbeiten.

Bochum

Till Kössler

Visuelle Legitimation

Nitz, Wenke: Führer und Duce. Politische Machtinszenierungen im nationalsozialistischen Deutschland und im faschistischen Italien, 416 S., Böhlau, Köln u. a. 2013.

Die historische Erforschung von Medien und Propaganda erfreut sich einer neuen Aufmerksamkeit und das Buch von Wenke Nitz verspricht hier einen interessanten Beitrag zu leisten. Ihre Arbeit untersucht die politische Selbstinszenierung faschistischer Führungsansprüche in transnationaler und komparatistischer Perspektive, wobei es ihr vor allem um das Visuelle geht. Neben einem einleitenden Kapitel und recht kurzen Schlussbemerkungen besteht ihr Buch aus acht Kapiteln und beinhaltet, wie zu erhoffen gewesen, eine Vielzahl an Bildquellen. Oft überzeugen die theoretischen Abschnitte von Doktorarbeiten nicht, doch Nitz ist es gelungen, flüssig, eloquent und anregend zum Thema zu schreiben. Insgesamt allerdings sind die vier Hintergrundkapitel – die Einleitung von knapp vierzig Seiten, plus die ersten drei Kapitel zur Bildpresselenkung in Italien (Kap. I), Deutschland (Kap. II) sowie im Vergleich (Kap. III) mit weiteren insgesamt 90 Seiten – etwas zu ausführlich angelegt.

Die folgenden beiden Kapitel widmen sich dann verschiedenen Aspekten der „Hitler-Serie“, die die Autorin aus den Zeitschriften „Berliner Illustrierte Zeitung“, „Illustrierter Beobachter“ und „Münchener Illustrierte Presse“ extrahiert hat. Insgesamt beziffert sie ihren Quellenkorpus auf circa 3.500 Illustriertenseiten. Im vierten Kapitel untersucht sie eher formelle Kategorien, zum Beispiel wie Hitlers Kopf in den Bildern erscheint, ob nun von vorne oder von der Seite, wie sein Körper abgebildet wurde und wie viele Personen in den Bildern gezeigt werden. Mit einem Fokus auf, zum Beispiel, das Verhältnis zur Menge oder die Rolle der ‚Hitlergrüße‘ und die des ‚Hakenkreuzes‘ untersucht Nitz dann im fünften Kapitel, was denn in diesen Hitlerbildern genau abgebildet

wurde. Im sechsten Kapitel analysiert die Verfasserin verschiedene weitere Themen der Politikinszenierung, wie beispielsweise die Jahrestage der ‚Machtergreifung‘, die Reichsparteitage, Erntedankfeste oder Hitlers Geburtstag. Auf dieses Kapitel folgt ein knapper „Exkurs“ nach Italien, der auf kaum zehn Seiten das repliziert was in Bezug auf Hitler und das ‚Dritte Reich‘ auf über hundert Seiten vorher geleistet wurde. Ähnlich kursorisch fallen auch die beiden folgenden Kapitel aus, die ebenfalls Italien in die Analyse einbeziehen. Das siebte Kapitel untersucht verschiedene Aspekte der faschistischen Bildsprache, während das achte Kapitel die Berichterstattung zu gegenseitigen Staatsbesuchen näher beleuchtet. Dies ist etwas überraschend; erschien das Buch doch in einer Reihe zur italienischen Geschichte.

Zwar betont die Autorin durchweg, dass gerade durch die Analyse von Bildern neue, zusätzliche Erkenntnisse gewonnen werden könnten, doch sind ihre Gesamtergebnisse nicht allzu sehr überraschend. Dies und ihre etwas langwierige beschreibende Analyse der bildimmanenten Logik wird aber durch die größeren, komparativen Beobachtungen etwas aufgefangen. Diese sind vielleicht nicht im Einzelfall neu, aber in der Verdichtung in diesem Buch überaus gut greifbar und interessant: So zum Beispiel die Feststellung, dass trotz der hohen Bedeutung der Bildpropaganda in beiden Regimen keine Professionalisierung derselben stattfand. Auch fungierten in beiden Ländern die Diktatoren als letzte Zensurinstanz der eigenen ‚Führerbilder‘ und waren somit ganz direkt und ausschlaggebend am eigenen Kult beteiligt. Der italienische Faschismus hatte auf dem Gebiet der Bildpropaganda – wie auch auf anderen Gebieten – bis Mitte der Dreißiger Jahre eine Vorbildfunktion, die sich dann aber umkehrte. Resümierend betont die Verfasserin, dass in Italien eine „starre Pose“ angelehnt an klassische Herrschaftsinszenierungen überwog. Nitz sieht dies als Ergebnis der weiterhin bestehenden Konkurrenz in der Herrschaft zwischen Mussolini und dem italienischen König. Die ‚Nazis‘ hingegen inszenierten ihre Herrschaft „dynamischer“. Interessant ist zweifelsohne wie Nitz die Hauptaufgabe der Fotografie im Duce-Kult fasst: Sie hatte gleichzeitig Distanz und Nähe, „Außeralltäglichkeit“ und „Volksnähe“ ausdrücken sollen – und diese sich widersprechenden Ansprüche nur selten erfolgreich umsetzen beziehungsweise zusammenbringen können. Als eine wichtige Zäsur für die Bildpropaganda des ‚Dritten Reiches‘ wird der Krieg erkennbar: Der Diktator wurde immer weniger abgebildet – und

dies trotz der Annahme, dass gerade in dieser schwierigen Zeit die Bevölkerung mehr von Hitler „sehen“ wollte. Außerdem entfielen die Großfeste des Regimes, die zuvor zentrale Selbstinszenierungsorte gewesen waren und auch das visuell so wirksame und bedeutende ‚Hakenkreuz‘ wurde immer weniger benutzt, stattdessen eher eine Bildsymbolik, die die Nation betonte.

Diese und viele weitere komparative Ergebnisse lassen erkennen, dass die Studie von Wenke Nitz davon profitiert hätte, wenn das Thema von vorneherein vergleichend angegangen worden wäre, das heißt auch in der Struktur des Textes. Bis man zu den wahrlich interessanten Ergebnissen kommt, muss man einige Kapitel an beschreibender Analyse hinter sich bringen. Und während die Arbeit gerade im Vergleich der Bildsysteme zu ihrer Stärke findet, so kommt im empirischen Teil Italien leider viel zu kurz; dies ist umso bedauerlicher da, wie Nitz mehrfach betont, der italienische Faschismus bis Mitte der Dreißiger Vorbild für die ‚Nazis‘ auch in der Bildpropaganda gewesen ist. Gewinnbringend wäre für die Arbeit vielleicht auch eine Einbettung der Beobachtung und der Analyse in die breiteren Kontexte der visuellen Kodierungen und Praktiken in beiden Systemen gewesen. Insgesamt muss aber betont werden, dass Nitz in acht ausführlichen Kapiteln nachvollziehbar darlegt, wie die beiden faschistischen Systeme ihre Herrschaft über das Visuelle zu legitimieren suchten, in welchen Aspekten sie erfolgreich waren, worin sie scheiterten, wie beide im Vergleich mit dem Visuellen umgingen und wie sie sich gegenseitig beeinflusst haben. Gerade die transnationalen und vergleichenden Aspekte machen die Arbeit von Nitz für das breitere Feld interessant.

Jerusalem

Stefan Ihrig

Selbstmobilisierung und soziale Interaktion im Nationalsozialismus

Kundrus, Birthe/Steinbacher, Sybille (Hrsg.): Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Der Nationalsozialismus in der Geschichte des 20. Jahrhunderts, 206 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Während in der direkt an das Ende von Diktaturen anschließenden Phase der Transition die verschiedenen Formen des Bruches mit der unmittelbaren Vergangenheit öffentlich betont und zumeist auch diskutiert werden, rücken in

der geschichtswissenschaftlichen Retrospektive verstärkt Kontinuitätslinien in den Blick. Gerade für den Nationalsozialismus bleibt die Frage nach seinem Zäsurcharakter evident, steht den dezidiert politischen Brüchen der Jahre 1933 und 1945 doch eine Vielzahl an Kontinuitätsvermutungen im gesellschaftlichen wie im kulturellen Bereich gegenüber. Und dies sowohl in ‚Richtung‘ Weimarer Republik wie auch der Bundesrepublik. Das ‚Dritte Reich‘, so Birthe Kundrus und Sybille Steinbacher in ihrer Einleitung zum 29. Band der „Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus“, fungiert in diesem Sinne „als Fokus, als Flucht- wie als Ausgangspunkt“ (S. 12). Die einzelnen Aufsätze widmen sich den durch das NS-Regime gesetzten kulturellen und konsumpolitischen Zäsuren. Sie sollen dazu beitragen, die Parallelität von Bruch und Kontinuität, vor allem aber deren Ineinandergreifen, an einzelnen Beispielen nachzuvollziehen.

Moritz Föllmer widmet sich dem Aspekt der Individualität und Individualisierungsprozessen im Nationalsozialismus. Dessen ideologischer und institutioneller Rahmen erwies sich nicht nur erklärtermaßen als gemeinschaftsstiftend, sondern gleichzeitig auch als individualisierungsfördernd: Individualität spiegelte sich dabei in der Anspruchsmentalität der Volksgenossen wieder, sie war eng an die „Frage von Erwartungen“ (S. 32) geknüpft. So wurde im Rahmen der Selbstmobilisierung der deutschen Bevölkerung vom Regime nicht nur rhetorisch gefordert eigene Initiative zu zeigen sowie sich Handlungschancen individualistisch anzueignen. Eine Ambivalenz beziehungsweise ein Mischungsverhältnis, das im Kern auch in der Kriegszeit Bestand haben sollte. Ein entschiedener Bruch zu den Individualisierungstendenzen vor allem seit den 1920er Jahren bestand aber in der Konstruktion eines Gegensatzes zwischen einem ‚legitimen‘ „arischen“ Individualismus und den nicht zu dieser Kategorie gehörenden ‚zu individualistischen‘ jüdischen Mitbürgern (S. 41).

Vergleichbare, hinsichtlich der Inklusion in die ‚Volksgemeinschaft‘ bedeutsame „Artikulationsformen der Differenz“ (S. 122) kommen auch im Beitrag von Felix Aster zur Sprache. Hier geht es mit Blick auf Kolonialismus und Antisemitismus um Überschneidungen und Unterschiede sowie um den Zusammenhang der Konstitution von Rasse und Vorstellungen von Arbeit und Produktivität als kulturellen Techniken. Arbeit bildete einen wichtigen „Gradmesser für den

kulturell-zivilisatorischen Status“ (S. 125). Das unterstellte jüdische Arbeitsethos des „Geldhandels“ wurde im Nationalsozialismus als „Anti-Arbeit“ dem auf Gemeinsinn und Idealismus fußendem deutschen Verständnis diametral entgegengesetzt, während die „Nicht-Arbeit“ der Bewohner der ehemaligen deutschen Kolonialgebiete zuvor noch als eine überwindbare Zwischenstufe betrachtet werden konnte. Hier sieht Felix Aster ein verbindendes Element zwischen kolonialem Rassismus und nationalsozialistischem Antisemitismus, auch wenn sich dieser Zusammenhang eindeutig diskontinuierlich entfaltete.

Auch die ungleichen Konsumchancen im Nationalsozialismus entwickelten sich anhand ideologisch definierter und damit vor allem rassistischer Hierarchien. Trotz „Gebrochenheit der Konsumerfahrungen nach 1933“ (S. 83), der Ungleichzeitigkeit und chaotischen Verbrauchsentwicklung vor allem im Ernährungsbereich, hätten sich, so Claudius Torp, Grundsicherung und Versorgungssicherheit doch als maßgebliche Kriterien erwiesen, gerade im Vergleich mit den politischen und ökonomischen Bestimmungsgroßen des Konsums in der Weimarer Republik. Zwar hätte die Bewertung des eigenen Lebensstandards für einen steigenden Erwartungshorizont gesorgt, es wären aber auch lebensweltliche Erfahrungen von Wohlstandssymbolen hinzugekommen. Von einer destabilisierenden Wirkung der Konsumerfahrungen im Nationalsozialismus könne deshalb nicht gesprochen werden.

Stefanie Middendorf und Kim Christian Priemel widmen sich den systemischen Kontinuitäten in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Sie stellen dabei ein wichtiges Charakteristikum der älteren NS-Forschung, nämlich die Dichotomie zwischen Staat und Wirtschaft, in Frage. Sie konstatieren stattdessen mit Blick auf die kommunikativen Wechselwirkungen zwischen Politik und Wirtschaft, deren strukturelle Koppelungen und die Kommunikationsmedien, die diesen Koppelungsprozess prägten, einen unlösbaren Widerspruch zwischen Steuerungsanspruch und Steuerungsmöglichkeit. Große Bedeutung käme vor allem den Verhandlungslösungen auf der intermediären Ebene zu: In den wechselseitigen Beziehungen und komplexen Aushandlungsprozessen wurden bestehende „Räume der Kommunikation“ (S. 118) genutzt, also Kooperationen aus der Weimarer Republik fortgesetzt. Der Nationalsozialismus sollte deshalb „als Teil der Geschichte ökonomischer und staatlicher Verflechtungen und nicht als 1933 programmatisch

eingeführte, neue Staats- und Wirtschaftsordnung“ (S. 120) gesehen werden.

Rüdiger Bergien richtet seinen Blick in die Nachkriegszeit, auf die NSDAP-Vergangenheit von DDR-Funktionseleiten im Zentralkomitee der SED. Nicht nur die Bundesrepublik, sondern auch die DDR definiert er dabei als eine Gesellschaft „nach dem Faschismus“ (S. 137), auch wenn letztere zumindest über einen offiziellen antifaschistischen Diskurs verfügt hätte. Gerade die neuen Experten-Funktionäre der 1950er Jahre hatten in der Regel nicht mehr eine KPD oder SPD-Sozialisation erfahren; sie mussten sich auf eine Art „retrospektiven Antifaschismus“ (S. 145) berufen. Im Ergebnis dürften deshalb die persönlichen Kontinuitäten breiter als bisher angenommen ausfallen.

Die Einleitung sowie die thematischen Beiträge, zu denen auch noch Anthony D. Kauders Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der deutschen Psychoanalyse bis in die frühe Bundesrepublik zählt, werden ergänzt um die Rubrik „Fundstücke“, in der Julia Roos die Bedeutung eines privaten Briefwechsels zu den sogenannten „Rheinlandbastarden“ für eine Geschichte des Rassismus erläutert, die sich gegenüber Kontinuitäten und Brüchen als sensibel erweist. Wie gewohnt schließt auch dieser Band der Reihe „Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus“ einen umfangreichen Rezensionsteil mit ein.

Insgesamt gelingt es den einzelnen Aufsätzen, an interessanten Einzelbeobachtungen nicht nur Wirkungsketten, sondern das Ineinandergreifen von Kontinuitäten und Brüchen aufzuzeigen und zeitlich wie räumlich eine erweiterte Perspektive auf den Nationalsozialismus zu liefern indem verschiedene seiner Vor- und Nachgeschichten zum Teil mit neuer Schwerpunktsetzung erzählt werden. Die Beiträge zeigen aber auch ganz deutlich, dass eine sehr enge Verbindung zwischen gesellschaftlicher und staatlicher Sphäre im Nationalsozialismus bestand und neben der „arischen“ Mehrheitsgesellschaft andere, von dieser zum Teil völlig separierte, Lebens- und Erfahrungsräume entstanden. Damit fügen sie sich insgesamt gut in den Forschungsstand zur nationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaft‘ ein, der in letzter Zeit Aushandlungsprozesse, die „geordnete Ungleichheit“ der sozialen Ordnung (Frank Bajohr) sowie Ermöglichungsräume und individuell-situative Aneignungsprozesse thematisiert hat.

Heidelberg

Cord Arendes

NS-Arbeitseinsatzinstitutionen

Dierl, Florian/Janjetovic, Zoran/Linne, Karsten: Pflicht, Zwang und Gewalt. Arbeitsverwaltungen und Arbeitskräftepolitik im deutsch besetzten Polen und Serbien 1939–1944, 510 S., Klartext, Essen 2013.

Plath, Tilman: Zwischen Schonung und Menschenjagden. Die Arbeitseinsatzpolitik in den baltischen Generalbezirken des Reichskommissariats Ostland 1941–1944, 502 S., Klartext, Essen 2012.

Die rund tausend Seiten der beiden zu besprechenden Bände verschmolzen nach der Lektüre im Kopf der Rezensentin nahezu zu einem Narrativ: In beiden steht die Institutionengeschichte des Nationalsozialismus im Zentrum. Es geht um Arbeitsverwaltung, Arbeitskräftepolitik, Arbeitseinsatzpolitik – um die drei zentralen Titelbegriffe zu nennen – im östlichen Europa, namentlich im deutsch besetzten Polen, Serbien, Estland, Lettland, Litauen und Weißrussland. Beide Bücher wurden durch die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ gefördert, deren Leitgedanke es laut der Stiftungsintranetpräsenz ist, „die politische und moralische Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft für das nationalsozialistische Unrecht“ zu bezeugen. Diesen Anspruch erfüllen beide Studien umfassend. Sie erweitern substantiell ein bislang fragmentarisch bearbeitetes Feld: das des nationalsozialistischen Arbeitseinsatzes in den besetzten Gebieten. Die insgesamt vier Autoren rekonstruieren minutiös die deutschen Besatzungsverwaltungen durch das Prisma derjenigen Institutionen und Akteure, die sich maßgeblich für die jeweilige Arbeitseinsatzpraxis vor Ort im Zeichen von Besatzung, Gewalt, Ausbeutung und Rassenideologie verantwortlich zeichneten.

So sehr jedoch Tilman Plath mit seiner am Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte der Universität Flensburg entstandener Studie detail- und kenntnisreich eine wichtige Pionierarbeit geleistet hat – so sehr tut er sich schwer mit der konzeptuellen Bändigung seines Materials. Das zeigt sich anhand seiner vier durchaus schlüssig ausgewählten „Untersuchungsparameter“ (S. 19): der Konflikt zwischen dem Arbeitseinsatz vor Ort und dem ‚Reichseinsatz‘, das Ausmaß der Zwangsmittel, die Rolle der Rassenideologie, und schließlich das Verhältnis von theoretischem Anspruch der Arbeitseinsatzpolitik und ihrer Umsetzung in die Praxis. Im

ersten Teil der Studie, der die deutschen Besatzungsinstitutionen in den Blick nimmt, geht Plath sehr systematisch vor, arbeitet sich von den höheren Instanzen der Arbeitseinsatzpolitik zu den niedrigeren vor. Dies führt quasi zwangsläufig einerseits zu Wiederholungen, andererseits an manchen Stellen zu fehlenden Einbindungen in den Kontext. Im zweiten, deskriptiver angelegten Teil der Studie sollen die genannten Untersuchungsparameter nur ansatzweise gelten (S. 21). Im Ergebnis heißt das, dass die eingangs vorgenommene Trennung zwischen dem, was Plath „Akteure“ nennt – er meint damit die deutschen Besatzungsinstanzen – und auf die er seine Untersuchungsparameter geradezu schematisch anwendet, und dem, was er „Betroffene“ nennt, also die Bevölkerung im Baltikum, auf die sich die Parameter nicht in gleicher Weise anwenden lassen, konzeptuell „hakt“, sich geradezu als methodischer Unfug erweist. Denn gerade durch diese Trennung bleibt der Hauptteil der Studie seltsam entrückt und abgehoben – es kommen kaum Menschen vor. Zumal die „Akteure“ eben Institutionen sind, die „Akteure Zivilverwaltung und Polizei“ (S. 134), die „Wehrmacht“, die „Wirtschaftsbehörden“ und die „Landeseigenen Verwaltungen“. Wenn dann zu diesem von eigentlichen Akteuren, von handelnden Menschen also, nahezu befreiten Narrativ noch ein umständlich substantivierender Schreibstil kommt (z. B. „Zu Kompetenzstreitigkeiten kam es nicht nur im Zuge der Übernahme der Verantwortung durch die Zivilverwaltung von der Wehrmacht.“, S. 54, u. ä. m.), wird der Lesefluss nicht erleichtert. Warum die zur Arbeit gezwungenen Menschen im Reichskommissariat Ostland nur „Betroffene“ sein sollen, dienlich allein der „Dokumentation der Schicksale der einzelnen Gruppen“ (S. 21), aber keine gleichwertigen historischen Akteure, erschließt sich nicht.

Der zweite Band ist eine Gemeinschaftsarbeit dreier Autoren – Florian Dierl, Karsten Linne und Zoran Janjetović –, die für jeweils unterschiedliche Kapitel verantwortlich zeichnen. Karsten Linnés Untersuchungen zur deutschen Arbeitsverwaltung im Warthegau und im Generalgouvernement lesen sich im Vergleich zu Plath wie ein Krimi, obwohl das Thema ein analoges ist. Detailgenau zeichnet er das Spannungsfeld zwischen rassenideologischen Ansprüchen, kriegswirtschaftlichen Erfordernissen und strukturbedingten Entscheidungszwängen vor Ort nach, welches zunehmend von Gewalt, Arbeitermangel, Disziplinproblemen und alltäglichen Widerstands- und Verweigerungshandlungen

gekennzeichnet war. Gelungen ist auch seine punktgenaue Analyse der Rekrutierungspraktiken der Arbeitsämter. Entlang des Quellenmaterials erstellt Linne biographische Skizzen maßgeblich an der Arbeitsverwaltung und Arbeitseinsatzpraxis beteiligter Personen. Seine Untersuchung besticht nicht zuletzt dadurch, dass er die Klaviatur aktueller Forschungsdebatten sicher beherrscht, ohne historiographischen Moden nach dem Mund zu reden: Weibliche Arbeitskräfte spielen eine den männlichen gleichrangige Rolle, ohne dass methodisch auf einen „gegenderten“ Ansatz verwiesen würde. Linne beschreibt eindrücklich die Mechanismen der sich radikalisierenden Gewalt – ohne den forschungskonzeptionell inzwischen eher sichtverstellenden Begriff des ‚Gewaltraums‘ ins Spiel zu bringen. Er differenziert gelungen die prozesshaften Dynamiken des Widerstandes, des ‚Eigen-Sinns‘, der Handlungsspielräume der Arbeiter, ohne erst zu problematisieren, was Widerstand eigentlich sei. Und nicht zuletzt hat Linne seine Sprache sehr gut unter Kontrolle, trennt scharf zwischen NS-Begriffen und seinem eigenen Stil, setzt treffsicher die notwendigen Führungszeichen und übersetzt beschönigenden oder verschleiern den NS-Jargon immer wieder in das, was eigentlich gemeint ist.

Zoran Janjetovićs Kapitel zum Arbeitseinsatz im deutsch besetzten Serbien fällt im Vergleich zu Linne etwas ab: Einerseits ist der Text offenbar etwas unsicher übersetzt worden, was hier und da zu stilistisch-inhaltlichem Wirrwarr – etwa bei der Beschreibung der Besatzungsstruktur in Serbien – oder auch zu quasi unverständlichen, jedenfalls grammatikalisch falschen Aussagen führt, die zudem mancherorts ebenfalls inhaltlich zu hinterfragen wären (z. B. „Hitler hegte als Österreicher seit dem Ersten Weltkrieg die Animosität gegen die Serben als Störfaktor auf Balkan.“, S. 322, u. ä. m.). Trotz der Heranziehung vielfältiger deutscher und serbischer Quellen (u. a. Zeitungen, kommunistische Nachkriegsverhöre) ist es das vielleicht größte Verdienst dieses Kapitels, erstmals die recht umfangreiche serbische Forschungsliteratur den deutschen Leserinnen und Lesern zugänglich zu machen und einen umfassenden Überblick über Institutionen und Praxis des Arbeitseinsatzes in Serbien zu geben (vgl. Janjetovićs umfassende Studie zur Zwangsarbeit im besetzten Serbien „U sklada sa nastalom potrebom...“ *Prinudni rad u okupiranoj Srbiji 1941–1944* (2012)). Interessanterweise spielen rassenideologische Momente bei Janjetović zwar im Zusammenhang mit serbischen

Juden und Roma eine Rolle, nicht jedoch – hier hebt er sich stark von Linne ab – mit slawischen Völkern, zu welchen die Serben gehören. Allein im Kontext kriegsgefangener Arbeiter erwähnt er die Ambivalenz der Zwangsarbeit, die für die rassenideologisch weit unten rangierenden serbischen, polnischen und sowjetischen Kriegsgefangenen nicht zuletzt auch eine größere Chance zu überleben bedeutet habe. Seine Ausführungen zum Arbeitseinsatz serbischer Juden sind nicht zuletzt deshalb interessant, weil Serbien als eines der ersten besetzten Länder schon im August 1942 als ‚judenfrei‘ galt (Walter Manoschek) und sich die Forschung bislang auf die damit zusammenhängenden massiven Geiseler-schießungen und systematische Ermordung der serbischen Juden konzentriert hat. Im Baltikum war die jüdische Bevölkerung noch wesentlich früher – schon vor der Wannseekonferenz im Januar 1942 – weitgehend ermordet worden, insbesondere in Estland, und Plaths Ausführungen zum jüdischen Zwangsarbeiterinsatz lesen sich umso einsichtreicher, wenn man sie mit Janjetovićs Befund vergleicht. Beispielsweise wird die Kontextgebundenheit der Logik der deutschen Besatzer deutlich, wenn in Serbien die Kollaborationsinstanzen der Regierung Nedić als Helfershelfer antisemitischer Gewalt auftreten, Plath hingegen im ersten Okkupationsjahr im Baltikum eine „semantische Grauzone“ bezüglich des arbeitseinsatztechnischen Umgangs mit Juden und Slawen ausmacht (S. 327); mit Blick auf beide Gruppen sei in den Quellen von ‚Problemen‘ und ‚Endlösungen‘ die Rede. Plath verdeutlicht, wie sehr die ethnischen Konflikte im Baltikum in das Kalkül der Besatzer einfließen und wie sehr sowjetischer Terror und estnische, litauische und lettische Repressalien gegenüber den slawischen Bevölkerungen nachwirkten und im Kriegsverlauf ambivalente Haltungen der letzteren gegenüber den deutschen Besatzern eher verstärkten.

Alle Autoren entscheiden sich für eine pragmatische Definition von ‚Zwangsarbeit‘. Vor allem Plath und Janjetović arbeiten sich an der autoritativen Vorgabe von Mark Spoerer ab: Plath bleibt weitgehend auf der Ebene der Quelleninterpretation und arbeitet heraus, was dort unter „Freiwilligkeit“ und „Zwang“ verstanden wurde, inklusive der inliegenden Paradoxien. Janjetovićs verfährt ähnlich, bezieht aber deutlicher Stellung, indem er die Nuancen zwischen aufoktrozierter „Freiwilligkeit“, „Pflicht“ und „Zwang“ mit der radikalisierten Kriegs- und Besatzungssituation verbindet und bezweifelt, dass die durch Besatzer und serbische Kollaborationsinstanzen

initiierten Arbeitseinsatzpraktiken überhaupt ohne die eine oder andere Form von Zwang ausgekommen seien. Linne zeichnet differenziert die Prozesshaftigkeit des Zwangs zur Arbeit als Diskurs und in der Praxis nach – von Notstands-, zu Pflicht-, zu Gemeinschafts-, zu Zwangsarbeiten – sowie die sich wandelnden individuellen Handlungsspielräume der zur Arbeit Gezwungenen. In der Einleitung zu Dierl/Linne/Janjetović ist von Zwangsarbeit als „Resultante eines konfliktgeladenen Entscheidungsprozesses“ die Rede, welche „durch die Handlungsspielräume und Aushandlungsprozesse der Herrschaftsträger untereinander sowie zwischen Opfern und Tätern strukturiert“ worden sei (S. 16); Zwangsarbeit sei also keineswegs semantisch starr und programmatisch zu verstehen (Zwei Absätze weiter findet sich allerdings doch einmal die Vokabel „Zwangsarbeiterprogramm“).

Plath, Linne und Janjetović setzen den formulierten Anspruch in beeindruckender Weise um. Dennoch konnte die Rezensentin nicht umhin sich zu fragen, ob es ausreicht, die Geschichte der Arbeit unter nationalsozialistischen Besatzungsbedingungen weitgehend als NS-Institutionengeschichte zu schreiben. „Übereinstimmungen in den politischen Prinzipien wie im Repertoire der eingesetzten Mittel“ (S. 444) seien es vor allem, was Vergleiche der Organisation der Arbeitskräfterekrutierung und Maßnahmen beim Arbeitseinsatz hervorbrächten, resümiert Florian Dierl im die Fallstudien von Janjetović und Linne verknüpfenden Kapitel „Arbeitsverwaltungen und Arbeitskräftepolitik im besetzten Polen und Serbien. Ein Vergleich“. Plaths Studie bestätigt diesen Befund, und damit ist eigentlich eine Schwäche des gewählten Ansatzes benannt: Was blass bleibt, ist die jeweilige Verfasstheit der lokalen Gesellschaften. Ein Vergleich mit Tanja Penters Studie zum ukrainischen Donbass (2010) drängt sich auf: Hier wird die Geschichte der NS-Arbeitseinsatz- und Ausbeutungspraktiken anhand des Beispiels einer vom Stalinismus geprägten Bergbaugesellschaft geschrieben; NS-Geschichte wird mit Osteuropäischer Geschichte verknüpft. Gerade die deutsche NS-Forschung täte gut daran, so scheint es, ihre hermeneutische Nabelschau aufzubrechen, wenn es um die besetzten Gebiete geht. Zwar beziehen die hier angezeigten Studien Literatur und Quellen in den jeweiligen Landessprachen ein, nehmen die polnisch-, serbisch- sowie estnisch-, lettisch-, litauisch- und russischsprachige Forschung zur Kenntnis. Da das zentrale Erkenntnisinteresse aber den jeweiligen Mechanismen des nationalsozialistischen

Macht- und Ausbeutungsapparates gilt, führt dies dennoch zu keiner tieferehenden Berücksichtigung der Verfasstheit der besetzten Gesellschaften. Für eine Geschichte der Wirkungen nationalsozialistischer Arbeitseinsatzpolitik wäre eine Einbeziehung des Vorher (und im besten Fall auch des Nachher) unabdinglich – um die Perspektive zu vertiefen, um die Geschichte des NS-Arbeitseinsatzes gleichsam als Teil der Geschichte der Arbeit und Arbeitsbeziehungen in Polen, Serbien, Lettland und so weiter zu schreiben. Dann stünden im Ergebnis nicht länger in den maßgeblichen Punkten deckungsgleiche Narrative von Besatzungs-, Ausbeutungs- und Kriegsverläufen in lokalen Varianten. Vor allem aber ließe sich der Eindruck vermeiden, das Interesse der Historiker an ihren jeweiligen Untersuchungsgegenständen *beschränke* sich auf die Zeiten, in denen die Nationalsozialisten im Land waren. Vielleicht wäre eine künftige stärkere Verknüpfung von Institutionen-, Unternehmens- und Sozialgeschichte der Sache förderlich, unter viel stärkerer Betonung der letzteren. Die Heranziehung von Unternehmensarchiven könnte zudem den mehrfach – vor allem von Janjetović – konstatierten Lücken im Quellenmaterial der beteiligten Institutionen und Verwaltungen beikommen. Nicht zuletzt aber schreibe man statt „nur“ deutscher Geschichte dann europäische Geschichte – was den Orten der Handlung in vielfacher Hinsicht gerechter würde und schlussendlich die Verantwortlichkeiten für Gewalt, Ausbeutung und Verbrechen umso deutlicher werden ließe.

Potsdam/Regensburg

Sabine Rutar

Kritische Auftragsforschung

Finger, Jürgen/Keller, Sven/Wirsching, Andreas: Dr. Oetker und der Nationalsozialismus. Geschichte eines Familienunternehmens 1933–1945, 624 S., Beck, München 2013.

Die Forschungskonjunktur zu Unternehmen in der NS-Zeit ist zwar an mittelständischen Familienunternehmen nicht völlig vorbeigegangen, doch gab es auch hier eine starke Konzentration auf die Großindustrie und die Großbanken. Umso begrüßenswerter ist die jetzt vorliegende Studie zum Nahrungsmittelhersteller Dr. Oetker: Dass es eine erhebliche Nähe der Unternehmensleitung zum NS-Regime gab, war spätestens seit dem Eklat um die Bielefelder Kunsthalle, die 1968 nach dem Firmenchef Richard Kaselowsky benannt

wurde, auch der breiteren Öffentlichkeit bekannt. Doch genaueren Nachforschungen stand nicht zuletzt ein verschlossenes Firmenarchiv im Weg, bis sich die Familie nach dem Tod des Patriarchen Rudolf-August Oetker entschloss, eine unabhängige Unternehmens- und Unternehmergeschichte in Auftrag zu geben und durch die dauerhafte Öffnung der Quellen – insbesondere der Korrespondenzen der beiden Unternehmensleiter bis 1945 – überprüfbar zu machen. Das veröffentlichte Ergebnis, entstanden aus zwei ursprünglich separat verfassten Gutachten, bietet ein weiteres Beispiel für das Potenzial kritischer Auftragsforschung.

Richard Kaselowsky heiratete 1919 die Witwe seines im Ersten Weltkrieg gefallenen Freundes Rudolf Oetker (Sohn des Firmengründers Dr. August Oetker), um die generationelle Kontinuität zu wahren. Obwohl er später eine Minderheitsbeteiligung übernahm und das Unternehmen wie sein Eigentum führte, verstand er sich stets nur als Treuhänder des künftigen Erben Rudolf-August Oetker. Das Buch setzt mit einer Skizze der Unternehmensgeschichte von der Gründung 1891 bis in die 1920er Jahre ein, um sich dann schnell dem Aufstieg und der Durchsetzung Kaselowskys in der Unternehmensleitung zuzuwenden; der größte Teil untersucht schließlich sein Wirken in der NS-Zeit. Kaselowsky war schon vor 1933 Sympathisant der Nationalsozialisten, zugleich war er ein Unternehmer mit dem nötigen Pragmatismus. Deshalb lässt sich auch hier die Bereitschaft beobachten, die neuen politischen Rahmenbedingungen zweckrational zu nutzen – so zum Aufbau der neuen Getränkesparte mittels zuvor „arisierter“ Aktienpakete oder bei Versuchen, durch Übernahmen im besetzten Ausland zu expandieren. Kaselowsky und seine Manager hatten auch keine moralischen Bedenken gegen den Einsatz von Zwangsarbeitern vor allem in einigen Tochterfirmen, während am Bielefelder Hauptsitz mit etwa 1.200 Beschäftigten Zwangsarbeit nur eine geringe Rolle spielte, weil hier überwiegend Frauen arbeiteten.

Weitere Schwerpunkte bilden die betriebliche Sozialpolitik und die Entwicklung zum NS-Musterbetrieb samt Kaselowskys „weltanschaulichen Steckenpferden Siedlungspolitik und Sozialwirtschaft“ (S. 133) sowie die Kooperation mit Wehrmacht und SS. Dass ein Mittelständler wie Kaselowsky Mitglied des ‚Freundeskreis Reichsführer-SS‘ wurde, war ungewöhnlich; dass man die wirtschaftliche Bedeutung nicht allzu hoch ansetzen darf, zeigt das Scheitern einer Instrumentalisierung der Beziehungen zu Wilhelm Keppler

beim Versuch, den niederländischen Puddinghersteller Polak zu übernehmen. So sehr allerdings die Unternehmensführung auf der Person Kaselowskys beruhte, so wenig hinterließ sein Tod nach einem Bombenangriff 1944 ein Vakuum: Rudolf-August Oetker war nicht nur weltanschaulich ähnlich gepolt, sondern auch beruflich gut vorbereitet, als er die Führungsspitze übernahm. Seine Tätigkeit als Familienunternehmer allerdings deutet das Buch nur noch an, es endet mit einer knappen Skizze der Entnazifizierung und der Überbrückung einer Phase der Unsicherheit in den ersten Nachkriegsjahren.

Die Studie entspricht zweifellos den heute etablierten Ansprüchen an eine kritische NS-Unternehmensgeschichte. Sie erzählt eine schlüssige, dichte und bislang über weite Strecken unbekannte Geschichte der „Selbstmobilisierung eines Familienunternehmers“, wie es der Titel des Fazits ankündigt. Die penible Analyse von Richard Kaselowskys Korrespondenzen erweist sich dabei einerseits als Stärke und tragende Säule der Studie. Wenn etwa anhand der Grußformeln das schrittweise Einsickern des Nationalsozialismus in die unternehmerischen Umgangsformen nachvollzogen wird (S. 132), dann ist das nicht nur anschaulich und spannend zu lesen, sondern eröffnet zugleich aufschlussreiche mikrohistorische Perspektiven auf den gesellschaftlichen Klimawandel. Andererseits resultiert daraus eben eine starke Fokussierung auf Personen: Die einleitend angekündigte „wechselseitige Beziehungsgeschichte von Dr. Oetker und Nationalsozialismus“ (S. 19) ist vor allem eine Geschichte persönlicher Beziehungen. Die Ausführungen zur Entwicklung und Organisation der Firma Oetker „unter“ Kaselowsky (S. 63) fallen daher sehr knapp aus, während seiner Personalpolitik und seinen Netzwerken ausführlich nachgespürt wird. Auch die Geschichte der Konzernbeteiligungen wird bewusst auf die Partizipation an der Politik des NS-Regimes fokussiert, über *corporate governance* und ökonomische Struktur der Oetker-„Gruppe“ oder über deren Verhältnis zu dem autokratischen Führungsanspruch Kaselowskys erfährt man hingegen wenig. Diese Fokussierung ist indes völlig legitim, und sie liegt bei einem personengeführten Unternehmen zweifellos noch näher als bei vielen Arbeiten zu managergeführten Großunternehmen, die zumindest dort ähnlich vorgehen müssen, wo es nun einmal um persönliche Schuld geht. Dass die einmal aufbereiteten Quellen nun weiteren Studien offenstehen, gehört zu den großen Verdiensten dieses Projekts – wobei zu hoffen ist,

dass Oetker auch den Zugang zu den Akten aus späteren Jahrzehnten ermöglicht.

Potsdam

Ralf Ahrens

Kritik der kritischen Widerstandsforschung

Hoffmann, Peter: Carl Goerdeler gegen die Verfolgung der Juden, 364 S., Böhlau, Köln u. a. 2013.

Peter Hoffmann, der in Montreal lehrende Deutschlandhistoriker, zählt zu den international anerkannten Fachleuten für den deutschen Widerstand gegen Hitler. Seiner Erforschung hat er praktisch sein gesamtes Leben als Wissenschaftler gewidmet und dabei eine Fülle mehrfach aufgelegter und in andere Sprachen übersetzter Werke verfasst. Das hier zu besprechende Buch erschien 2011 in einer halb so langen englischen Version (*Carl Goerdeler and the Jewish Question 1933–1942*), die er im selben Jahr im DHI London vorgestellt hat. Gina Thomas, die darüber im Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ berichtete, wunderte sich, dass dieses Buch nicht schon in seiner englischen Fassung in Deutschland auf lebhaftes Interesse gestoßen sei, doch herrscht nun auch nach dem Erscheinen der deutschen Ausgabe ein vielleicht betreten zu nennendes Schweigen. Der Grund: Hoffmann stellt sich damit (erneut) gegen die international herrschende Meinung, dass der deutsche Widerstand, soweit er zum 20. Juli geführt hat, nicht nur politischen Vorstellungen folgte, die eher nach rückwärts als nach vorwärts führten, sondern – und das macht die Sache noch brisanter – eben auch und ganz besonders in dem, was man damals weithin als ‚Judenfrage‘ bezeichnete. Gerade Goerdeler vertrat bei allem vehementen und mutigen Protest gegen die nationalsozialistische Judenpolitik einen dissimilatorischen Antisemitismus selbst und gerade im Angesicht des Holocaust. In einer beiläufigen Bemerkung stellte das seinerzeit auch Hoffmann fest („Widerstand, Staatsstreich, Attentat“, 31979, S. 246). Als der Rezensent nach Vorarbeiten Hans Mommsens dies 1983 ausführlich und leider nicht frei von Emotionen offen legte, löste dies eine heftige Diskussion aus, im weiteren sogar die Debatte um die Historisierung des Nationalsozialismus. So viel zur Vorgeschichte.

Seit wann und weshalb Hoffmann gegen die verbreitete Ansicht kämpft, erhebliche Teile des Widerstands im allgemeinen und Goerdeler im besonderen seien nicht frei von Antisemitismus gewesen, ist mir nicht bekannt. Er und ich haben jedenfalls in der Vergangenheit mehrfach die Klagen gekreuzt und so bin ich in diesem Buch gewissermaßen der Hauptangeklagte, aber auf der Bank sitzen neben mir Hans Mommsen, seine Schülerin Sabine Gillmann, die Editorin der zweibändigen Ausgabe von Goerdelers Politischen Schriften, ferner Theodor Hamerow, aber auch David Bankier und Saul Friedländer geraten ins Visier von Hoffmann.

Mit diesem Buch tut er sich keinen Gefallen, denn es weist etliche schwere Mängel auf. Nicht nur bildet der Text keine verbundene Argumentation und kommt nach vielem Umkreisen erst spät auf den Kern des Arguments, das Lesen wird auch durch das Fehlen eines Quellen- und Literaturverzeichnisses erschwert (das Register erschließt nicht die Anmerkungen). Vor allem aber stellt sich sein Autor gegen die moderne Geschichtswissenschaft, die er allen Ernstes unter Verweis auf §133 BGB – Auslegung einer Willenserklärung – zu einer kontextfreien Interpretation von Goerdelers Texten zwingen will, ganz so, als ob eine testamentarische, mit Rechtswirkung ausgestattete Willenserklärung gleich zu behandeln wäre wie ein politisches Programm (S. 197). Wiederholt verlangt er „unvoreingenommene Betrachtung“, aber mit dieser Selbstverständlichkeit ist methodisch bekanntlich nichts gewonnen. Dabei respektiert er selbst mitnichten seine Vorgabe. Schon die kurze Darstellung des Forschungsstands verrät einen ressentimentgeladenen Blick, ordnet er ihn doch entweder Bonner Regierungskonstellationen zu oder, wo dies nicht passt, der 68er-Bewegung, bis dann in den 1990er Jahren die Kritiker des Widerstandes sich „unter anderem eines als ‚Wehrmachtausstellung‘ bekannt gewordenen Unternehmens“ bedienten (S. 21).

Nach nahezu 200 Seiten kommt Hoffmann endlich zur Sache. Er druckt entscheidende Teile aus Goerdelers Ende 1941 verfasster Denkschrift „Das Ziel“, in der sich Sätze finden wie: „Daß das jüdische Volk einer anderen Rasse angehört, ist eine Binsenweisheit“, oder: Ein eigener „Judenstaat“ lasse sich „unter durchaus lebenswerten Umständen in Teilen Canadas oder Südamerikas finden“, woraufhin dann mittels internationaler Abmachung alle Juden dessen Staatsbürgerschaft bekämen und in ihrem „Gastland“ (so in einer Denkschrift

vom September 1944) ausgebürgert und unter „Fremdenrecht“ gestellt würden. Für deutsche Juden gälten allerdings Ausnahmeregelungen, die den allermeisten, wie Hoffmann mit großem Aufwand errechnen zu können glaubt (93,12% der 1933 als Glaubensjuden Erfassten, S. 227), die doppelte Staatsangehörigkeit zuerkannten. Mittels juristischer Spitzfindigkeiten versucht Hoffmann Goerdelers Vorurteilsfreiheit nachzuweisen, um an anderer Stelle dann plötzlich festzustellen, dass damals „Vorbehalte gegen Juden“ sowieso „in der Welt verbreitet“ (S. 233) gewesen seien, was wohl heißen soll, dass Goerdeler mit seinen Vorbehalten sich völlig im Rahmen des Üblichen bewegt habe.

Am Schluss schafft sich Hoffmann ein weiteres Dilemma. Nun soll es nämlich gar nicht mehr um Texte gehen, sondern „Goerdeler ist nach seinen Taten zu beurteilen, nicht nach Vermutungen über die ‚Gesinnung‘“ (S. 256). Erinnerungsgeschichtlich ist dies in der Tat die sinnvollste Lösung, weshalb Karl Heinz Bohrer in seiner Gedenkansprache in Plötzensee 2013 die Deutschen beschworen hat, „um die richtige Gesinnung sollte es nicht gehen“; es gehe nur „um die Tat. Sie war einmalig“. Aber Hoffmanns ganzes Anliegen gilt ja gerade der Gesinnung, so dass er seine Aufforderung nicht durchhalten kann und wieder bei den Texten landet. Texte, von denen einige im Angesicht des Holocaust, um den Goerdeler wusste, von „Rassenmischung“ sprechen, von „Gastländern“ und „großer Schuld der Juden“, indem sie sich „bei den Gastvölkern vielfach in den Vordergrund gerade dann gedrängt“ haben, wenn sie sich „besser bescheiden und verständnisvoll zurückgehalten“ hätten (Quellen von 1944/45, die Hoffmann in seinem Buch nur am Rande zitiert). Hoffmann will sie nicht gewertet wissen, denn aus ihnen spreche die „zerstörte Persönlichkeit eines gebrochenen Mannes“ (S. 256). Aber wenn Goerdeler in ihnen immer noch den Juden „die Staatsangehörigkeit ihres Gastlandes“ abspricht und sie unter „Fremden-Recht“ stellt (Politische Schriften, S. 1.184; Hervorhebung im Original), so entspricht dies haargenau seiner Denkschrift von 1941, die im Mittelpunkt von Hoffmanns Buch steht. „Den Rest muß das gesunde Gefühl für Rasse und Menschlichkeit tun“ (ebd., S. 1.185). Es hilft alles nichts. Goerdeler hing bis an sein tragisches Lebensende einer damals sehr verbreiteten Form des Antisemitismus an, die natürlich nicht zum Holocaust führte, aber dem anfänglichen Ziel des Nationalsozialismus, der partiellen Entrechtung und forcierten Auswanderung, durchaus

zustimmen konnte, solange beides in ‚geordneten‘ Bahnen verlief. An der Größe seiner Tat ändert das nichts.

Darmstadt

Christof Dipper

Gesamtschau zur westdeutschen Nachkriegsjustiz

Raim, Edith: Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945–1949, 1.237 S., Oldenbourg, München 2013.

Die rechts- und zeithistorische Forschung hat sich in den letzten Jahren verstärkt mit der westdeutschen Nachkriegsjustiz und ihrer strafrechtlichen Aufarbeitung der NS-Gewaltverbrechen auseinandergesetzt, wovon nicht zuletzt die Fülle einschlägiger Studien zeugt. In ihrer voluminösen geschichtswissenschaftlichen Habilitationsschrift blickt Edith Raim auf die Jahre der Besatzungszeit vor der Gründung der Bundesrepublik, die bisher – wenn überhaupt – lediglich aus der Perspektive regional begrenzter Einzelstudien betrachtet wurden. Ihr Ziel hingegen ist es, eine Gesamtschau über den Wiederaufbau der deutschen Justizverwaltung in den drei westlichen Besatzungszonen und das Wirken der dortigen deutschen Strafrechtsorgane im Kontext der Ahndung von NS-Verbrechen in den Jahren bis 1949 zu liefern.

Gegliedert ist die Untersuchung in drei Teile, von denen der erste dem Wiederaufbau der Justizverwaltungen in der amerikanischen, britischen und französischen Zone gewidmet ist. Auf rund 500 Seiten werden die Politik der verschiedenen alliierten Rechtsabteilungen sowie die infrastrukturellen und personellen Rahmenbedingungen kleinteilig geschildert, unter denen die deutschen Justizbehörden ihre Tätigkeit unter der Ägide der Besatzungsmächte wieder aufnahmen. Deutlich wird, dass die westlichen Alliierten allesamt auf eine tiefgehende Reform des deutschen Rechtssystems und der deutschen Justizorganisation verzichteten. Die eingeleiteten Maßnahmen waren vielmehr darauf ausgelegt, den *status quo ante* (vor 1933) und die Funktionstüchtigkeit der Justizorgane wiederherzustellen. Beim Justizpersonal sahen die Alliierten einen ungleich größeren Handlungsbedarf. Zwar unterschieden sich die in diesem Kontext eingeleiteten Entnazifizierungsmaßnahmen hinsichtlich Durchführung und

Intensität in den jeweiligen Zonen. Unter dem Strich waren sie jedoch bei allen drei Westmächten darauf ausgelegt, die Führungsebene der Justizverwaltung mit unbelastetem Personal zu besetzen, während auf eine breit angelegte und systematische Säuberung des gesamten Justizpersonals in allen Zonen verzichtet wurde.

Der kürzere zweite Teil der Studie leitet über zur Ahndung der NS-Verbrechen. Geschildert werden die Zuständigkeitsabgrenzungen zwischen den Militärtribunalen der Westmächte und den deutschen Gerichten, die zonenübergreifend schon recht früh an der justiziellen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit beteiligt wurden. Das Aufeinandertreffen der unterschiedlichen Rechtsauffassungen sorgte jedoch vor allem auf deutscher Seite nicht selten für Irritationen und Rechtsunsicherheiten, die sich vor allem aus der Anwendung des Kontrollratsgesetzes Nr. 10 mit seinem Straftatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit ergaben.

In dem über 500 Seiten starken dritten Teil der Studie richtet die Autorin den Blick schließlich auf die justizielle Ahndung der NS-Verbrechen durch die deutsche Justiz, die sie thematisch und nach Deliktfeldern gegliedert darstellt – die parallel verlaufende Ahndung durch die alliierten Militärtribunale bleibt hierbei aus verständlichen Gründen ausgespart. Rein quantitativ betrachtet stellten die Jahre bis 1949 in Westdeutschland den Höhepunkt der Ermittlungen wegen NS-Gewaltverbrechen dar. Anders als in den folgenden Jahrzehnten waren es jedoch in erster Linie regionale und lokale Verbrechen auf deutschem Boden, mit denen sich die Staatsanwaltschaften und Gerichte in den westlichen Zonen beschäftigten. Der überwiegende Teil der Urteile betraf antisemitische Gewaltverbrechen aus der Vorkriegszeit (Novemberpogrom, ‚Arisierung‘ etc.), während etwa KZ- und Holocaustverbrechen die deutschen Justizjuristen bis 1949 nur vereinzelt beschäftigten. Als eine besondere juristische Herausforderung erwies sich die strafrechtliche Verfolgung der massenhaft vorliegenden Denunziationsdelikte. Hinsichtlich der altbekannten Frage, ob die strafrechtliche Aufarbeitung in Westdeutschland als Erfolgs- oder eher als eine Geschichte der verpassten Chancen anzusehen ist, bezieht Edith Raim für die ersten vier Nachkriegsjahre deutlich Position, indem sie das Agieren der Justizbehörden als nahezu uneingeschränkt positiv bewertet – ein Befund, der vielleicht ein wenig zu einseitig ausfällt.

Trotz dieser und einer Vielzahl interessanter Einzelbefunde hätte man vor allem von der

Betrachtung der Rechtsprechung unter dem Strich sicherlich mehr erwarten können. So verhartet die Darstellung hier zu oft in einer rein additiven Wiedergabe von Einzelfällen, wodurch abstrahierende und deliktübergreifende Befunde ebenso aus dem Blick geraten wie beispielsweise auch etwaige Spezifika der Rechtsprechung in den einzelnen Besatzungszonen – um nur zwei Punkte herauszugreifen. Zudem überrascht, dass der detaillierten Rekonstruktion der Tatgeschehen in den meisten Fällen mehr Raum gewidmet wird als der eigentlichen Rechtsprechung, über die man an vielen Stellen – über den Urteilspruch hinausgehend – gerne mehr erfahren hätte. Mit der Strafvollstreckung bleibt zudem ein essentieller Teilbereich strafjustiziellen Handelns vollkommen außen vor.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Raims Ansatz, erstmals eine bündelnde und die Besatzungszonen übergreifende Gesamtschau zu liefern, ohne Zweifel ebenso verdienstvoll ist wie die beeindruckende Materialfülle, welche die Studie entfaltet und von der die künftige Forschung profitieren wird. Darstellerisch verliert sie sich jedoch allzu oft in rein deskriptiven und dokumentarischen Detailschilderungen, die vielfach keinen erkennbaren inhaltlichen Mehrwert entfalten und vermeidbare Längen entstehen lassen. Eine stärkere Orientierung an analytischen und vor allem komparativen Fragestellungen hätte hier sicherlich Abhilfe schaffen können. Der Lesefreundlichkeit wären darüber hinaus resümierende und befundbündelnde Zwischenpassagen dienlich gewesen, zumal in Anbetracht des Umfangs der Studie. Trotz dieser Monita wird, wer sich künftig mit der westdeutschen Nachkriegsjustiz und insbesondere der Strafjustiz beschäftigen möchte, Edith Raims Untersuchung nicht unbeachtet lassen können.

Weimar

Michael Löffelsender

Militärisch-filmischer Komplex

Haak, Sebastian: *The Making of the Good War*. Hollywood, das Pentagon und die amerikanische Deutung des Zweiten Weltkriegs 1945–1962, 331 S., Schöningh, Paderborn u. a. 2013.

Ausgehend von der sich seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich vergrößerten Distanz der

Europäer, besonders der Mitteleuropäer, zu Krieg, Militär und Soldaten, wirft Sebastian Haak ein historisches Schlaglicht auf das ganz anders geartete Selbstverständnis der Amerikaner, deren gegenwärtiger Präsident die Institution Krieg als Faktor der Sicherheitspolitik vielfach und noch bei der Entgegennahme des Friedensnobelpreises verteidigte. Dabei spielt die Idee der politischen Stabilität nach dem Zweiten Weltkrieg, die sich durch die militärische Intervention der USA gegen das nationalsozialistische Deutschland eingestellt habe, eine tragende Rolle. Während Europäer sich die destruktiven Seiten des Krieges vor Augen halten, haben dessen „schaffende Seiten“ (S. 11) für Amerikaner, zumindest für einen namhaften Teil von ihnen, einen hohen Rechtfertigungswert. Dass dies nach wie vor so ist, trotz der desaströsen Kriegserfahrungen, auch der Amerikaner etwa im Vietnamkrieg, erklärt Haak mit der anhaltenden Wirkung des Mythos vom Zweiten Weltkrieg als dem *good war*; jenem Krieg, der erstens mit geringen eigenen Verlusten siegreich endete, zweitens für eine gute Sache – den Kampf gegen Nazi-Deutschland und das japanische Kaiserreich als „das absolute Böse“ (S. 17) – geführt wurde, und drittens in paradigmatischer, unangefochtener Weise die Regeneration einer ganzen Gesellschaft ebenso wie der den Krieg ausfechtenden Individuen durch Gewalt ermöglicht habe. Dieser Mythos steht in der Tradition des *frontier*-Mythos und erneuert ihn. Nach dem Krieg, so die Vorstellung, sei die Welt eine bessere gewesen als zuvor – messbar am wirtschaftlichen Aufschwung, aber auch an der (behaupteten) Überwindung von Klassen-, Rassen-, und Geschlechterschranken, und vor allem an individuellen Reifungsprozessen, die die Erfahrung von Krieg und Gewalt bei den Männern ausgelöst habe: Als *melting pot* habe die Armee die verschiedensten Berufe, Dialekte und Biografien zusammengeschweißt; das *buddy system*, das amerikanische Pendant zur deutschen Kameradschaft, habe besonders intensive zwischenmenschliche Bindungen hergestellt; und als *citizen soldiers* hätten die Soldaten zivile, demokratische und familienorientierte Werte noch auf dem Schlachtfeld bewahrt oder eigentlich erst verwirklicht.

Haaks Studie, eine von Jürgen Matschukat betreute Erfurter Dissertation, leistet zweierlei. Zum einen bietet sie eine intensive Inhaltsanalyse jener mehr oder weniger populären Hollywood-Kriegsfilm, die den Mythos vom *good war* 1945 bis 1962 in der amerikanischen Gesellschaft und darüber hinaus verankert haben.

Es sind dies hauptsächlich „Battleground“ (1949), „Sands of Iwo Jima“ (1949), „The Best Years of Our Lives“ (1946), „The Young Lions“ (1958), „The Naked and the Dead“ (1958) und „The Longest Day“ (1962). Zum anderen, und dies ist der Fokus der Arbeit, untersucht Haak auf breiter archivalischer Quellengrundlage für jeden dieser Filme die Kooperation zwischen Hollywood und dem Pentagon, also zwischen der Filmindustrie und dem amerikanischen Militär. Denn dies ist das Charakteristikum der vom Verfasser ins Auge gefassten ‚langen‘ 1950er Jahre: Alle diese Kriegsfilme entstanden mit vielfältiger Unterstützung, damit aber auch unter maßgeblicher inhaltlicher Einflussnahme der Streitkräfte. Die Filmindustrie arbeitete kostenorientiert und sparte enorme Summen, „wenn Gewehre, Uniformen, Essgeschirre und noch vielmehr [– unter anderem ganze Truppenteile –] von den Streitkräften geliehen werden konnten, statt all das kaufen zu müssen“ (S. 27). Gleichzeitig musste sie aber auch ständige Gängeleien des Pentagon akzeptieren, das weder an künstlerischer Qualität noch an historischer Authentizität, umso mehr aber an der vorteilhaften, idealisierenden, oft romantisierenden Darstellung des amerikanischen Militärs im Sinne des *good-war*-Mythos und damit an Propaganda interessiert war. Diese Propaganda diente der Einstimmung der US-Bevölkerung auf einen möglichen neuen ‚heißen‘ Krieg und der gleichzeitigen Ablenkung der Bevölkerung von den Konsequenzen eines solchen, dann atomaren Krieges. Angesichts dieser engen Verflechtung spricht Haak vom „militärisch-filmischen Komplex“ (S. 26), in Anlehnung an Eisenhowers Formel vom militärisch-industriellen Komplex.

Grosso modo zeigt die Analyse dieser Kooperation eine deutliche Entwicklung. Die Zusammenarbeit wurde immer komplizierter, und schließlich zerbrach sie ganz. Unmittelbar nach dem Krieg, den viele Filmproduzenten als Soldaten mitgemacht hatten, und in der McCarthy-Ära waren beide Seiten meist einvernehmlich daran interessiert, etwa literarische Vorlagen so umzuarbeiten, dass die Elemente des *good war*, also die Läuterung der Soldaten und der Gesellschaft durch den Krieg, die reibungslose Reintegration der heimkehrenden Soldaten in die Zivilgesellschaft, die Harmonie und Aufopferungsbereitschaft der Soldaten im *buddy system* und die, besonders im Vergleich zur deutschen und japanischen, humane Kriegführung der USA verstärkt wurden. Gegen Ende der 1950er Jahre

jedoch erschien genau dies den Filmproduzenten zunehmend problematisch, wie der Autor besonders am Beispiel der Verfilmung von Norman Mailers berühmtem Antikriegsroman von 1948 zeigt. Lange Zeit widersetzte sich das Pentagon der Verfilmung von „The Naked and the Dead“, um dann aber doch einzulenken und fieberhaft daran zu arbeiten, das Militär in einem besseren Licht als im Roman erscheinen zu lassen. Während im Roman einer der Protagonisten, Lieutenant Hearn, dem persönlichen Hass seines Vorgesetzten zum Opfer fällt und auf einem von letzterem angeordneten Himmelfahrtskommando stirbt, überlebt er im Film 1958, um vom Krankenbett aus die unmenschlichen Führungsmethoden seines Vorgesetzten bloßzustellen, also am Ende das ‚gute‘ Militär siegen zu lassen. Im Gegensatz zum Roman, in dem die Opfer der Soldaten letztlich umsonst sind und die Sinnlosigkeit des Krieges außer Zweifel steht, betont der Film die Sinnhaftigkeit und das Konstruktive der Gewalt.

Allerdings war das Pentagon dennoch mit dem Film nicht zufrieden; die Konflikte innerhalb des „militärisch-filmischen Komplexes“ spitzten sich dann, unter dem Eindruck der internationalen Krisen und eines militärkritischeren öffentlichen Bewusstseins bei der Produktion des Filmes „The Longest Day“ weiter zu; dessen Produzent, Darryl Zanuck, übergang schlichtweg am Ende die Wünsche des Militärs und protestierte explizit gegen die „censorship“ (Zitat aus einem Brief Zanucks, S. 241), während gleichzeitig auch die Öffentlichkeit immer mehr Anstoß am „militärisch-filmischen Komplex“ nahm. Im Zuge der Anti-Vietnam Bewegung und der darauffolgenden Welle von Antikriegsfilmen hatte dieser keine Existenzgrundlage mehr. Diese Phase und auch das Wiederaufkommen des *good-war*-Mythos um die Jahrtausendwende („Saving Private Ryan“, 1998 und „Band of Brothers“, 2001) spricht das Buch in einem Ausblick an, analysiert sie aber nicht mehr. Neben der sorgfältigen und quellengesättigten Analyse der einzelnen Filme wie der Pentagon-Hollywood-Schiene besteht die Stärke dieses Buches darin, die trotz aller „Zensur“ vorhandenen Widersprüche und Ambivalenzen der cinematographischen *popular culture* konsequent mit dem Gramsci'schen Hegemoniekonzept als Austragungsort gesellschaftlicher Macht- und damit Deutungskämpfe auszuleuchten.

Worcester, MA

Thomas Kühne

Politik der Extremistenabwehr

Rigoll, Dominik: Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr, 524 S., Wallstein, Göttingen 2013.

Dieses Buch ist eine Provokation. Die neuere zeithistorische Forschung hat bereits gezeigt, dass die ‚wehrhafte Demokratie‘, die sich in den fünfziger Jahren in Westdeutschland herausbildete, autoritär und obrigkeitsstaatlich war. In Abgrenzung vom „Extremismus“, der mit dem Ende der Weimarer Republik assoziiert wurde, betonten die Eliten der jungen Bundesrepublik vor allem deren Rechtsstaatlichkeit. Zudem haben detaillierte Studien nachgewiesen, dass die „Fundamentalliberalisierung“ (Jürgen Habermas, Ulrich Herbert), die sich in den sechziger Jahren durchsetzte, einzelne Bereiche der westdeutschen Politik und Gesellschaft nahezu unberührt ließ. Dominik Rigolls Interpretation reicht aber darüber hinaus: Er behauptet, dass die abgebrochene Entnazifizierung und die damit verbundene Rückkehr belasteter Nationalsozialisten in die Sicherheitsdienste und Justizbehörden maßgeblich eine Politik der Extremistenabwehr begründete, die sich vorrangig gegen die westdeutschen Kommunisten richtete. Damit deutet er zugleich die steckengebliebene Entnazifizierung erstmals aus dieser Perspektive.

Mit dem Beginn des Koreakrieges hatten die westlichen Alliierten, die nach 1945 zunächst die innere Sicherheit Westdeutschlands gewährleisten konnten, ihren Widerstand gegen die Rückkehr ‚einfacher‘ Nationalsozialisten in den Staatsdienst aufgegeben. Die Reintegration der ‚49er‘ auf Kosten der ‚45er‘ ermöglichte ab 1951 auch das vom Bundestag verabschiedete ‚131er-Gesetz‘. Unter dem Eindruck verschiedener Bedrohungsanalysen, die vor allem die Organisation Gehlen vorlegte, definierten die westalliierten Militärbehörden und deutschen politischen Eliten eine kommunistische Unterwanderung als gravierendste innere Gefahr der Bundesrepublik. Obgleich der ‚Adenauererlass‘ vom 19. September 1950 auch gegen die neonazistische Sozialistische Reichspartei gerichtet war, bestimmte er besonders eine Mitgliedschaft in der (1956 schließlich verbotenen) Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) als „schwere Pflichtverletzung“ gegenüber der demokratischen Grundordnung. Demgegenüber durften sogar ehemalige Angehörige des nationalsozialistischen ‚Volksgerichtshofes‘ in den Justizdienst der Bundesrepublik zurückkehren, wenn sie in

den Entnazifizierungsverfahren nicht als Hauptschuldige oder Belastete eingestuft wurden. Andererseits zeigt Rigoll aber auch, dass vor allem 1959/60, als eine antisemitische Schmierwelle und die Verhaftung Adolf Eichmanns die Bundesrepublik erschütterten, führende Repräsentanten des westdeutschen Staates wie Generalbundesanwalt Max Güde und der sozialdemokratische Kulturpolitiker Adolf Grimme für den Ausschluss früher Nationalsozialisten aus dem Staatsdienst eintraten. Ebenso mahnten Initiativen wie die 1959 eröffnete, von Mitgliedern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) organisierte Ausstellung „Ungesühnte Nazijustiz“ eine rückhaltlose Aufarbeitung der unmittelbaren Vergangenheit an. Diese Bemühungen verhinderten jedoch nicht, dass der westdeutsche Staatsschutz vorwiegend gegen kommunistische Verbände wie die 1960 gegründete Friedensunion (DFU) gerichtet war, zumal die SED-Führung 1957 eine aufsehen erregende Propagandakampagne gegen die ‚Blutrichter‘ in der Bundesrepublik ausgelöst hatte. Die DFU verzichtete aber ebenso wie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes auf eine offene Kritik an der nationalsozialistischen Biographie westdeutscher Politiker und Beamter, so dass die Bundesregierung jeweils auf Verbotsanträge verzichtete.

1961 schlossen die Sozialdemokraten nicht nur den SDS aus, sondern Willy Brandt (SPD) und Hans Globke (CDU) verständigten sich auch auf ein Stillhalteabkommen, nach dem die überaus unterschiedliche Vergangenheit der beiden Politiker aus dem Wahlkampf herausgehalten werden sollte. Der Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg, über dessen Rolle im ‚Dritten Reich‘ seit geraumer Zeit kontrovers diskutiert wird, rechtfertigte diese Zweckallianz. Im ‚inneren Kalten Krieg‘ verletzten Sicherheitsorgane wie das Bundesamt für Verfassungsschutz auch das Postgeheimnis, indem sie – wie 1963 deutlich wurde – nicht nur Briefe aus der Deutschen Demokratischen Republik, sondern auch Postsendungen öffnen ließen, die innerhalb der Bundesrepublik verschickt wurden.

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der mangelnden Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der Sicherheitspolitik im Zeichen des antitotalitären Konsenses trat vor allem 1968 hervor. So gewährte ein Amnestiegesetz, das der Bundestag am 24. Mai billigte, nationalsozialistischen ‚Schreibtischtätern‘, die wegen Beihilfe zum Mord angeklagt worden waren, Straffreiheit. Nur sechs Tage später, am 30. Mai 1968, stärkte die Notstandsverfassung

die Exekutive im Fall eines Ausnahmezustandes. Zudem verabschiedete der Bundestag ein Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses. Zwar wurde die 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) toleriert; jedoch verabschiedeten die Innenminister der Länder am 28. Januar 1972 den ‚Radikalenerlass‘, nach dem Bewerber für den Staatsdienst im Hinblick auf ‚verfassungsfeindliche Aktivitäten‘ zu überprüfen waren. Der Autor belegt anhand einzelner Personen, dass der Erlass zwar unterschiedlich durchgeführt wurde, aber einen erheblichen „Einschüchterungseffekt“ (S. 366) zeitigte und Ängste vor inneren Feinden schürte. Mit dem Übergang zur Terrorismusbekämpfung führten die Länderregierungen von 1973 bis 1975 auch die Regelanfrage ein. Damit verknüpft, wurden die Sicherheitsbehörden massiv ausgebaut. Erst nachdem der Terror der Roten Armee Fraktion, die in Rigolls Buch nur am Rande behandelt wird, seinen gewalttätigen Höhepunkt (1977) überschritten hatte, wurde die Regelanfrage 1978/79 aufgegeben.

Die vorliegende Studie deckt den bislang weitgehend verborgenen Zusammenhang zwischen der biographischen nationalsozialistischen Belastung führender Repräsentanten der Bundesrepublik in den Justiz- und Sicherheitsbehörden und deren Politik der Extremistenabwehr auf. Dabei werden auch Generationenallianzen – so zwischen westdeutschen ‚49ern‘ und ostdeutschen ‚45ern‘ – konturiert, ohne dass der Verfasser das Zusammenwirken durchweg konkret zu belegen vermag. Im Allgemeinen überschätzt er zudem die Handlungsmacht der ehemaligen Nationalsozialisten im Justiz- und Sicherheitsapparat, denen wiederholt eine erfolgreiche „Tabuisierung“ (S. 468) des antitotalitären Konsenses zugeschrieben wird. Überdies finden sich einzelne sachliche Fehler, so in den Angaben zur Biographie des Generalinspektors der Bundeswehr, Friedrich Foertsch (S. 172). Auch bleibt die angedeutete Beteiligung des späteren Chefs des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Günther Nollau, an der Ermordung von Juden in Krakau 1941 (S. 345f.) ohne klare Belege.

Der Autor argumentiert aber überzeugend, dass erst die Betonung der ‚Treuepflicht‘ gegenüber dem Rechtsstaat und die damit verbundene „Uminterpretation des Grundgesetzes“ (S. 466) den traditionellen Eliten ermöglichten, sich die westdeutsche Demokratie schrittweise anzueignen. Zu Recht verweist der Verfasser auch auf Tendenzen der „Entliberalisierung“ (S. 469) noch in den sechziger Jahren; allerdings vollzog

sich zugleich auch eine Liberalisierung. Die Gegenläufigkeit dieser Prozesse – oder sogar ihr Wechselverhältnis – sind noch in weiteren Untersuchungen zu rekonstruieren und zu analysieren. Rigolls Buch, das trotz der hier dargelegten Einschränkungen ein Musterbeispiel kritischer Geschichtsschreibung ist, bietet dafür eine ausgezeichnete Grundlage.

Berlin

Arnd Bauerkämper

Die Schweiz-Südafrika-Connection

Bott, Sandra: La Suisse et l’Afrique du Sud, 1945–1990. Marché de l’or, finance et commerce durant l’apartheid, 476 S., Chronos, Zürich 2013.

Seit den 1970er-Jahren beleuchtet die Dritt-Welt-Bewegung die internationale Geschäftstätigkeit von Schweizer Firmen und seither besteht der Verdacht einer Komplizenschaft mit dem südafrikanischen Apartheidstaat. 2001 bis 2004 lief ein nationales Forschungsprogramm „42+“, das allerdings der Komplexität der Sachlage nicht gerecht werden konnte. Im Urteil der kritischen Öffentlichkeit sind dessen Aufklärungs Bemühungen gescheitert. Und auch der 2005 erschienene Schlussbericht wies auf große Forschungsdesiderate hin. Der Hauptgrund hierfür war, dass der Bundesrat 2003 mit Verweis auf mögliche Sammelklagen aus den USA eine weitreichende Aktensperre verhängte. Damit wich auch der Druck von allen privaten Unternehmen, ihre Archive der Forschung zugänglich zu machen. Vor diesem Hintergrund ist die Studie von Sandra Bott zu würdigen. Die Autorin hat sich seit dem Jahr 2000 mit dem Thema beschäftigt und war auch Mitarbeiterin des nationalen Forschungsprogramms „42+“. 2008 reichte sie das Manuskript, das dem anzuzeigenden Buch zu Grunde liegt, an der Universität Lausanne als Dissertation ein.

Bott hat breite Archivrecherchen in der Schweiz und in Südafrika unternommen und das Problem der gesperrten Akten durch Recherchen im Archiv der Bank of England, im Britischen Nationalarchiv und im US-Nationalarchiv umgangen. Auf dieser Materialgrundlage geht sie für die Zeit von 1945 bis 1968 und für die Periode von 1968 bis 1994 den allgemeinen Handelsbeziehungen zwischen den zwei Ländern nach, rekonstruiert den Schweizer Kapitalextort nach Südafrika

und untersucht den Goldhandel. Dabei liegt ihr Schwerpunkt auf dem Goldmarkt vor 1968, als das Bretton-Woods-System ins Schlingern geriet. Was auf den ersten Blick eine nüchterne Bestandsaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen von zwei Ländern zu sein scheint, erweist sich bei genauerer Lektüre als eine hoch komplexe Verflechtungsgeschichte, deren Kern das Dreieck zwischen Südafrika, Zürich und London darstellt. Die Autorin stellt dar, wie es den drei Schweizer Großbanken nach 1945 gelang, die zentrale Stellung des Londoner Goldmarktes zu brechen. Nach 1968 liefen zeitweise über 80 % der südafrikanischen Goldverkäufe über Zürich und in der Schlussphase des Apartheidstaates folgte auch der Handel mit Diamanten fast ganz den persönlichen und institutionellen Verflechtungen, die sich aus dem Goldhandel via Zürich ergeben hatten.

Zwei Problematiken ziehen sich als Leitmotive durch die Untersuchung. Erstens ist dies die zunehmende internationale Isolierung der südafrikanischen Apartheid-Regierung. Sie war seit den frühen 1960er-Jahren mit Sanktionen durch die UNO konfrontiert und sah sich schließlich einem fast umfassenden Wirtschaftsboykott ausgesetzt. Nur die Schweiz scherte hier aus. Die zweite Leitproblematik betrifft den Goldmarkt. Gold war in der Nachkriegszeit zugleich ein einfaches Handelsgut und ein zentrales Element in der Architektur der internationalen Finanzordnung. Mit dem Währungssystem von Bretton Woods wurde der Preis einer Unze Gold auf 35 Dollar festgelegt. Dass an asiatischen Märkten zeitweise trotzdem bis zu 80 US-Dollar bezahlt wurden, stellte für die Währungshüter ein großes Problem dar. Die wichtigsten Zentralbanken intervenierten als Pool gemeinsam auf dem Goldmarkt, um den Preis des Edelmetalls zu stabilisieren. Die Schweiz stand auch hier abseits.

Diese mehrfache Marginalisierung machte die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den zwei Ländern eng. Bott holt weit aus und zeichnet die allmähliche institutionelle Annäherung nach. Während des Zweiten Weltkrieges waren vorübergehend alle Schweizer Privatvermögen bei den Alliierten blockiert. Nach 1945 suchten die Finanzinstitute deshalb geografisch diversifizierte Anlagen. Südafrika hatte als größter Anbieter von Gold einen starken Investitionsbedarf. Seine rassistische Politik ermöglichte extrem tiefe Lohnkosten und das Land zahlte Zinsen in Edelmetall. Die Schweizer begannen sich zu interessieren. Zugleich ging Pretoria nach dem Wahlsieg der Nationalen Partei 1948 auf Distanz zu London,

dem traditionellen Geldgeber und Goldkäufer. Dort wiederum war der Goldhandel durch die Verpflichtungen des Bretton-Woods-Systems unterbrochen worden, was den Schweizer Banken interessante Geschäftsmodelle eröffnete.

Als Mitte der 1950er-Jahre der Goldmarkt in London wieder anlief und die Bank of England gemeinsam mit den Amerikanern einen Goldpool aufzog, hatten die Schweizer Bankiers bereits wichtige Verbindungen nach Südafrika geknüpft. Persönliche Beziehungen zu den dortigen Ministerien und zu Wirtschaftsführern wie Ernest Oppenheimer von der Anglo-American Cooperation erlaubten es den Schweizern, den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems um 1970 für einen Generalangriff auf den Londoner Goldmarkt zu nutzen. Je klarer sich die britische Regierung den internationalen Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika anschloss, umso leichter war es für die vom Staat weitgehend unbehelligten Schweizer Finanzinstitute, das Südafrikageschäft zu konsolidieren. Damit verstrickte sich der Schweizer Finanzplatz in eine Komplizenschaft mit dem Apartheid-Regime.

Mit dem Buch von Sandra Bott liegt nun ein detailreiches Bild der Wirtschaftsbeziehungen vor, welches zwar nicht lückenlos ist, aber recht genaue Vermutungen darüber zulässt, was in den Quellenbeständen zu finden sein könnte, die der Forschung weiterhin versperrt sind. Es ist eine beschämende Geschichte, die Bott nüchtern rekonstruiert. Manchmal schleichen sich ermüdende Wiederholungen ein und im Detail sind die Ausführungen zu technisch. Ihr Buch ist schwere Kost, weil es aus einer schwierigen Vorgeschichte heraus entstand. Es ist aber äußerst wertvoll, weil es die Diskussion versachlicht und die Schweiz-Südafrika-Connection global kontextualisiert. Der Goldhandel mit Südafrika während der Zeit der Apartheid hat entscheidend zur Festigung des Schweizer Finanzplatzes beigetragen. Das ist völlig konträr zur kollektiven Imagination einer „Humanitären Tradition“ der Schweiz und lässt die wiederholten moralischen Verurteilungen der südafrikanischen Apartheidpolitik durch den Schweizer Staat als wenig aufrichtig erscheinen.

Luzern

Daniel Speich Chassé

Intellektuelle als Denker auf der Bühne?

Kroll, Thomas/Reitz, Tilman (Hrsg.): Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland.

Verschiebungen im politischen Feld der 1960er und 1970er Jahre, 270 S., Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2013.

Die Aufgabe des Intellektuellen in der Gesellschaft ist zu unterschiedlichen Zeiten und damit in variierenden historischen Kontexten schwierig zu bestimmen. Im übernationalen Vergleich weisen Rolle und Themen – manchmal Zeitversetz – Kongruenzen auf. So beispielsweise die gegenseitigen Einflüsse zwischen Deutschland und Frankreich im 18. Jahrhundert. Im Allgemeinen ist eine als intellektuell bezeichnete Person in einem geisteswissenschaftlichen oder künstlerischen Betätigungsfeld herausragend und erreicht durch ihr Werk an sich und ihre öffentlichen Aussagen Prominenz – eine Art Denker auf der Bühne.

In der Forschung mit Blick auf Deutschland werden verschiedene Typen ausgemacht, die sich mit Überschneidungen und gerade in der jüngeren Geschichte parallel entwickeln. Erwähnt seien hier nur zwei Ausprägungen: Der sich dem, als typisch zugeschriebenen, Habitus entziehende Intellektuelle während der Weimarer Republik, als Idealtyp kann hier Theodor W. Adorno gelten; oder der liberal-konservative Intellektuelle wie etwa Kurt Sontheimer, der sich immer wieder gegen den Zeitgeist stellte und fundamental Kritik an den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland ablehnte, prononciert etwa in „Das Elend unserer Intellektuellen“ aus dem Jahr 1976.

Wie nähert man sich der Betrachtung einer auffälligen aber kleinen Gruppe, die sich im Regelfall erst im Verlaufe ihrer Tätigkeit typologisieren lässt? Eine mögliche Antwort bietet die vorliegende Publikation, welche auf eine Tagung im September 2011 an der Friedrich-Schiller-Universität Jena zurückgeht und von den beiden Jenenser Professoren Thomas Kroll und Tilman Reitz herausgegeben wurde. In einer dreifachen Zielstellung wird zunächst eine „ideengeschichtliche (Selbst)Verortung, institutioneller Hintergrund, Strategien öffentlicher Einflussnahme“ (S. 12) angestrebt. Dann werden „Intellektuelle in den Blick genommen, die in den 1960er und 1970er Jahre keine Hauptrolle in der Öffentlichkeit spielten“ (ebd.). An dritter Stelle steht der Versuch „auch entgegen verfestigten kulturellen und wissenschaftlichen Mustern neu zu bestimmen, welche Ziele die Intellektuellen in ihren Kontexten verfolgten und was sie bewirkt haben“ (S. 13). Aus dem wissenschaftlichen Hintergrund der Herausgeber ergibt sich zusätzlich der

Wunsch für die Zusammenarbeit von Geschichtswissenschaft und Wissenssoziologie mit diesem Band eine erste Wegmarke zu setzen (S. 14).

Die vier Themenkomplexe, in die der Band nach der Einleitung unterteilt ist, sind mit zwei, drei, sieben und drei Beiträgen etwas ungleich gewichtet. Unter der Überschrift „Theorie der Intellektuellen“ stellen Wolfgang Eßbach und Ingrid Gilcher-Holtey zunächst das Rüstzeug für die weitere Untersuchung bereit. Hierfür werden aus der Sicht der Autoren hilfreiche Teildisziplinen, Forschungsfelder und mögliche Typologien referiert.

Im Abschnitt „Politische Ideen und Gesellschaftsentwürfe“ geht es in den Beiträgen von Patrick Wöhrle, Christoph Henning und Regina-Maria Dackweiler um große Linien, Ideologische Positionen und bei der letztgenannten besonders gelungen, um die Verzahnung von Intellektuellen und Neuen Bewegungen, in diesem Fall die Frauenbewegung (S. 92).

Der dritte Komplex ist mit „Die Organisation der Intellektuellen: Institutionen, Denkschulen, Vernetzungsmedien“ betitelt und macht gut zwei Fünftel der Publikation aus. Inhaltlich gelingt hier die Verbindung von Geschichtswissenschaft und Wissenssoziologie am besten. Bei der Betrachtung von Schulen, Gruppen und Einflüssen schaffen Jens Hacke, Olaf Blaschke, Andreas Ziemann, Gregor Kritidis, Tobias Freimüller sowie die Herausgeber mit jeweils eigenen Beiträgen den Spagat, zwischen den Betrachtungen im historischen Kontext und der tiefergehenden Frage nach dem was bleibt und möglicherweise noch wirkmächtig ist.

Im abschließenden Teil zu „Institutionen in einem Fall: Öffentliche Intellektuelle“ arbeiten sich Thomas Biebrichter (Jürgen Habermas), Reinhard Mehring (Carl Schmitt) und Jens Ewen (Hans Magnus Enzensberger) an einzelnen, auf jeweils eigene Art einflussreichen Personen ab.

Die Aufsätze in diesem Sammelband zeigen nicht zuletzt, dass die Aufgabe, die dem Intellektuellen in seinem Dasein zukommt – selbst gewollt oder durch die Gesellschaft zugeschrieben – von Epoche zu Epoche variiert. Der Denker auf der Bühne ist dabei kein originäres Konzept, mit der Schaffung neuer Informationskanäle im Zuge der Digitalen Revolution gibt es gegenwärtig jedoch nicht mehr die *eine* Bühne. Trotzdem ist der Intellektuelle der Gegenwart – man könnte etwa an Peter Sloterdijk denken der vom Suhrkamp Verlag im Klappentext zu seiner jüngsten Publikation „Ausgewählte Übertreibungen“ explizit so bezeichnet wird – im Regelfall weiterhin Teil der Bildungselite.

Als Fazit lässt sich sagen, dass der Band einen bunten Blumenstrauß an Betrachtungen zur oben genannten Fragestellung präsentiert. Trotz der Tiefe und recht erfolgreichen Verknüpfung bleibt der bekannte Nachteil eines Tagungsbandes: ein tendenzielles Nebeneinander, welches eine die Beiträge durchdringende Interdisziplinarität verhindert. Durchweg gut ediert, bietet sich die Publikation für die gesamte Geisteswissenschaft, die auf die eine oder andere Weise mit der Bundesrepublik in dieser Zeit und dem Verhältnis von Wissen(schaft) und Öffentlichkeit befasst ist als Lektüre an.

Rostock

Christian Nestler

POLITIKWISSENSCHAFT

Politische Emotionen und Religion

Hordern, Joshua: Political Affections. Civic Participation and Moral Theology, 312 S., Oxford UP, Oxford 2013.

Das seit Jahren schon anwachsende Interesse an Emotionen hat auch die Politische Theorie erreicht. Die Qualität der erschienenen Studien freilich ist sehr unterschiedlich. Neben starken Einzelanalysen, die theoretisches Interesse am Phänomen menschlicher Emotionalität mit der äußerst schwierigen Frage einer forschungspraktischen Operationalisierbarkeit verbinden (beispielhaft sei auf Deborah B. Goulds Buch „Moving Politics. Emotion and ACT UP's Fight against AIDS“, 2009 verwiesen), finden sich Studien, die ihre Fahne in den theoretischen Wind hängen und schauen, wie weit sie kommen. An Joshua Horderns Buch lässt sich zeigen: nicht gerade sehr weit! Dabei stellt Hordern, der Theologe an der Universität Oxford ist, durchaus wichtige Fragestellung an den Anfang seines Buches. Er konstatiert zunächst, dass es zwar großes Interesse an Emotionen im Feld der Politischen Theorie gibt, dass dieses Interesse aber selten wirklich breit entfaltet wird. Die Theologische Ethik kann in seinen Augen hier Abhilfe schaffen, da sie mittlerweile über eine ausgefeilte Kenntnis der motivationalen Rolle menschlicher Emotionen verfügt. Deswegen auch, das ist eine weitere Fragestellung, kann die Theologische Ethik helfen, ein eher praktisches Problem zu klären,

das gelegentlich unter die Rubrik „motivationale Defizit des politischen Lebens“ gebracht wird. Demokratien leiden, so der Autor, unter dem mangelnden Engagement ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger, weil es den politischen Institutionen zu wenig gelinge, sie emotional anzusprechen. Unzweifelhaft dagegen ist für Hordern, dass etwa der Glaube an Gott emotionale Seiten hat. Will man also das Thema der Emotionen theoretisch und praktisch fruchtbar machen, dann muss man auf die bereits bestehenden begrifflichen und motivationalen Ressourcen theologischen Denkens und theologischer Praxis zurückgreifen.

Um seine Problembeschreibung nun anzureichern, setzt sich Hordern vor allem mit den Ansätzen von Martha Nussbaum und Jürgen Habermas auseinander. Nussbaums Ansatz ist dabei dadurch gekennzeichnet, dass er die Rolle menschlicher Emotionen für politische Prozesse durchaus ernst nimmt, vor allem mit Blick auf das Mitleid (*compassion*). Allerdings gelinge es Nussbaum nicht, so Hordern, überzeugend darzulegen, dass Mitleid über engere soziale Kontexte hinaus, in denen es sich primär entfaltet, politisch tragfähig sein kann. Ferner könne die dominante Rolle richterlichen Mitleids in Nussbaums Werk demokratiethoretisch nicht überzeugen. Und schließlich fehle Nussbaum eine klare Konzeption darüber, was gut für Menschen sei, eine Konzeption, die gleichwohl nötig sei, um dem gewünschten bürgerschaftlichen und richterlichen Engagement gleichsam eine klare Richtung zu geben (S. 58).

Habermas wiederum interessiert Hordern zum einen, weil er in seinen jüngeren Schriften der Religion zutraut, ein Bewusstsein von dem, „was fehlt“, zu artikulieren. Darüber hinaus sieht der Verfasser im bekannten Konzept des Verfassungspatriotismus die Möglichkeit einer emotional-lokalen Bindung an universalistische Werte (S. 202–250). Hordern weiß natürlich, dass Habermas selbst den Faktor der Emotionen mehr oder weniger streng aus seiner Rechtstheorie verbannt hat. Alles, was Habermas zulässt, um die universalistischen Rechtsprinzipien, die jede moderne Verfassung tragen müssen, lokal bindungshähig zu machen, ist der „Kontext“ einer „historisch bestimmten Kultur“, in die die Prinzipien eingebettet sein müssen. Hordern glaubt nun, dass eine christlich inspirierte Ethik die Lücken füllen kann, die Habermas' Ansatz lässt. Sie verfügt nämlich (über das Mitleid hinaus) über reichhaltige Beschreibungen von Liebe und Freude als Inspirationsquellen mitmenschlichen

Engagements und vermag trotzdem aufgrund ihrer eschatologischen Ausrichtung die Bindung ans Lokale aufzubrechen: Die Freude lokaler Kirchen, so heißt es, „ist die Freude der ganzen Erde“ (S. 296).

Bis zu diesem Punkt kann man Horderns Studie eine gewisse Stringenz nicht absprechen. Ja, die genaueren Konturen emotionalen Engagements in politischen Handlungszusammenhängen sind nach wie vor unterbelichtet. Ja, Habermas hat die Spannungen zwischen Lokalem und Universalem in seinem Konzept des Verfassungspatriotismus nicht wirklich klären können. Und ja, könnte es nicht sein, dass eine säkularisierende Übersetzung christlicher Impulse das motivationale Defizit, unter dem Demokratien insgesamt, aber auch die Idee des Verfassungspatriotismus im Speziellen leiden, zu beheben vermag? Freilich, von einer solchen Übersetzungsarbeit will der Autor gar nichts wissen, obwohl Habermas bekanntermaßen genau das verlangt, wenn Religionsgemeinschaften ihre Einsichten in den allgemeinen politischen Prozess einspeisen wollen. Frisch und fröhlich durchsetzt Hordern seine Überlegungen immer wieder mit ausführlichen Textexegesen aus dem Neuen und Alten Testament, ohne sich offenbar die geringsten Gedanken darüber zu machen, dass die Ergebnisse dieser Exegesen für Nicht-Christen keinerlei Überzeugungskraft entfalten werden. Nicht selten gleitet das Buch in einen feierlichen Predigerstil ab, der, moderat formuliert, irritiert im Kontext einer Arbeit zur Politischen Theorie.

Das klingt dann (vollkommen willkürlich ausgewählt) etwa so: „[S]ocial trust is given wise content by the affections of the body of Christ, in as much as local churches are transposed by the Holy Spirit into the crucified and risen Christ and similarly transposed into the world. In this way, the pledge of God in the body of Christ sustains trust between people in society“ (S. 282). Damit keine Missverständnisse aufkommen: Hordern diskutiert hier nicht nur freischwebend Bibelstellen, er verweist immer auch auf theologische Literatur (der er etwa das „lutheranische“ Konzept der „Transposition“ entnimmt). Daran ist naturgemäß gar nichts auszusetzen. Aber der Zusammenhang dieser christlich inspirierten Überlegungen zum Rest des Buchs bleibt vollkommen unklar für diejenigen (der Rezensent gehört dazu), die sich vorerst ohne religiösen Glauben durchs Leben schlagen. In pluralistischen Gesellschaften wird die angemahnte Übersetzungsleistung wohl vor allem dann erfolgreich sein, wenn sich etwa zeigen lässt, dass die universalistischen

Verfassungsprinzipien, denen wir emotional zugehört sein sollten, auch christliche Quellen haben. Doch diesen Schritt unternimmt Joshua Hordern nicht. Er bleibt zu stark im christlichen Vokabular hängen, so dass seine interessanten Fragestellungen ohne allgemein überzeugende Antworten bleiben.

Luzern

Martin Hartmann

Zum Verständnis von Tönnies' „Gemeinschaft und Gesellschaft“

Bond, Niall: Understanding Ferdinand Tönnies' „Community and Society“. Social Theory and Political Philosophy Between Enlightened Liberal Individualism and Transfigured Community, 428 S., LIT, Zürich/Berlin 2013.

In einer unveröffentlichten Vorrede zur achten Auflage von „Gemeinschaft und Gesellschaft“ (1935) kommt Ferdinand Tönnies (1855–1936) – der Begründer der Soziologie in Deutschland – auf ‚ein Missverständnis‘ zu sprechen, das mit der Wirkungsgeschichte des Buches aufs Engste verknüpft ist. Seit der Erstauflage von 1887 sei er oft so gedeutet worden, als ob er „einen *ethischen* und zugleich politischen Traktat hätte verfassen wollen“ (Tönnies Gesamtausgabe Bd. 23, 2, S. 501f., Hervorhebung im Original). Tönnies versichert, dass ihm dies 1887 völlig fernlag. Zwar gibt er zu, dass Politik und Ethik „in den Anfängen meiner [Tönnies'] Gedankenbildung nicht ferne“ lagen, dann aber im weiteren Verlauf der neunjährigen Entstehungszeit des Buches keinen Einfluss mehr auf ihn gehabt hätten (ebd.). Offensichtlich wollte der späte Tönnies so verstanden werden, dass er mit „Gemeinschaft und Gesellschaft“ von Beginn an die Ausbildung der theoretischen Soziologie im Blick gehabt habe.

Wie fanden Politik und Ethik Eingang in „Gemeinschaft und Gesellschaft“, welche anderen Einflüsse lassen sich am jungen Tönnies ausmachen; mit diesen und weiteren Fragen befasst sich Niall Bonds „Understanding Ferdinand Tönnies' ‚Community and Society‘“. Vor dem Hintergrund der in naher Zukunft erscheinenden historisch-kritischen Edition von „Gemeinschaft und Gesellschaft“ versteht es sich als Einführung. Der Autor betont einleitend, „that the text of *Gemeinschaft und Gesellschaft* should and within certain limits *can* be understood, if albeit only through reference to a vast body of literature“

(S. 4, Hervorhebungen im Original). Das Ziel der Studie ist, anhand dieser Literatur Tönnies' Denken historisch zu kontextualisieren und so einen Zugang zu „Gemeinschaft und Gesellschaft“ herzustellen (S. 2). In diesem Zusammenhang wird kritisch auf den bisherigen Forschungsstand verwiesen. So bemängelt der Verfasser, dass der späte Tönnies, der sich der ‚reinen Soziologie‘ und der Werturteilsfreiheit verschrieben hatte, viel zu häufig den Blick auf den jungen Tönnies verzerrt habe, auf den diese Zuordnungen nicht zutreffen würden. Denn obwohl Tönnies den Text von „Gemeinschaft und Gesellschaft“ in den Folgeauflagen nur gering umarbeitete, habe sich seine Selbstsicht auf das Werk enorm geändert. Ein Hinweis hierauf ist der Wechsel des Untertitels, der 1887 noch „Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen“ lautete. „In 1912, Tönnies chose to change the subtitle to ‚Fundamental Concepts of Pure Sociology‘. Not only had he decided to assert that the work belonged to a single discipline. In 1887, this had not been the case: Tönnies' work originally straddled sociology and economics, psychology and philosophy of law“ (S. 13).

Mit Blick auf die Ausbildung von Tönnies' Denken bis zur Fertigstellung von „Gemeinschaft und Gesellschaft“ enthält der Hauptteil des Buches zwölf Kapitel, die sich auf Denker und Ideen konzentrieren, die den jungen Tönnies beeinflussten. Dem wird ein Kapitel vorangestellt, das sich der konstruktiv-begrifflichen Denkweise von Tönnies widmet (S. 15–38). Einer Einführung entsprechend, muss auch Bekanntes behandelt werden: Dies betrifft die Staats- und Naturrechtslehre von Thomas Hobbes (S. 107–132), die innige Freundschaft mit dem Philosophen Friedrich Paulsen (S. 81–106) und Theodor Storm – der für Tönnies die Rolle eines Ersatzvaters einnahm (S. 57–79). Ebenso aber auch die Schopenhauer'sche Philosophie, die so zentral für das Verständnis von Tönnies' Willenstheorie ist (S. 291–315). In gleicher Weise gilt dies für die Wirkungen, die von Friedrich Nietzsche auf Tönnies' Geschichtsbild ausgingen – wobei gegenüber Nietzsche, im Ganzen gesehen, innerste Abneigung überwog (S. 317–329). Neue Bahnen eröffnet vor allem der Abschnitt über Tönnies' Rezeption der Romantiker, mit der sich die Forschung bisher nur stiefmütterlich beschäftigt hat. Der Verfasser zeigt, in welchem Grade Tönnies' Bild des mittelalterlichen Wirtschaftslebens durch Denker wie Adam Müller geprägt wurde (S. 181f.). Charakteristisch für die Beeinflussung durch romantische Denkmuster ist auch

die Verwendung der Kategorie des „Gemeinwessens“, die in „Gemeinschaft und Gesellschaft“ als politische Form des Zusammenlebens dem Staat gegenübergestellt wird (S. 175f.). Auch Tönnies' Willenstheorie steht in Zusammenhang mit romantischem Gedankengut. Anhand der Begriffe von ‚Ur- und Eigenwille‘ wird auf eine Rezeptionslinie des Gegensatzpaares ‚Wesen- und Kürwille‘ hingewiesen, die vermittelt durch Friedrich Wilhelm Schelling auf den Mystiker Jakob Böhme zurückgehe (S. 183ff.). Neue Impulse enthalten auch die Kapitel über den Kathedersozialismus (S. 225–254) und Karl Marx (S. 255–290). Hervorzuheben ist der Abschnitt über Rudolf von Jhering und Otto Gierke, der sich mit der zentralen Rolle der privatrechtstheoretischen Diskussion am Ende des 19. Jahrhunderts für die Entstehung von „Gemeinschaft und Gesellschaft“ befasst (S. 331–376).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Buch äußerst stringent geschrieben und angenehm zu lesen ist. Der Leser wird kaum mit Nebensächlichem belastet. Und obschon die Mehrzahl der Kapitel bereits zwischen 2009 und 2012 als Artikel veröffentlicht wurde, sollte zugute gehalten werden, dass hier gebündelt vorliegt, was sonst mit Aufwand zusammengetragen werden müsste. Allerdings von Nachteil sind die dadurch mehrmals auftretenden Wiederholungen und die uneinheitliche Zitierweise im Anmerkungsapparat, die durch ein nachträgliches Überarbeiten der Texte hätten vermieden werden können. Zudem ist ein Fehler zu korrigieren: Nicht Hans Lorenz Stoltenbergs „Wegweiser durch Tönnies' Gemeinschaft und Gesellschaft“ (1919) ist die erste Einführung zu Tönnies' Frühwerk (S. 8) sondern das 1890 erschienene „Ferdinand Tönnies: Gemeinschaft und Gesellschaft. Zur Erläuterung der socialen Frage dargestellt von August Baltzer“

Uslar

Alexander Wierzock

Zum Verhältnis von Markt und Individuum

Herzog, Lisa: *Inventing the Market. Smith, Hegel, and Political Theory*, 184 S., Oxford UP, Oxford 2013.

In den Jahren vor dem Ausbruch der globalen Krise 2008 erhoben optimistische Beobachter die Finanzmärkte zu einer quasikonstitutionellen

fünften Gewalt. Demnach fungierte dieser weltweit besonders stark verflochtene Sektor als eine Art objektiver Instanz zur Verhinderung staatlichen Machtmissbrauchs, indem er etwa Regierungen abstrafte, die über ihre Verhältnisse lebten. Seit dem Kollaps von Lehman Brothers weiß man es besser. Zwar mussten in der Tat ganze Volkswirtschaften ihrer fiskalischen Freigebigkeit Tribut zollen, wurden also gewissermaßen von der fünften Gewalt zur Rechenschaft gezogen. Doch rasch gerieten die großen Finanzinstitutionen selbst ins Zwielficht, als nämlich ruchbar wurde, wie sie in ihren Geschäfts- und Entlohnungspraktiken dem *moral hazard* die Zügel hatten schießen lassen. Und auch manche ökonomische Lehrbuchweisheiten fanden sich im Strudel untergehender Gewissheiten wieder.

Lisa Herzog stürzt sich mit Verve in dieses „battle between the mainstream and the reformers“ (S. 2) und argumentiert überzeugend, wie die Rückbesinnung auf zwei vermeintlich abschließend interpretierte Klassiker der politischen Theorie einen ökonomischen Neubeginn nach der Krise befördern könnte. In ihrer Oxforder Dissertation bürstet Herzog die politische Ökonomie Adam Smiths und Georg Wilhelm Friedrich Hegels beherzt gegen den Strich. Am Ende erscheint der schottische Moralphilosoph nicht länger als Pate einer Apotheose freier Märkte, während der tiefsinnige Schwabe mehr zu bieten hat als ein Plädoyer für den starken Staat, das vor allem die Rechtshegelianer aus seinen Schriften herauslesen wollten. Die Debatte zwischen Liberalen und Kommunitariern dient der Autorin hierbei als Folie, auf der sich ihre luzide Exegese abbildet.

Smith bricht eine Lanze für staatliche Institutionen, die dort ansetzen, wo der Markt keine Anreize hat, tätig zu werden. Das betrifft den Aufbau einer Infrastruktur im Verkehrs- und Bildungswesen ebenso wie die Sicherung von Eigentumstiteln und nicht zuletzt die Gewährleistung von Rechtsgleichheit trotz materieller Ungleichheit. Aus der Perspektive eines unparteiischen Beobachters dürfe der Staat nicht alle Entwicklungen gutheißen, die durch die unsichtbare Hand herbeigeführt werden. Hegel kommt es darauf an, die subjektive Freiheit, die auf Märkten ein weites Betätigungsfeld findet, mit dem Postulat der Sittlichkeit in Einklang zu bringen, die allein die Freiheit des Menschen verbürge. Was Smith die unsichtbare Hand, ist ihm die Dialektik des historischen Prozesses. Der Markt als „chaotic, Dionysian play of forces“ (S. 58) kann nicht garantieren, dass die Interessen aller gleichermaßen

befriedigt werden, ermöglicht es jedoch dem Individuum, seine Partikularität voll auszubilden. Herzog warnt vor diesem Hintergrund wiederholt davor, die einzelnen Subsysteme der freien Gesellschaft über einen Leisten zu schlagen. Vielmehr seien sie in ihrer Eigenlogik zu würdigen.

Anders als Jean-Jacques Rousseau erteilen Smith und Hegel einem nostalgisch verschatteten „zurück zur Natur“ eine klare Absage. Der Mensch könne seine Anlagen nur eingebettet in soziale Zusammenhänge vervollkommen. Gegen die Polemik der Bürgerhumanisten verteidigt Smith Handel und Wandel als Triebfeder des historischen Fortschritts weg von der feudalen Stagnation und hin zu einer Chancengesellschaft. Hegel wiederum reiht sich ein in die von Martin Luther begründete Tradition, Beruf und Berufung in eins zu setzen, und macht anders als Aristoteles die Würde der Arbeit zum Angelpunkt individueller Charakterbildung und gelingender Sozialisation. Herzog pflichtet dieser Interpretation bei: Der Beruf müsse mehr als ein bloßer Job sein, wenn ihm eine über den reinen Gelderwerb hinausreichende Funktion zuwachsen solle. Daher sei es auch problematisch, wenn sich Wirtschaftssubjekte mit der eindimensionalen Rolle als Nutzenmaximierer zufriedengäben, anstatt ihre moralischen Überzeugungen zu Märkte zu tragen. Die Verfasserin beklagt den Verzicht geläufiger Theorien auf die Frage nach der Gerechtigkeit auf Märkten. Stattdessen werde diese – durchaus in der Nachfolge Hegels – an den Staat delegiert, der als nachgelagerter Reparaturbetrieb jedoch nicht zwingend jene Inklusion bewirken könne, die Märkte einzelnen Wirtschaftssubjekten verweigern. Herzog zieht in diesem Zusammenhang Parallelen zwischen der Marktmacht großer Konzerne und dem Machtmissbrauch feudaler Herren.

Jenseits einer wohlfeilen Zuordnung Smiths und Hegels zu den Konzepten der negativen und der positiven Freiheit erkennt Herzog in beiden Philosophen Befürworter eines Markts, der unterschiedliche Lebensentwürfe ermöglicht, den Menschen also freisetzt. Hegel hofft darüber hinaus aber auf den wohltuenden Einfluss berufsständischer Korporationen, um demonstrativem Konsum Einhalt zu gebieten. Und der Staat biete den Einzelnen einen Schutzraum, in den sie sich zur Wahrung ihrer Interessen zurückziehen können, ohne sich jedoch unterwerfen zu müssen. Smith baut hier auf den unparteiischen Gesetzgeber. Herzog sieht Smith und Hegel als Repräsentanten der „Whig interpretation of history“ und mithin eines dezenten Geschichtsdeterminismus zur Legitimierung der anhebenden Moderne. Mit

der Einbettung der Märkte in einen konkreten historischen Kontext empfehlen sich beide als Vordenker einer ahistorischen Konstruktion abholden Theorie, die dem Markt seinen Platz im großen Ganzen der Gesellschaft anweist, anstatt ihn zu einer zeit- und – globalisierungsbedingt – ortlosen Erscheinung zu stilisieren. Herzogs mit großer Umsicht arrangierten Studie ist eine breite Leserschaft zu wünschen, die über Disziplinengrenzen hinweg und jenseits ökonomischer Verengung das Verhältnis zwischen Markt und Individuum zum Gegenstand einer historisch informierten politischen Theorie macht.

Korb

Gerhard Altmann

Transformationen von Staatlichkeit im Rekurs auf Geschlechterherrschaft erklären?

Löffler, Marion: Geschlechterpolitische Strategien. Transformationen von Staatlichkeit als politisch gestaltbarer Prozess, 183 S., Campus, Frankfurt a. M./New York 2012.

Der Staat gilt als „die wichtigste politische Organisationsform moderner Gesellschaften“ (S. 9), damit beginnt die Autorin ihr Vorwort, in dem sie begründet, wie sie dazu kam, das Verhältnis von Staatlichkeit zu ihren Transformationen und dem Phänomen der Geschlechterherrschaft zu untersuchen. Das vorliegende Buch schließt mit Überlegungen zu einer theoretischen Erfassung von Transformationen von Staatlichkeit an ihr vorhergehendes Buch „Feministische Staatstheorien. Eine Einführung“ (2011) an, wobei die Transformationen „als politische, insbesondere geschlechterpolitische Strategien begreifbar gemacht werden“ (S. 10).

Als souveräne Instanz soll der Staat über der Gesellschaft stehen, sie steuern, regulieren und beherrschen. Aber seit circa 30 Jahren wird behauptet, der Staat habe ausgedient, sei zu teuer, zu herrschsüchtig und ineffektiv. Der freie Markt, die selbstbewusste Zivilgesellschaft, mündige Bürgerinnen und Bürger sind angeblich an seine Stelle getreten, um sich selbst zu regieren. Statt bevormundener Interventionen würden kooperative Formen von *governance* propagiert. Feministische Theoretikerinnen vermuteten im Staat weiterhin eine Instanz, die männliche Interessen bevorzugt und männliche Herrschaft stützt. So fragt Marion Löffler nun danach, was

die epochalen Umbrüche für die Geschlechterverhältnisse bedeuten; ob mit dem Staat auch die Geschlechterherrschaft schwinde, die Transformationen sogar „ein emanzipatorisches Potenzial“ hätten (S. 9).

Das Buch umfasst sieben Kapitel. In der Einleitung (Kap. 1) erläutert die Autorin, inwiefern von Transformation der Staatlichkeit gesprochen wird und welcher Zusammenhang zwischen Staatlichkeit und Geschlechtertheorien besteht. In der Staatsbetrachtung verortet sie in feministischer Hinsicht einen *historic (re-)turn*, mit dem Geschlechtertheoretikerinnen die Geschichtsvergessenheit der Mainstream-Sozialwissenschaften hinter sich lassen konnten und die Veränderbarkeit und Gestaltbarkeit der Verhältnisse im Sinne der Widerlegung von Geschlechteressentialismus herausarbeiten können. Insofern handele es sich auch bei der Staatlichkeit um permanente Transformationen. Im zweiten Kapitel arbeitet Löffler heraus, wie die Veränderungen von moderner Staatlichkeit theoretisch charakterisiert werden und welche Rolle und Positionen dabei feministische Interventionen gespielt haben. Im dritten Kapitel wird die geschlechter- und gesellschaftspolitische Seite dieser Transformationen von Staatlichkeit in jeweiligen Theorien näher betrachtet. Demnach wird Staat rückgebaut und gleichzeitig ausgebaut und aufgerüstet (S. 79). Für eine genauere Analyse kehrt die Autorin zur historischen Perspektive zurück, die gerade für geschlechterpolitische Betrachtungen zentral sei, weil Staat und Staatlichkeit (im Verhältnis zu Gesellschaft) immer wieder uneinheitlich begriffen würden. Im vierten Kapitel packt sie daher explizit das Thema Transformation und Geschichte an. Hierbei geht es um die Staatsbildungsprozesse in Europa und deren Veränderungen in Beziehung zu den Transformationen der Geschlechterverhältnisse. So werden im fünften Kapitel die geschlechterpolitischen Entwicklungen von der frühen Neuzeit bis zum Absolutismus dargestellt und im sechsten Kapitel die folgenden Epochen der (fertigen) Staatlichkeit und Geschlechterherrschaft seit dem 18. Jahrhundert analysiert, die Löffler im Anschluss an Pierre Bourdieu und Michel Foucault „maskulinistische Staatlichkeit“ nennt. Im Ergebnis wurde so „männliche Herrschaftsfähigkeit“ ausgeprägt, wozu maßgeblich der Umgang mit der eigenen Sexualität gehört, der als Gradmesser für Selbstbeherrschung dient, „die in weiterer Folge zur Fremdbeherrschung befähigt“ (S. 155). Im siebten und letzten Kapitel arbeitet Löffler schließlich die wesentlichen Dynamiken der Geschlechterpolitiken innerhalb

der Transformation von Staatlichkeit heraus, die sie vor allem als unterschiedliche, manchmal paradoxe und Chancen eröffnende Strategien der Gouvernentalisierung beschreibt beziehungsweise deutet. In Bezug auf die jüngeren, Anlass für das Buch gebenden Transformationen von Staatlichkeit bleibt letztlich manches, was die Geschlechterverhältnisse betrifft, im Unklaren. Dennoch überzeugt das Buch vor allem in seinen historischen Rekonstruktionen und Erklärungen.

Berlin

Sabine Berghahn

Mannigfaltige Legitimitätskonzepte

Geis, Anna/Nullmeier, Frank/Daase, Christopher (Hrsg.): Der Aufstieg der Legitimitätspolitik. Rechtfertigung und Kritik politisch-ökonomischer Ordnungen, 455 S., Nomos, Baden-Baden 2012.

Der im Jahr 2012 erschienene Sammelband beansprucht, einen Überblick über die relevantesten Bereiche der Legitimitätspolitik zu geben. Unter Legitimitätspolitik werden sämtliche Anstrengungen verstanden, „die normative Anerkennungswürdigkeit einer Ordnung, einer Entscheidung oder eines Akteurs zu erzeugen, zu sichern, zu kritisieren oder zu zerstören“ (S. 24). In drei der insgesamt sechs Blöcke wird die Legitimitätspolitik auf unterschiedlichen Ebenen der Politik behandelt: globales Regieren, internationale Politik, die EU. Darüber hinaus findet sich ein Block zur kapitalistischen Marktwirtschaft, ein weiterer zu konkreten „Verfahren und Institutionen“ sowie zwei Aufsätze, die Theoriendebatten aufgreifen.

Der erste große Block nach der gelungenen Einleitung der Herausgeber trägt die Überschrift „Globales Regieren: Theorie und Kritik“ und beginnt mit einer klugen Begriffsreflektion von Michael Zürn („Autorität und Legitimität in der postnationalen Konstellation“), die insbesondere das Verhältnis von Autorität, Herrschaft und Legitimität in den Blick nimmt. Die Entwicklung einer Typologie öffentlicher Autorität und die dann entlang von sechs Subtypen erfolgende Diskussion unterschiedlicher Legitimitätsanforderungen mündet in die Formulierung von Hypothesen zu Legitimitätskonflikten, denen es zu wünschen ist, als Forschungsfragen aufgegriffen zu werden. Es folgt der Beitrag von Nicole Deitelhoff, in dem sie über „Deliberation und Opposition im Kontext transnationaler Legitimitätspolitik“ reflektiert. Sie

versucht, das Konzept der Deliberation für den Bereich der internationalen Politik zu retten, wobei jedoch die Frage der institutionellen Ausgestaltung von internationalen Deliberationsprozessen zur Überwindung der (auch gegenwärtig zu beobachtenden) Machtpolitik deutlich zu kurz kommt.

Im zweiten Teil des Bandes wird nach dem Wandel von Legitimationspolitik in Hinblick auf internationale Organisationen, Institutionen und in internationalen Konflikten gefragt. Während einige Beiträge einen zunehmenden Gemeinwohl- und Demokratiebezug (Dingwerth/Weise) sowie eine stärkere Verrechtlichung (Steffek) zu erkennen glauben, diagnostizieren andere entweder die Persistenz traditioneller nationaler Souveränitätsvorstellungen (Rixen/Zangl) oder weisen zumindest darauf hin, dass individuelle Interessen als Gemeinwohlinteressen getarnt werden können (Schindler) und zudem Veränderungen der Diskurse keinesfalls etwas über das tatsächliche Konfliktlösungspotenzial aussagen (Steffek).

Der dritte Block beschäftigt sich mit der Europäischen Union aus unterschiedlichen Perspektiven. Legitimationsstrategien „von oben“ (Biegon/Gronau), nationalen parlamentarischen Rechtfertigungsdiskursen der europäischen Integration (Wendler) und die interessante (jedoch hinsichtlich ihrer empirischen Grundlage nicht überzeugende) Gegenüberstellung von akademischen und politischen Legitimationsdiskursen (Barnickel/Beichelt/Wiencke) – der Befund lautet unisono: Die pro-europäische Legitimationspolitik ist klar erkennbar. Der letzte Aufsatz dieses Kapitels von Schmidtke und Schneider verspricht im Titel, sich der Methoden der empirischen Legitimationsforschung anzunehmen. Methodisch bleiben die Autoren eher an der Oberfläche, sie nehmen dafür eine analytisch klar ausbuchstabierte Unterscheidung der Einstellungs-, Verhaltens- und Kommunikationsdimension von Legitimation vor.

Nach der Legitimationskrise des Kapitalismus fragt das vierte Kapitel. Christoph Deutschmann nimmt zunächst eine kritische Bestandsaufnahme der Legitimität des Kapitalismus vor und sieht die Lösung in einer Stärkung lokaler Ordnungen in Verbindung mit der politischen Einhegung der Märkte über nationale Grenzen hinaus. Martin Nonhoff zeichnet nach, wie Angela Merkel unter dem Begriff der „Sozialen Marktwirtschaft“ ein hegemoniales Projekt verfolgt. Nonhoff ignoriert jedoch das zunächst von der Kanzlerin verfolgte Projekt der „Neuen Sozialen Marktwirtschaft“, das offenkundig von ihr aufgegeben wurde

– jedoch gerade deshalb aus einer Legitimitätsperspektive aufschlussreich sein könnte. Zudem, und das gilt auch für die weiteren Beiträge von Sascha Münnich zur den Debatten über private *equity*-Firmen („Heuschrecken“) in Deutschland und Großbritannien, Melanie Coni-Zimmers Beitrag zur *corporate social responsibility* und Frank Gadinger und Taylan Yildizs Beitrag über die Perspektive der pragmatischen Soziologie auf die Finanzkrise, wird auch in diesem Teil des Sammelbandes die Frage weitgehend ignoriert, ob und welche Folgen aus Unterschieden oder Veränderungen von Legitimitätspolitik resultieren.

Dieser Frage nimmt sich dann jedoch Dieter Ruch im vorletzten Block des Buches zu „Verfahren und Institutionen“ anhand des Konfliktes um „Stuttgart 21“ an. Er stellt dem Schlichtungsverfahren und der Volksabstimmung ein insgesamt schlechtes (normatives) Legitimationszeugnis aus, wobei das Ziel der Akzeptanzbeschaffung und Befriedung des Konfliktes durchaus gelungen zu sein scheint. Hubertus Buchstein schlägt den verstärkten Einsatz des Loses als legitimationsstiftendes Verfahren vor, während Rüb/Straßheim die „Verwissenschaftlichung“ als (tatsächlich neue?) Rechtfertigungsstrategie in der Politik diagnostizieren. Der Verfassungsrechtler Christoph Möllers ist zunächst verwundert über die unverändert große Legitimität der Gerichte auf ihren unterschiedlichen Ebenen, die er beleuchtet. Die Unparteilichkeit in Verbindung mit der Fremdinitiative – Gerichte werden nicht von sich aus tätig sondern müssen angerufen werden – scheinen gute Kandidaten für die Erklärung zu sein.

Im abschließenden Block „Theoriedebatte“ versucht Cord Schmelzle eine begriffliche Klärung des Begriffs der politischen Legitimität, den er jedoch (zu) schnell auf das „Recht zu regieren“ eingrenzt. Jörg Schaub plädiert dann abschließend für einen situationistisch-realistischen Ansatz zur Beantwortung der Legitimitätsfrage.

Der Sammelband ist vor allem in Hinblick auf die unterschiedlichen Konzepte und Definitionen von Legitimität lesenswert, die in den unterschiedlichen Beiträgen verwendet werden. Inspirierend sind die unterschiedlichen methodischen Versuche, Legitimitätspolitik abzubilden beziehungsweise zu „messen“. Betrübtlich ist einzig – neben unvermeidbaren Unterschieden in der Qualität der Beiträge –, dass weder Kriterien für erfolgreiche Legitimitätspolitik entwickelt werden, noch die Frage nach den Konsequenzen gestellt wird, die unterschiedliche Formen von Legitimitätspolitik haben.

Berlin

Alexander Petring

Selbst ist das Volk

Vatter, Adrian: Das politische System der Schweiz, 589 S., Nomos, Baden-Baden 2014.

Wie umriss die spitze Feder des Schriftstellers das politische Verhalten jenes eigensinnigen Volkes, das 1291 auf dem Rütli die Freiheit von Habsburgs „bösen Vögten“ beschwor und die Verfassung von 1848 (bis 2012) genau 165 Teilrevisionen (S. 400) unterzog? „Wenn etwa eine allzu hartnäckige Geldklemme über der Stadt weilt, so [...] ermuntern sie sich durch ihre große politische Beweglichkeit. Sie sind nämlich leidenschaftliche Parteileute, Verfassungsrevisoren und Antragsteller, und wenn sie eine recht verrückte Motion ausgeheckt haben und durch ihr Großratsmitglied stellen lassen [...], so weiß man im Lande, dass im Augenblicke dort kein Geld zirkuliert“ (Gottfried Keller „Die Leute von Seldwyla“, S. 4).

Das politische System der Schweiz, wie es Adrian Vatter vorstellt, firmiert nicht als alpine Spielwiese eines Landes, das zuweilen wie ein gelangweilter Finanzplatz wirkt. Der Politologe, Ordinarius an der Universität Bern und Promotor einer Theorie der partizipativen Risikopolitik, versteht es, Grundlinien der Politik anschaulich darzustellen, detaillierte Forschungsergebnisse einzubeziehen und Fragen für den akademischen Unterricht dabei nicht zu vernachlässigen. Ein Einwand sei vorausgeschickt: Jenes charakteristische Verhalten der Schweizer, das Vatter in Politikfeldanalysen wie zum „Minarettverbot“ von 2011 differenziert zu erläutern vermochte, bleibt in dem gewichtigen Band *blass*. Fehlstellen – Kapitel zur politischen Kultur, zu Zusammenhalt und Integration, zur Europalaune der Schweizer – begründet Vatter indes triftig.

Nach einer umfangreichen Einleitung präsentiert Vatter die Verästelungen des Regierungssystems in zehn Abschnitten und einem vergleichenden Ausblick. Als „roten Faden“ gibt er dem Leser die Stichworte der Konsensdemokratie und eine typologische Einordnung an die Hand – die Schweiz als parlamentarische Hybridordnung mit Kollektiv-Exekutive.

Das eidgenössische Wahlsystem, das (auf Bundesebene) eine „unreine“ Verhältniswahl mit variierender Wahlkreisgröße vorschreibt, ordnet Vatter in eine Riege mit Belgien, Griechenland, Italien, Portugal und Spanien, differenziert indes nach Disproportionalitätsgrad. Dabei kommen diese Länder laut Gallagher-Index wesentlich schlechter weg, während die Schweiz nahe der

„kompensatorischen Mischsysteme“ Deutschland und Neuseeland landet (S. 87). Das Parteiensystem wird mit seinen diachronen Konfliktlinien vorgestellt. Unter Christoph Blocher schossen 2007 die Finanzen der Schweizerischen Volkspartei in die Höhe – zuvor lagen die Sozialdemokratien jahrzehntelang vor Liberalen und Christdemokraten (S. 131). Während die Mitgliederzahlen der großen Parteien sich seit 2001 zu erholen scheinen, mobilisieren alle Parteien im Vergleich eine beständig kleine Wählerschar – demgegenüber rangiere Italien mit hohen Beteiligungsraten vor Deutschland (S. 135). Verbände in der Schweiz unterliegen einer starken Pluralisierung, ihr Einfluss schwindet.

Der Bundesrat folgt dem Kollegialprinzip, wobei Vatter eine Tendenz zu divergierenden Äußerungen etwa vom Jahr 2003 an ausmacht, die mit dem Namen Blocher verbunden ist (S. 225). Das stabile Departementalprinzip der Räte führe zu einer oft selektiven Problemwahrnehmung, verstärkt durch zuweilen falsche Anreize aufgrund des unterschiedlichen Interesses der Medienöffentlichkeit – nach dem Motto: Ist ein Thema sexy? Einen Weg vom Miliz- zum Halbberufsparlament, zugleich vom Rede- zum Arbeitsparlament hat der Schweizer Nationalrat hinter sich. In dem Haus trat die „unheilige Allianz“ von SPS und SVP selten ein, fand aber viel Beachtung, da sie wichtige Gesetzesvorhaben scheitern ließ (S. 273). Der Ständerat erfüllt eine mäßige Aufgabe, die einer „föderal-konservativen Opposition gegen die liberal-radikale Mehrheit“ (S. 311), im Zweikammersystem unter anderem für den Schutz von Minderheitsansichten zuständig.

Berühmt-berüchtigt ist die Schweiz für ihre direkte Demokratie, eine gar nicht so alte Tradition: Seit 1874 besteht das fakultative Referendum, seit 1891 die Volksinitiative zur Partialrevision (1848 lediglich zur Totalrevision), seit 1949 zudem ein resolutives Referendum, das Bundesbeschlüsse nachträglich aufzuheben vermag. Die 2003 eingeführte allgemeine Volksinitiative wurde bereits 2009 wieder abgeschafft. Ein starkes Kapitel ist Vatters Einschätzung des Wirkens direkter, materieller Beteiligung auf die Staatstätigkeit: Er folgt der verbreiteten Annahme eines Bremseffekts (S. 363). Es gebe keinen „Robin-Hood-Effekt“ etwa zugunsten von Umverteilung, dafür den kurzfristiger Konfliktregulierung („Ventil“). Vatters würdigt die Policy-Stabilität und zugleich Innovationsfähigkeit: Trotz hoher Kosten erzeuge die direkte Demokratie eine bessere Informiertheit und eine höhere Lebenszufriedenheit der Bürger als rein repräsentative Demokratien (S. 377).

Rigide ist für Vatter (in Anlehnung an Arend Lijphart) die Verfassung mit Blick auf Revisionen. Das erscheint angesichts der vielen Revisionen paradox – die Hürde der doppelten Zustimmung von Volk und Ständen ist in der Schweiz, die Vertrauen in ihre Zukunft besitzt, oft übersprungen worden. Im Kapitel zum Föderalismus unterstreicht er (basierend auf Veröffentlichungen) die Relevanz interkantonalen Vereinbarungen, da sie Finanzen und Kultur betreffen. In Streitsachen ist das Bundesgericht zuständig, das – wie viele oberste Gerichte – unter steigender Arbeitsbelastung leide (S. 482). Bundesgerichtliche Entscheide wurden bis in die 1990er Jahre nur zu zehn Prozent (!) amtlich veröffentlicht. Dennoch ist in den letzten Jahren eine Zunahme politikgestaltender Urteile zu vernehmen, etwa zum Einbürgerungsverfahren (S. 502).

Um Vatters Kompendium, durch mehrere Register und Verzeichnisse leicht zu erschließen, kommt die an der Schweiz interessierte Welt nicht herum. Wer indes Gründe für manche knorrige eidgenössische Entscheidung sucht, möge die Axt im Hause Wilhelm Tells nicht vergessen – am Rütli gilt: Selbst ist das Volk.

Chemnitz

Sebastian Liebold

Europa-Begriff im Wandel

Bredelbach, Patrick: Das richtige Europa schaffen. Europa als Konkurrenzthema zwischen Sozial- und Christdemokraten. Deutschland und Italien von 1945 bis 1963 im Vergleich, 423 S., V&R unipress, Göttingen 2013.

Die Euro- und Finanzkrise scheint es offensichtlich an den Tag gebracht zu haben: In ihrem Windschatten hat in der öffentlichen Wahrnehmung die Integrationsdynamik der Europäischen Union einen merklichen Dämpfer erfahren, da sie von einem komplexen Konglomerat von Krisenphänomenen heimgesucht wird beziehungsweise diese zum Teil selbst generiert hat: Legitimationskrise (Bürgerpartizipation), Identitätskrise, Erweiterungskrise (territoriale Encadrierung), Föderationskrise (Supranationalität vs. Nationalstaatlichkeit). Eine unterstellte Logik eines naturwüchsigen Fortschreitens zu immer dichter Integration und Verflechtung, die seit Maastricht zur offiziellen Doktrin geronnen zu sein schien, hat ihre regulative Kraft einer whiggistisch kontaminierten ‚Meistererzählung‘ eingebüßt. Die

Pragmatik des gegenwärtigen Problemlösungssystems hat die normative Konstitutionsfrage in den Hintergrund gerückt. Von daher mag die Evidenz einer Rückbesinnung auf die Ursprünge der europäischen Einigung ihre Kraft beziehen.

Nach der Überzeugung Patrick Bredebachs ist die Frage nach einer europäischen Identität „stets aktuell“ (S. 11). In einer Synthese von Politik- und Ideengeschichte untersucht er die „Umsetzung der verschiedenen Europabegriffe im politischen Tagesgeschäft“ (S. 12). Ihn interessiert weniger die tatsächlichen Motive der Europapolitiker oder ihr konkretes Abstimmungsverhalten; sondern ihm geht es vorranglich um die „Wandlungen in Perzeption, Konstruktion und Behandlung“ des Europabegriffs in den deutschen und italienischen christ- und sozialdemokratischen Parteien zwischen 1945 und 1963 (ebd.). Dabei liegen die Schwerpunkte, neben der unmittelbaren Nachkriegszeit, auf den Jahren 1950/51, 1956/57 und 1962/63. Das Jahr 1963 markiert in der alten Bundesrepublik das Ende der Adenauer-Ära, in Italien das Jahr 1964 die Bildung einer *centro-sinistra*-Regierung (erstmalige Beteiligung der Sozialisten an einer italienischen Regierung). Neben Partei- und Nachlassarchivalien waren es vor allem Parlamentsreden, auf die der analytische Blick des Autors gerichtet ist. Rezeption und Wirkung werden demgegenüber vernachlässigt. „Der Diskurs (nämlich die Konkurrenzsituation über einen ‚chimärenhaften Begriff‘ Europa) und der Vergleich zwischen den beiden Diskursen im nationalen Kontext stehen im Mittelpunkt“ (S. 24).

Maßstab für die Einzelanalyse sind die jeweiligen Diskussionen auf innerparteilicher, nationaler und internationaler Ebene. Vorweggenommen, kommt der Autor zu dem Ergebnis, dass erstens die Europapolitik in den untersuchten Parteien eine eher untergeordnete Rolle gespielt hat und dass zweitens das Europabild, das „gewollte und das aktuelle“, entsprechend der sich veränderten Konfliktlinien sich jeweils anpassen und redefiniert werden musste (S. 25). Schon damals wurde rasch erkannt, dass das europäische Projekt eine Asymmetrie enthielt zwischen dem Ruf nach mehr Verlagerung von nationalen Rechten auf die europäische Ebene einerseits, und der Tatsache eines offenkundigen Demokratiedefizits andererseits (S. 26).

Während in Italien nach 1945 das Thema Europa ein wichtiges Debattenfeld war, war die europapolitische Auseinandersetzung im westlichen Deutschland von eher marginalisierter Form. Standen für die deutschen Sozialdemokraten

die Formeln „antitotalitär“, „demokratisch“ und „sozialistisch“ für ein neues Europa, betonten die Christdemokraten eher die naturrechtliche Komponente im Kleide eines entschiedenen Antimaterialismus und –säkularismus, wobei die einigende Klammer ein dezidierter Antikommunismus bildete (S. 114ff.). Ähnlich auch die italienische Diskussion in der DC: „Europa wurde zum Schutzwall gegen den Kommunismus.“ (S. 120). Eine Besonderheit der italienischen Debatte bildete der Regress auf die Erfahrungen der nationalen Einigung im 19. Jahrhundert (S. 121). Für die Sozialisten diente die europäische Einigung vorranglich dem Kampf für die Arbeiterklasse. Die einzelnen Konfliktlinien änderten freilich nichts an der Tatsache, dass der Europabegriff grundsätzlich positiv besetzt war (S. 127).

In den 1950er Jahren war es in Italien interessanterweise die Linke, die stärker auf die Karte der Wahrung nationaler Souveränitätsrechte setzte als De Gasparis Christdemokraten; für diese war die Verzahnung von Europäismus und Atlantismus eine *conditio sine qua non*. In Italien stieg über die Parteien hinweg die Akzeptanz der NATO; was parallel dazu die Forderung nach einem Europa als „dritte Kraft“ reduzierte (S. 201f.). Dabei setzte vor allem die Linke auf ein Europa als „Korrektiv innerhalb des Bündnisses“ (S. 202). Ein merklicher Antagonismus in außen- und europapolitischer Hinsicht war auch in der frühen Bundesrepublik zu beobachten. Die entscheidende Frage war hier, inwieweit die deutsche Frage durch europapolitische Integrations Schritte profitieren würde (S. 203f.). Hier argumentierte die SPD „nationaler“ als die durch Adenauer nach Westen eingeschworene Union. Es war ja schließlich die ‚Uranst‘ des Kanzlers, die USA könnten sich aus Europa zurückziehen und Deutschland schutzlos dem ‚Osten‘ ausgeliefert sein (S. 205).

In der Zeit nach dem Ungarnaufstand beziehungsweise der Suezkrise schliff sich schlagartig die Anrufung vormals hochideologischer Begrifflichkeiten und Wertorientierungen ab. Begriffe wie ‚Abendland‘ kamen zum Beispiel in Adenauers Reden kaum noch vor (S. 286, 221). Dasselbe galt auch für Bezeichnungen wie ‚totalitär‘ und ‚sozialistisch‘. Es wurde immer deutlicher, dass sich die Europadebatten versachlichten, ja geradezu technokratisch („Entideologisierung“, S. 291) wurden und dass nur ein integriertes Europa für technischen Fortschritt und wirtschaftlichen Wohlstand die Voraussetzung bildete. Speziell für die deutsche Situation lässt sich eine Trennung von Verteidigungs- und Europapolitik

feststellen. So war es möglich, dass die Römischen Verträge reibungslos von beiden großen Parteien gebilligt und somit die hochemotionalisierten Remilitarisierungsdebatten aus dem europäischen Integrationsprozess ferngehalten werden konnten (S. 293). Ein besonderer Reiz stellen die offenkundigen Dissonanzen zwischen Konrad Adenauer und Ludwig Erhard dar. Erhard meldete ordnungspolitische Bedenken an und befürchtete einen wirtschaftspolitischen Dirigismus, während Adenauer „politischer“ dachte und um des großen Zieles willen darüber hinwegging (z. B. im Rahmen der Montanmitbestimmung 1951/52). Dieser Dissens um die Ausgestaltung eines integrierten Europas zeigte sich auch in der Auseinandersetzung um den britischen Beitritt Anfang der 1960er Jahre und die Rolle Charles de Gaulles dabei. Hier plädierte Erhard selbstbewusst für die Schaffung größerer Wirtschaftsräume und daher für den Beitritt Großbritanniens in die EWG (vgl. S. 320f.). Die Anhänger der ‚gaullistischen‘ Lösung innerhalb der Union argumentierten, dass die Erhard’sche Stoßrichtung ökonomistisch auf eine reine Freihandelszone aus war, „die die eigentliche Idee der EWG tötet“ (S. 321).

In den Jahren nach der Institutionierung der EWG war in beiden Ländern eine Art Grundkonsens um die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Integration eingetreten. Lediglich der linke Flügel der PSI erblickte im Gemeinsamen Markt einen Hort des Kapitalismus mit amerikanischer Penetration (S. 376). ‚Europa‘ wurde nicht länger im Sinne einer überformten ‚Schicksalsgemeinschaft‘ begriffen, sondern als Vehikel zu einer Modernisierung der Wirtschaft und einer Wohlstandserzeugenden Einheit (S. 378). Die SPD zum Beispiel sah den europäischen Integrationsprozess unabdingbar eingebettet in die transatlantische Gemeinschaft; damit einher ging eine kritische Einstellung gegenüber de Gaulles Restriktionspolitik gegenüber Großbritannien (S. 361).

Abschließend stellt der Autor fest, „dass mit zunehmender Etablierung der europäischen Institutionen die Notwendigkeit der europäischen

Integration immer weniger angesprochen und somit ihre Wertefundierung seltener thematisiert wurde“ (S. 392). Der Pragmatismus überholte beziehungsweise minimierte den ideologischen ‚Überbau‘ – spätestens dann, als sich die Mitgliedsländer der EWG und ihre Repräsentanten sich in den Fallstricken, sprich: im Kleingedruckten der Agrarpolitik verhedderten und jedes im Grunde nur seine eigene Klientel zu bedienen und zu schützen suchte.

Patrick Bredebach hat bereits zu Beginn seiner Studie klar zum Ausdruck gebracht, dass er hier nur eine Beschreibung des gesprochenen (und damit auch gedruckten) Wortes der Parteien und wichtiger Politiker und folglich die „entscheidenden Momente“ der politischen Diskussion nicht erfasst habe, da diese, Amintore Fanfani zitierend, „beim Abendessen besprochen worden seien“ (S. 24). Insoweit ist der Autor dem Leitbild des Internationalen Graduiertenkollegs „Politische Kommunikation von der Antike bis in das 20. Jahrhundert“ verhaftet, in dessen Schriftenreihe das Manuskript aufgenommen worden ist, und insoweit teilt er auch dessen Paradigma der Hervorhebung der Grundmodalität des Sichtbaren (in den Formen von Performanz, Repräsentanz, Inszenierung, Rhetorik u. a.). In diesem Zusammenhang mag die Frage erlaubt sein, ob es über die Präsentation der temporär bestimmten Begriffsverschiebungen und -wandlungen dessen, was in dieser parteipolitischen Konkurrenzsituation jeweils unter ‚Europa‘ oder ‚europäischer Identität‘ verstanden worden ist, nicht auch determiniert ist durch die jeweils unterschiedlichen Intentionenphasen und den dahinter stehenden, sich den jeweiligen veränderten Konstellationen als anpassungsfähig zeigenden Interessenskonfigurationen. Im Rahmen der ersten akademischen Qualifikationsarbeit ist es sicherlich notwendig, einer bestimmten Erkenntnismaxime zu folgen. Solange man allerdings das Teil nicht für das Ganze hält, ist ein solches aspektbezogenes Unternehmen legitim.

Heidelberg

Arno Mohr